Protokoll der Sitzung des Gemeinderates

am Mittwoch, 01.07.2026 um 18:38 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal

Anwesend:

Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP
1. Vizebgm. Mag. Martin Falb	ÖVP
2. Vizebgm. Heinz Scheele	SPÖ
StR Gerhard Dummer	ÖVP
StR Mag. Felix Koll	ÖVP
StR Gregor Hetzendorfer	ÖVP
StR Markus Rosenberger	SPÖ
StR Martin Brosch	FPÖ
StR Jaroslav Chaloupka	FPÖ
StR DI Dietmar Pfeiler	GRÜNE
GR Martin Franta, BEd	ÖVP
GR David Fröschl	ÖVP
GR Iris Ludl	ÖVP
GR Setki Ibraimi	ÖVP
GR Peter Samer	ÖVP
GR Margit Weiss	ÖVP
GR Matthias Zagler	ÖVP
GR Alexandra Zehetner	ÖVP
GR Admir Osmanovic	SPÖ
GR Daniel Pollak	SPÖ
GR Martina Skof	SPÖ
GR Michael Polly	SPÖ
GR Mag. Alexandra Rester	SPÖ
GR Karin Richter	SPÖ
GR Alen Ćorković	FPÖ
GR Bruno Grabler-Fritz	FPÖ
GR Roman Kratschmer	FPÖ
GR Marijan Kilic	FPÖ
GR DI Thomas Muth	GRÜNE
GR Mag. Regina Fless-Klinger	GRÜNE
GR Marc Pfeiler	GRÜNE
GR Thomas Grim-Schlink	GRÜNE
GR Gabriele Steuer	UBS
GR Dr. Martin Fischer	NEOS

Entschuldigt:

StR Ing. Mag. Herwig Hödl	ÖVP
GR Monika Handschuh	ÖVP
GR Mag. Matthias Kubat	GRÜNE

Vorsitzende: Bgm. Mag. (FH) Andrea Völkl

Schriftführer: StADir. Mag. Christina Pinggera

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2026
Bericht Prüfungsausschuss
1. Bericht des Prüfungsausschusses vom 19.06.2026
Ref. 03 – Anträge Stadtrat Finanzen
2. Änderung der Kanalabgabenordnung
3. Änderung der Wasserabgabenordnung
4. Annahmeerklärung ABA Stockerau BA 29 – BHKW u. Gebläsestation für ARA – NÖ WWF
Bauabschnitt 29
5. Förderungsvertrag der KPC betreffend ARA BA 29 BHKW und Gebläsestation – Antrag C305597
Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung
6. Diverse Beauftragungen Sanierung Restaurant Hallenbad
7. Beauftragung Möblierung Rathaus
Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligungen und Liegenschaften
8. ~~Grundstücksverkauf Gst. Nr. 357/3, KG Oberzögersdorf~~ ABGESETZT
9. Grundstücksverkauf Gst. Nr. 118/74, KG Stockerau
10. Entlassung öffentliches Gut Trennstück Gst.Nr. 2070/4, KG Stockerau
11. Sondernutzungsvertrag Gst. Nr. 3956, 3953/2, KG Stockerau
12. Netzzugangsvertrag Ersatzstandort Luftgütemessstelle Land NÖ
13. Grundbenützung Netz NÖ E-Tankstelle Gewerbegebiet Ost
14. Vereinbarung Rad- und Rollerübungsplatz
Ref. 05 – Anträge Stadtrat Soziales und Gesundheit
15. Anpassung der Richtlinie Heizkostenunterstützung
16. Anpassung der Richtlinie Mietzinsunterstützung
Ref. 08 – Anträge Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen
17. Reparatur Gestängepumpe im Brunnen Süd 1 – Wasserversorgungsanlage
18. Beauftragungen Umsetzung Quartiersentwicklung - Kleiner Marktplatz
19. Mehrkosten Spülbohrung
Ref. 10 – Antrag Stadtrat Wirtschaft und Tourismus
20. Wirtschaftsförderung für Lehrlinge von 1. bis 4. Lehrjahr

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Völkl: Guten Abend, ich darf alle ersuchen, ihre Plätze einzunehmen. Ich begrüße unsere Zuseher zu Hause vor dem Bildschirm und alle, die heute hier bei uns sind. Wir haben ein bisschen eine Konterveranstaltung, um 18 Uhr läuft wie jeden Tag Fußball. Es werden vielleicht manche eine Konferenzschaltung machen. Gut, ich eröffne die Sitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen. Die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen. Entschuldigt zur heutigen Sitzung sind StR Herwig Hödl, GR Monika Handschuh und Herr GR Matthias Kubat. Es liegen elf Dringlichkeitsanträge vor. Wir kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen und ich darf Sie ersuchen, dass Sie hier die Antragsformel verlesen, die Begründung der Dringlichkeit, nicht aber den Sachverhalt, so wie wir es vereinbart haben. Der erste Dringlichkeitsantrag nach § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung ist von der Fraktion der SPÖ eingelangt und ich darf das Wort erteilen.

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Sicherstellung der Mobilität nach der Einstellung des Anruf Sammel-Taxis „Bezirk Korneuburg Mobil“

Scheele: Danke, Frau Bürgermeisterin. Schönen guten Abend auch meinerseits. Es betrifft die Sicherstellung der Mobilität nach der Einstellung des Anrufsammeltaxis Bezirk Korneuburg Mobil per 30.06.2026.

Begründung der Dringlichkeit

Mit der per 30.06.2026 erfolgten Einstellung des Anrufsammeltaxis Bezirk Korneuburg Mobil kommt es innerhalb kurzer Zeit zu einer Entwicklung, die einen wesentlichen Bereich der Daseinsvorsorge in Stockerau betrifft. Insbesondere ältere Menschen, Personen mit eingeschränkter Mobilität, sowie Haushalte ohne eigenen Pkw sind von dieser Maßnahme unmittelbar betroffen. Diese Verschlechterung des Mobilitätsangebots kann zu einer deutlichen Einschränkung der Lebensqualität führen. Da die Auswirkung bereits in Kürze eintreten wird, liegt ein dringendes öffentliches Interesse an einer umgehenden Befassung des Gemeinderates vor.

Antrag

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau möge daher beschließen, im Zuge einer Testphase bis Ende September werden Gutscheine für bewegungseingeschränkte Personen, sowie von Personen mit Pflegegeldbezug für Fahrten in der Stadtgemeinde Stockerau im Ausmaß von 50 % gefördert. Anspruchsberechtigt sind jedenfalls Personen ab Pflegestufe 2 und solche, welche nach noch zu erarbeitenden Richtlinien als erheblich mobilitätseingeschränkt anzusehen sind. Auf die Gewährung der Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Die operative Abwicklung soll durch das Bürgerservice in enger Abstimmung mit den zu beauftragenden Taxiunternehmen erfolgen. Jene finanzielle Mittel, die durch die Stadtgemeinde im 1. Halbjahr 2026 für das „Bezirk Korneuburg Mobil“ aufgewendet wurden, werden auch für das 2. Halbjahr 2026 zur Sicherstellung der wohnortnahen Mobilität, insbesondere von mobilitätseingeschränkten Personen, vorgesehen. Das Mobilitätskonzept ist so zu adaptieren, dass eine Förderung aus Mitteln des Landes ermöglicht wird. Ich ersuche um Zuerkennung der Dringlichkeit.

Völkl: Bitte um Abstimmung der Dringlichkeit. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Dankeschön. Der Tagesordnungspunkt wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt. Zweiter Dringlichkeitsantrag. Die SPÖ ist weiter am Wort.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit einstimmig zuerkannt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Einwirken auf VOR, ÖBB, das Land NÖ und die Wiener Linien bezüglich Ersatzverkehr während der Stammstreckensperren“

Pollak: Vielen Dank und schönen Abend an alle, die mich hören können. Es geht um den Punkt Einwirken auf Verkehrsverbund Ostregion, ÖBB, das Land NÖ und die Wiener Linien bezüglich Ersatzverkehr während der Stammstreckensperren.

Begründung der Dringlichkeit

Ich springe zur Begründung der Dringlichkeit. Diese ergibt sich daraus, dass die Stammstreckensperren bereits am 04.07.2026 beginnen und in den kommenden 16 Monaten erhebliche Auswirkungen auf zahlreiche Pendlerinnen und Pendler aus Stockerau haben werden. Zuverlässige öffentliche Verkehrsmittel sind vor allem für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine Grundvoraussetzung zur Ausübung ihrer Tätigkeit. Viele kennen es ja aus der Vergangenheit, dass es gerade auf der Strecke zwischen Floridsdorf und Stockerau weiter nach Retz in beiden Richtungen immer wieder zu massiven Zugausfällen und Verspätungen kommt. Diese Sperren verschärfen die derzeitige Situation massiv. Immer wieder vorkommende Verspätungen bei Dienstantritten in der Arbeit wirken sich vor allem in derzeit sehr angespannten wirtschaftlichen Umfeld negativ auf die Arbeitsplatzsicherheit jedes einzelnen Arbeitnehmers aus. Dies gilt nicht nur für Menschen aus Stockerau, sondern für die gesamte Region des nordwestlichen Weinviertels. Arbeitsplatzverluste gefährden den Wohlstand einer ganzen Region. Sollten während dieses Zeitraums keine ausreichend leistungsfähigen, verlässlichen und zumutbaren Ersatzlösungen bereitgestellt werden, ist zu befürchten, dass viele bisherige Nutzerinnen und Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel dauerhaft auf den motorisierten Individualverkehr ausweichen. Ein solcher Vertrauensverlust in den öffentlichen Verkehr wäre nach Abschluss der notwendigen und grundsätzlichen Verbesserungen versprechenden Arbeiten nur schwer oder gar nicht rückgängig zu machen. Es besteht daher unmittelbarer Handlungsbedarf, um die Qualität, Kapazität und Zuverlässigkeit des Ersatzverkehrs rechtzeitig sicherzustellen und nachhaltige negative Folgen für Pendlerinnen und Pendler, Verkehrssituation, Klima und Lebensqualität zu vermeiden. Ich ersuche um zur Erkennung der Dringlichkeit.

Völkl: Ich bitte um Abstimmung. Einstimmig? Eine Gegenstimme, der Herr Gemeinderat Fischer. Dritter Dringlichkeitsantrag von der FPÖ. Ich bitte um die Antragsformel und Begründung der Dringlichkeit.

Abstimmungsergebnis:		**Dringlichkeit mehrheitlich zuerkannt**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Beginn der Erneuerung der Tontechnik im Stadion Alte Au“

Ćorković: Dringlichkeitsantrag zu Beginn der Erneuerung der Tontechnik im Stadion Alte Au.

Begründung der Dringlichkeit

Dem Fußballverein SVS wurde seitens des Sportstadtrates sowie der Stadtgemeinde Stockerau zugesichert, dass die Erneuerung der Tontechnik im Stadion Alte Au budgetär sichergestellt und finanziell bedeckt ist. Mittlerweile liegt bereits ein Angebot eines regionalen Audiovertriebs für die Umsetzung des Projektes vor. Somit sind die Voraussetzungen für ein unverzüglichen Projektstart gegeben. Da sich der Meisterschaftsbetrieb derzeit in Sommerpause befindet, können die erforderlichen Arbeiten ohne Beeinträchtigung des Spielbetriebs sofort durchgeführt werden. Zudem veranstaltet der SVS bereits Anfang Herbst eine große Veranstaltung, bei der eine funktionierende und moderne Tontechnik unerlässlich ist. Ein weiterer Aufschub würde die fristgerechte Fertigstellung gefährden und könnte sowohl die Durchführung der Veranstaltung als auch den darauffolgenden Spielbetrieb beeinträchtigen.

Antrag

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau möge beschließen, die Dringlichkeit dieses Antrages gemäß § 46 Abs. 3 NÖ Gemeinderatsordnung anzuerkennen und den sofortigen Beginn der Erneuerung der Tontechnik im Stadion Alte Au auf Grundlage des bereits vorliegenden Angebots eines regionalen Audiovertriebs zu veranlassen, damit die Arbeiten während der Sommerpause abgeschlossen und die Anlage rechtzeitig vor der Veranstaltung Anfang Herbst sowie vor Beginn der Meisterschaftsbetriebs betriebsbereit ist.

Völkl: Bitte um Abstimmung der Dringlichkeit. Dringlichkeit gegeben. Dankeschön. Die FPÖ hat einen zweiten Dringlichkeitsantrag und ich bitte um Verlesung.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit einstimmig zuerkannt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Sofortige Sperre und unverzügliche Sanierung des FunCourts „In der Alten Au“

Ćorković: Und zwar geht es um die sofortige Sperre und unverzügliche Sanierung des FunCourts in der Alten Au.

Begründung der Dringlichkeit

Der Hauptinspektionsbericht vom 26.05.2026 dokumentiert schwerwiegende Sicherheitsmängel am FunCourt. Der Sportbelag ist laut Sachverständigen am Ende seiner Lebensdauer angekommen und dringend zu ersetzen. Durch die starke Abnützung, die unebene Oberfläche und die unterschiedlichen Rutschwerte besteht ein erhebliches Risiko für Stürze sowie Knöchel- und Bänderverletzungen. Gleichzeitig sind die Ballfagnetze auf der Straßenseite mehrfach gerissen. Dadurch können Bälle ungehindert auf die Fahrbahn gelangen und Verkehrsteilnehmer gefährden. Der Gutachter hält ausdrücklich fest, dass eine Reparatur nicht mehr sinnvoll ist und eine Erneuerung dringend erforderlich ist. Besonders alarmierend ist, dass der Sachverständige ausdrücklich auf die Haftung der Stadtgemeinde hinweist. Sowohl bei Verletzungen infolge des verschlissenen Sportbelages als auch bei den Schäden durch die mangelhaften Ballfagnetze besteht laut Gutachten eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Stadtgemeinde für Schäden, Schmerzensgeld und weitere Schadensersatzansprüche haftet. Ein weiteres Zuwarten wäre

daher unverantwortlich. Jeder Tag, an dem die Anlage geöffnet bleibt, erhöht das Risiko schwerer Unfälle und setzt die Stadtgemeinde einem vermeidbaren Haftungsrisiko aus.

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, den FunCourt in der Alten Au mit sofortiger Wirkung bis zur vollständigen Behebung sämtlicher Sicherheitsmängel für die Benützung zu sperren. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, unverzüglich die vollständige Sanierung des FunCourts entsprechend den Feststellungen des Hauptinspektionsberichtes zu veranlassen und sämtlich im Prüfbericht angeführte sicherheitsrelevante Mängel beheben zu lassen. Drittens, die Bürgermeisterin wird beauftragt, die erforderlichen finanziellen Mittel unverzüglich bereitzustellen bzw. dem Gemeinderat die entsprechenden Beschlüsse zur Finanzierung vorzulegen. Danke.

Völkl: Bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit. Zustimmung gegeben. Dankeschön. Wir haben nun einen Dringlichkeitsantrag der UBS. Bitte um die Antragsformel.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit einstimmig zuerkannt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Erhalt bzw. angemessener Ersatz für das Anruf-Sammeltaxi in Stockerau/Bezirk Korneuburg“

Steuer: Dringlichkeitsantrag an den Gemeinderat der Stadt Stockerau. Wir haben auch bezüglich unseres Anrufsammeltaxis einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Das überschneidet sich jedoch jetzt mit dem Dringlichkeitsantrag der SPÖ. Das heißt, ich verlese den jetzt nicht. Der einzige Unterschied, was da noch ist, ist, dass es für uns für alle Mitbürgerinnen und Bürger in Stockerau möglich sein soll, das Anrufsammeltaxi zu benutzen. Das könnten wir aber dann noch besprechen, wenn wir den Dringlichkeitsantrag behandeln. Darum ziehe ich den jetzt dann zurück.

Völkl: Dankeschön. Der Dringlichkeitsantrag wird nicht abgestimmt, weil die Frau Gemeinderätin ihn zurückgezogen hat. Dann ist die Frau Gemeinderätin Steuer weiter am Wort. Es liegt noch ein Dringlichkeitsantrag vor.

Dringlichkeitsantrag zurückgezogen

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Vergabe von Leistungen an die heimische Wirtschaft in Stockerau“

Steuer: Genau, mein zweiter Dringlichkeitsantrag, eingebracht von der UBS in der Gemeinderatssitzung vom 01.07.2026 gemäß § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973 betreffend Vergabe von Leistungen an die heimische Wirtschaft.

Begründung der Dringlichkeit

In der Vergangenheit kam es wiederholt vor, dass Unternehmen aus Stockerau entweder gar nicht zur Angebotslegung eingeladen wurden oder die Anfragen erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem eine seriöse Angebotslegung kaum mehr möglich war. Dadurch werden heimische Betriebe benachteiligt und wirtschaftliche Chancen für die Region vergeben.

Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge beschließen, die Stadtgemeinde Stockerau wird aufgefordert, bei der Vergabe von Leistungen künftig sicherzustellen, dass die heimische Wirtschaft rechtzeitig und umfassend in Ausschreibung und Vergabeverfahren eingebunden wird. Es ist zu gewährleisten, dass Unternehmen aus Stockerau ausreichend Gelegenheit erhalten, Angebote zu legen und an Vergabeverfahren teilzunehmen. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, sichert Arbeitsplätze in Stockerau und trägt dazu bei, dass kommunale Investitionen möglichst der lokalen Wirtschaft zugutekommen.

Völkl: Bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit. Zustimmung der FPÖ, UBS, die GRÜNEN. Gegenstimmen? ÖVP, SPÖ, Gemeinderat Fischer. Keine Dringlichkeit. Die Frau Gemeinderätin Steuer ist weiter am Wort.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit abgelehnt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Transparenter Austausch mit den Führungskräften des Landesklinikums Korneuburg-Stockerau-Hollabrunn unter zukünftiger Einbindung aller Fraktionen“

Steuer: Der nächste Dringlichkeitsantrag ist betreffend transparenter Austausch mit den Führungskräften des Landesklinikums Korneuburg-Stockerau-Hollabrunn unter zukünftiger Einbindung aller Fraktionen.

Begründung der Dringlichkeit

Einen Bericht zufolge von der NÖN vom 25.06. wurde informiert, dass am künftigen Klinikstandort eine Veranstaltung zum Austausch und Kennenlernen der Führungskräfte aus dem ärztlichen, pflegerischen und kaufmännischen Bereich aller drei Standorte des Landesklinikums Korneuburg-Stockerau-Hollabrunn stattgefunden hat.

Antrag

Der Beschlussvorschlag, der Gemeinderat der Stadt Stockerau möge bitte beschließen, aufgrund der vorliegenden Informationen waren anscheinend zu einem standortübergreifenden Treffen zum Austausch und Kennenlernen mit den Führungskräften aus dem ärztlichen, pflegerischen und kaufmännischen Bereich der drei Standorte des Landesklinikums Korneuburg-Stockerau-Hollabrunn nicht alle Fraktionen, die im Gemeinderat vertreten sind, eingeladen. Informationen und Gespräche betreffend das zukünftige Klinikum in Stockerau dürfen daher nicht einzelnen politischen Gruppierungen vorbehalten sein. Transparenz, Gleichbehandlung und demokratisch gewählten Mandatarinnen und Mandatare sowie eine offene Informationspolitik sind wesentliche

Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und eine sachorientierte kommunalpolitische Arbeit. Die Bürgermeisterin wird daher versucht aufzuklären, wer zu dieser Veranstaltung eingeladen wurde, nach welchen Kriterien die Einladungen erfolgt sind und weshalb nicht alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen berücksichtigt wurden. Weiters, in Zukunft sollen bei Informationsaustauschterminen oder Veranstaltungen sämtliche im Gemeinderat vertretene Fraktionen eingeladen werden.

Völkl: Dankeschön, eine Wortmeldung der Herr Vizebürgermeister.

Falb: Ja, ich wollte mich zur Geschäftsbehandlung zu Wort melden. Es hat sich bei der gegenständlichen Veranstaltung um eine private Einladung gehandelt. Private Einladungen fallen nicht in den Wirkungsbereich der Stadtgemeinde Stockerau. Aus meiner Sicht wäre dieser Dringlichkeitsantrag daher nicht zuzulassen. Danke.

Völkl: Aus diesen genannten Gründen wird der Dringlichkeitsantrag nicht abgestimmt und er wird in der Tagesordnung in dieser Sitzung auch nicht behandelt, weil es eine private Feier war, eine Firmenfeier, die nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates fällt. Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Bitte schön.

Dringlichkeitsantrag nicht zugelassen

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Resolution an die Österreichische Bundesregierung und den Österreichischen Nationalrat Österreich braucht kühle Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime“

D. Pfeiler: Schönen guten Abend. Ich darf Ihnen die Dringlichkeitsanträge der Fraktion der GRÜNEN näherbringen, also zwei in diesem Fall. Dringlichkeitsantrag betreffend Resolution an die österreichische Bundesregierung und den österreichischen Nationalrat. Österreich braucht kühle Schulen, kühle Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime. Hintergrund ist die Rekordhitzewelle mit Temperaturen über 40 Grad Celsius, die den menschlichen Körper vor große Herausforderungen stellen. Besonders problematisch ist, dass viele Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Pflegeheime etc. nicht mit Klimaanlagen ausgestattet sind.

Völkl: Ich ersuche nur die Antragsformel zu lesen, Herr Stadtrat.

D. Pfeiler: Die anderen Kollegen haben auch umfassend ihre Amtsberichte vorgelesen. Es gibt einen Resolutionstext von meiner Seite.

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen die vorangeführte Resolution. Österreich braucht kühle Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime. Da geht es darum, dass man zum Beispiel das Dieselprivileg abschafft und daraus ein Förderprogramm für die Nachrüstung dieser Gebäude mit Klimaanlagen schafft. Soll nach Beschluss dem österreichischen Nationalrat und der österreichischen Bundesregierung übermittelt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Die aktuelle Hitzewelle und erwartete weitere Hitzephasen erfordern ein dringendes Handeln. Insbesondere eine rasche Nachrüstung von Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen und Spitälern mit Klimaanlagen und/oder Sonnenschutz. Hierfür sind rasch die entsprechenden budgetären Mittel erforderlich. Dankeschön.

Völkl: Bitte über die Abstimmung der Dringlichkeit. Zustimmung, danke. Die GRÜNEN sind weiter am Wort.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit einstimmig zuerkannt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Hitze in der Stadt“

D. Pfeiler: Dann komme ich zum zweiten Dringlichkeitsantrag, Hitze in der Stadt. Wie schon eingangs erwähnt, wir haben Hitzewelle und Rekordtemperaturen. Ich komme zum Antragstext.

Antrag

Zum Schutz der von Hitze geplagten Bevölkerung wird das Z2000 bei anhaltenden Hitzewellen als kühler Raum für die Allgemeinheit geöffnet. Die genauen Modalitäten für Zutritt und Festlegung geeigneter Bereiche und Ausstattung sollen umgehend vom Ausschuss V - Soziales und Gesundheit festgelegt werden. Zweitens, der bestehende Kurzzeittarif im Freibad für zwei Stunden, € 4,50, ermäßigt € 3,-, wird bei anhaltenden Hitzewellen täglich und ganztägig angeboten.

Begründung der Dringlichkeit

Die aktuelle Hitzewelle und erwartete weitere Hitzephasen erfordern ein dringendes Handeln, insbesondere für vulnerable Menschen in unserer Stadt. Dankeschön.

Völkl: Bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit, Zustimmung der FPÖ, NEOS, UBS, die GRÜNEN. Der Dringlichkeitsantrag hat keinen Zugang auf die Tagesordnung gefunden. Nächster Dringlichkeitsantrag.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit abgelehnt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Abschluss von Sondernutzungsverträgen mit EVN Energieservices GmbH für E-Ladestellen in Stockerau“

D. Pfeiler: Ich komme zum Dringlichkeitsantrag betreffend Abschluss von Sondernutzungsverträgen mit EVN Energieservices GmbH für E-Ladestellen in Stockerau. Es

gab hier einen Grundsatzbeschluss am 24.03. und darauf aufbauend entsprechende weitere Bearbeitungen, die jetzt umsetzungsreif sind.

Antrag

Dementsprechend, der Gemeinderat wolle beschließen, für die folgenden zehn Standorte für E-Ladestellen wird der Abschluss von Sondernutzungsverträgen gemäß beiliegenden Vertragsmuster mit EVN Energieservices GmbH genehmigt. Die Standorte sind Unter den Linden (nächst Bushaltestelle Prinz-Eugen-Straße), Weg zum Hallenbad (Parkplatz Hallenbad), Brodschildstraße (nächst Musikschule), Gustav Mahler-Promenade (nächst Trafostation), Doktor-Fuchs-Gasse (westl. Straßenabschnitt), Doktor-Fuchs-Gasse (östl. Straßenabschnitt), Berggartenstraße (nächst Landespflegeheim), Hans-Czettel-Gasse, Parkplatz Automobilmuseum (Teil Kurzparkzone), Sportzentrum Alte Au (Parkplatz Bereich Stadionzugang) Durch den Abschluss der standortbezogenen Nutzungsverträge entstehen der Stadtgemeinde jährliche Einnahmen von € 13.320,-, Preisbasis 2026, indexbezogen wertgesichert. Es geht hier um Einnahmen.

Begründung der Dringlichkeit

Die aktuelle geopolitische Lage und eine durch den Klimawandel bedingte Rekordhitzewelle verdeutlichen die unbedingte Notwendigkeit der raschen Elektrifizierung der Mobilität. Steigende Anteile von E-Fahrzeugen bei den Neuzulassungen (seit März 2026 rund 25 %) führen zum Bedarf nach Erweiterung der innerstädtischen Ladenetze. Anfragen nach Errichtung von ausschließlich privat nutzbaren Ladepunkten auf öffentlichen Flächen werden nach Absprache im Verkehrsausschuss mit der Begründung abgewiesen, dass die Erweiterung des innerstädtischen Ladenetzes in Umsetzungsvorbereitung ist. Dementsprechend ist die Umsetzung erforderlich. Dankeschön.

Völkl: Bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit. Dringlichkeit gegeben durch Daniel Pollak, Alexandra Rester, Die GRÜNEN, UBS und NEOS. Der Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit abgelehnt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	2 Pollak, Rester	SPÖ	6
FPÖ	0	FPÖ	6
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

D. Pfeiler: Dankeschön.

Völkl: Wir haben noch einen Dringlichkeitsantrag. Bitte um die Antragsformel.

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Bekenntnis zur Sportstadt Stockerau“

M. Pfeiler: Ja, erstmal einen wunderschönen guten Abend an die Zuschauer da und zu Hause. Bekenntnis zur Sportstadt Stockerau. Ich komme gleich zum Antrag.

Antrag

Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadtgemeinde Stockerau bekennt sich zur Sportstadt Stockerau und fasst daher den Grundsatzbeschluss, dass nach Abbruch des Sportzentrums Alte Au ein neues Sportzentrum mit zumindest den gleichen Anforderungen und Bedingungen wie die

Alte Au erbaut wird. Die Sportvereine der Sportstadt Stockerau sollen in die Planungsphase des neuen Sportzentrums involviert werden. Das Bekenntnis zur Sportstadt Stockerau umfasst darüber hinaus die Schaffung von Sporteinrichtungen für den Schulsport der Pflichtschulen NMS und PL, also Polytechnische, am Schulcampus.

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund des Grundsatzbeschlusses vom 04.05.2026 zum Standortklinikum Weinviertel Süd muss die Stadtgemeinde Stockerau jetzt schon mit den ersten Planungsschritten beginnen. Um die Planung gleich mit dem Ziel Sportzentrum neu zu verbinden, ist es dringendst erforderlich, diese Zielvorgabe heute zu beschließen.

Völkl: Bitte die Abstimmung über die Dringlichkeit. Die GRÜNEN, UBS, FPÖ. Keine Mehrheit. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis: **Dringlichkeit abgelehnt**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1

Völkl: Wir haben nun noch eine Änderung zur Tagesordnung. Punkt 8, Grundstücksverkauf wird abgesetzt.

Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2026

Völkl: Die Genehmigung des Protokolls vom 28.05.2026. Hier stelle ich den Antrag, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28.05.2026 unverlesen zu genehmigen. Ich bitte um Zustimmung.

Pollak: Eine Anmerkung, wenn ich darf, wie man im Protokoll lesen kann, wirft uns eine Vertreterin der Fraktion der GRÜNEN eine Themenverfehlung bei der Vergabe der Mittel für die Kindererholungsaktion vor. Wenn ich die Frage richtig verstanden habe. Konkret geht es darum, dass wir dem Soogut Markt € 200,- zukommen lassen wollten oder auch werden. Während wir zu dem stehen, haben wir, um die Optik zu bereinigen, den nicht beeinspruchten Verein Behindertenhilfe Korneuburg weitere € 200,- aus unseren Mitteln zur Verfügung gestellt. Danke.

Völkl: Dankeschön für die Information. Danke Daniel. Zwei Wortmeldungen gibt es noch zum Protokoll? Gut. Der Herr Gemeinderat Fischer und der Herr Stadtrat Pfeiler.

Fischer: Das Protokoll wurde heute erst ausgesandt. Ich habe nach Durchsicht heute noch ein paar Korrekturen vorgenommen. Unter anderem ist protokolliert, dass ich bei Tagesordnungspunkten zugestimmt hätte, wo ich noch nicht einmal da war. Ist das aufgenommen worden?

Völkl: Dann nehmen wir den Punkt runter und beschließen es im September, damit alle offenen Anmerkungen, die noch kommen von den Mandataren, dass die eingearbeitet werden und abgestimmt ist.

Fischer: Danke.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler.

Pfeiler: Ja, das geht in die gleiche Richtung. Das Protokoll ist heute um 11.08 Uhr gekommen. Das ist im Prinzip einfach inakzeptabel, dass erwartet wird, dass man, wenn ein Protokoll um 11.08 Uhr kommt, dass man dann heute um 18.30 Uhr oder um 19.04 Uhr dann dem Protokoll zustimmen muss. Das geht so einfach nicht. Wir erwarten nicht, dass das Protokoll zwei, drei Tage nach der Sitzung da ist, aber so geht es wirklich nicht. Das gehört abgestellt, solche Zustände. Danke.

Völkl: Ich möchte hier noch eine Anmerkung machen. Im Rathaus haben wir leider, muss ich sagen, Erkrankungen und auch durch einen Unfall in anderen Abteilungen. Und die Damen aus der Hauptverwaltung sind, da muss ich großes Lob aussprechen, weil sie hier natürlich diese Arbeiten, die täglich gemacht werden müssen, mit auffangen. Wir werden eure Einmeldungen berücksichtigen, korrigieren und im September dann beschließen und ich hoffe, das ist kein Beinbruch. Bitte schön.

Pfeiler: Ich möchte noch etwas dazu sagen. Wenn so personelle Engpässe sind, voll verstanden und voll akzeptiert, dann ist es, glaube ich, einfach in der Leitungsfunktion notwendig zu priorisieren, um zu priorisieren oder gleich von vornherein zu sagen, wir schicken das Protokoll heute nicht mehr aus, wir nehmen es von der Tagesordnung und klären das im Vorhinein, dass das erst im September gemacht wird. Aber zu schauen, ob es durchgeht, ist keine Art. Es muss solche Situationen, wenn es personelle Engpässe gibt, dann muss es anders gehandhabt werden, als es hier versucht wurde. Danke.

Abstimmung in der GR-Sitzung im September

1. Bericht des Prüfungsausschusses vom 19.06.2026

Völkl: Wir kommen nun zu dem nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist der Bericht des Prüfungsausschusses und ich ersuche um Verlesung des Berichts.

Pollak: Vielen Dank. In Vertretung des heute entschuldigten Vorsitzenden darf ich den Bericht des Prüfungsausschusses zur Kenntnis bringen. Punkt 1) war Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit. Das ist erledigt worden.

2) ging es um Versicherungen. a) Allgemeines dazu. Angeregt durch den Artikel „Gemeindeversicherungen neu denken“ auf www.kommunal.at hat der Prüfungsausschuss die Versicherungen der Stadtgemeinde Stockerau überprüft. Zum einen wird die Stadtgemeinde Stockerau von der Firma AON Austria GmbH und zum anderen von der Firma Friedrich Mössmer GmbH betreut. Herr Praznik hat mit Juni 2026 die Versicherungsagenden von Herrn Geyer aufgrund seiner Pensionierung übernommen. Eine aufkommende Frage konnte während der Ausschusssitzung nicht beantwortet werden, weshalb diese per Mail diesem Bericht beigelegt wird.

b) Versicherungsmakler AON Austria GmbH. Der Versicherungsmakler ist auf Gemeindeversicherungen spezialisiert, betreut mit seinem 18-köpfigen Team mehr als 100 Gemeinden. In ihren Agenden liegen alle Versicherungen der Stadtgemeinde Stockerau bis auf jene der Fahrzeuge. Die Jahresgesamtprämie der Stadtgemeinde Stockerau macht € 175.547,07 aus. Die Versicherungen mit den größten Deckungssummen sind wie folgt. Generalpolizze, in welcher ein Großteil der Gebäude der Stadtgemeinde Stockerau (vom Rathaus bis hin zu einem Flugdach in der Alten Au) abgebildet sind. Des Weiteren sind auch Einrichtungsgegenstände in Gebäuden der Immobiliengesellschaft der Stadtgemeinde Stockerau abgedeckt. In Summe

beläuft sich die Deckungssumme der Einrichtungen auf € 47.000.000,- für eine Jahresprämie von € 117.218,53.

Drei Immobilien sind von der Generalpolizei ausgenommen und werden daher separat von der Stadtgemeinde versichert:

- Wohnhaus, In der Au 2 – Deckungssumme € 120.000 bei einer Jahresprämie von € 191,26
- Wohnhaus, In der Au 7 – Deckungssumme € 110.000 bei einer Jahresprämie von € 183,46
- Wohnhaus, Schaumanngasse 3 (Anm. „Reiterkaserne“) – Deckungssumme € 6.700.000,- bei einer Jahresprämie von € 4.237,89
- Die Drohne der Stadtgemeinde Stockerau für Katastropheneinsätze – Deckungssumme € 10 Millionen bei einer Jahresprämie von € 225,33.
- Gemeindehaftpflicht, die auch die Kläranlage, das Pflegeheim und das geriatrisches Seniorenzentrum einschließt, mit einer Deckungssumme von € 7.500.000,- bei einer Jahresprämie von € 34.803,00.
- Eine Privathaftpflichtversicherung für die Bewohnerinnen des Frauenwohnheimes, welches die Stadtgemeinde Stockerau anmietet, mit einer Deckungssumme in der Höhe von € 3.000.000,- für eine Jahresprämie von € 159,25.
- Eine Gemeinderechtschutz-Versicherung inklusive Spezial-Straf-Rechtsschutz mit einer Deckungssumme von € 500.000,00 für eine Jahresprämie von € 6.035,02.

Weitere Versicherungen betreffen die PV-Anlagen, die E-Tankstellen, die Musikinstrumente, sämtliche Bilder im Gemeindeamt, die Radaranlagen etc. Im letzten Jahr hat es auf die Stadtgemeinden Korneuburg und Tulln Hackerangriffe gegeben. Auf die Frage, ob die Stadtgemeinde Stockerau gegen Hackerangriffe versichert ist, ist dies verneint worden. Aufgrund der guten Zusammenarbeit mit dem externen Dienstleister Firma Sophos Cybersecurity ist ein 24/7-Support für die Stadtgemeinde Stockerau gegeben. Das System der Stadtgemeinde Stockerau wird in regelmäßigen Abständen kontrolliert, bei welchem die Stadt 100 von 100 Punkten erhalten hat. Die Kosten für eine Versicherung gegen Hackerangriffe würden sich auf ca. € 15.000 belaufen. Aus der Sicht der EDV-Abteilung sind € 15.000 besser in das laufende System investiert als für eine Jahresprämie dieser beschriebenen Versicherung ausgegeben. Jedes Jahr erhält die Stadtgemeinde Stockerau einen Schadensreport, in welchen alle gemeldeten Schäden der Stadtgemeinde Stockerau genaustens aufgelistet sind (Datum des Vorfalls; Schadensort; eigener Schaden; fremder Schaden gegenüber Dritten; Status, ob erledigt; Zahlung). Im laufenden Jahr sind von sieben gemeldeten Schäden (Ursachen wie Glasbruch, Leitungswasser-Rohrbruch, Einbruch/Diebstahl) insgesamt ein Wert von € 2.005,96 von den abgeschlossenen Versicherungen übernommen worden. Im Jahr 2025 wurden insgesamt ein Wert von € 31.761,72 von den abgeschlossenen Versicherungen übernommen worden. Hervorzuheben ist dabei, dass die Stadtgemeinde Stockerau eine Schadensdeckung in der Höhe von 54% erreicht, der Gemeindedurchschnitt liegt bei 57%. Einige Versicherungsunternehmungen kündigen Versicherungen, wenn die Schadensdeckung eine Schwelle von 60% erreicht. Einmal im Jahr werden seitens des Versicherungsmaklers AON Austria GmbH mit der Verwaltung der Stadtgemeinde Stockerau über die laufenden Versicherungspolizzen beraten. Dabei werden die Versicherungen auf die aktuelle Rechtslage, bessere Angebote, Doppelversicherungsschutz usw. überprüft.

c) Versicherungsmakler Friedrich Mössmer GmbH

Die Fahrzeuge der Stadtgemeinde Stockerau wie der Freiwilligen Feuerwehr Stockerau, Unterzögersdorf und Oberzögersdorf, im Folgenden Freiwillige Feuerwehr genannt, sind über den Versicherungsmakler Friedrich Mössmer GmbH versichert. Im Moment sind 88 Fahrzeuge der Stadtgemeinde Stockerau, mit den Fahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr 125 Fahrzeuge bei der Versicherung gemeldet. Die Fahrzeuge sind alle Haftpflicht versichert. Allerdings

übernimmt das Land NÖ für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr die Prämie für die Vollkasko. Eine weitere Ausnahme bilden die Fahrzeuge des Sportzentrums Alte Au, da diese von den Vereinen oftmals genutzt werden. Diese haben zusätzlich eine Vollkasko wie eine Unfallversicherung für die Insassen. Die Schäden für die Fahrzeuge sind minimal. Die Jahresprämie der Fahrzeugversicherungen belaufen sich auf circa € 58.000,-. Auch hier wird seitens der Stadtgemeinde Stockerau die Kosten-Nutzen bei jeder Versicherung entschieden. Beispielsweise für einen E-LKW mit Aufbau hat bei der Anschaffung circa € 410.000,- gekostet, weshalb die Jahresprämie für Vollkasko-Schutz circa € 40.000,- betragen würde und dementsprechend nach Kosten-Nutzen-Rechnung und Wahrscheinlichkeitseintritt eines Schadens nicht in Frage kommt.

3) Überprüfung der Verbindlichkeiten und Forderungen der Stadtgemeinde Stockerau

Der Prüfungsausschuss überprüft in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Stockerau. Eine genaue Aufstellung ab einer Höhe von € 5.000,- und einer Überfälligkeit von einem Monat zu den einzelnen Schuldnern und Gläubigern wird jedes Mal von der Buchhaltungsabteilung den Mitgliedern des Prüfungsausschusses vorgelegt. Die Außenstände der Forderungen belaufen per Stichtag mit 10.06.2026 auf € 967.447,05, davon machen einzelne Forderungen über € 5.000,- insgesamt € 637.606,92 aus. Die Außenstände haben sich sehr deutlich aufgrund drei Faktoren reduziert:

- Ein großer Schuldner der Stadtgemeinde Stockerau hat einen großen Teil seiner Außenstände der Stadtgemeinde Stockerau bezahlt.
- Ein weiterer Betrag einer Insolvenz geratenen Gesellschaft musste im Dezember 2025 ausgebucht werden.
- Die Friedhofsgebühren werden erst im Laufe des Monats Juni vorgeschrieben, weshalb etwaige anfallende Außenstände in kumulierter Form noch nicht berücksichtigt sind. Die überfälligen Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Stockerau belaufen sich per Stichtag 10.06.2026 auf € 5.300,06.

Den Teil der im nicht öffentlichen Teil verlesen wird überblättere ich hiermit.

4.) Allfälliges

Der nächste Prüfungsausschuss wird voraussichtlich am 29.09.2026 um 07:30 Uhr stattfinden. Die im Prüfungsausschuss vertretenden Gemeinderatsfraktionen werden gebeten Themenvorschläge zu melden.

5.) Gebarungsprüfung

Da überprüfen wir Kontostände und Kassastand der Stadtgemeinde. Ich bitte mich vor der Verlesung der einzelnen Zahlen zu entbinden. Gesamteinnahmen-Gesamtausgaben sind € 5.832.233,79.

Auf der Gegenüberstellung von Istbestand lt. Tagesbericht und Sollbestand ergibt sich eine vollständige Übereinstimmung. Zum Zeitpunkt der Prüfung haben sich € 3.301,54 in der Stadtkassa der Buchhaltung befunden. Der Betrag deckt sich mit dem ausgewiesenen Kassastand der Buchhaltung. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses danken Herrn Binder, Herrn Praznik und der gesamten Stadtverwaltung für Ihre Mühen und die Aufarbeitung aller Zahlen, Daten und Fakten. Stockerau, am 19.06.2026.

Völkl: Dankeschön. Eine Wortmeldung, bitte Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Danke. Ich hätte da eine Frage und zwar, wie oft wurde die Rechtsschutzversicherung in Anspruch genommen? Hat diese auch die kürzlich erledigte Strafanzeige wegen Umweltgefährdung abgedeckt? Und generell, wer sind die versicherten Personen aus dieser Rechtsschutzversicherung?

Völkl: Dürfen wir diese Frage mitnehmen und wir beantworten es dann, dass ja auch alles ganz korrekt ist und im Detail.

Fischer: Gerne, danke.

Völkl: Dann ersuche ich um ein Zeichen der Kenntnisnahme des Berichts. Dankeschön, einstimmig. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Finanzen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig zur Kenntnis genommen**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

2. Änderung der Kanalabgabenordnung

19:28 Uhr Kratschmer verlässt die Sitzung

Dummer: Einen schönen guten Abend allseits. Ich habe vier Anträge. Der erste betrifft die Änderung der Kanalabgabenordnung. Die Kanalgebühren wurden zuletzt am 01.01.2025 angepasst. Nunmehr soll die Kanalbenutzungsgebühr und auch die Kanaleinmündungsabgabe mit Wirkung zum 01.01.2027 um 25 Cent, also die Kanalbenutzungsgebühr um 25 Cent, das sind 10,2 %, von € 2,45 auf € 2,70 angehoben werden. Mit dieser über der Inflationsrate liegenden Anpassung sollen Rücklagen für die Instandsetzung oder den Neubau der Kläranlage gebildet werden. Für die Instandsetzung sind in den nächsten Jahren Kosten von rund € 20.000.000,- und im Fall eines Neubaus € 40.000.000,- zu erwarten. Und damit wir eben da rechtzeitig Vorsorge treffen und dann nicht auf einmal einen großen Schritt machen müssen, wollen wir in den nächsten sechs Jahren drei kleine Schritte machen, also mit den 10,2 %. Im Voranschlag 2027 und 2028 werden dann jeweils € 500.000,- einer Rücklage für diesen Zweck zugeführt und auch zahlungswirksam dotiert, sodass wir das eben für die Investitionen bei der Kläranlage verwenden können. Die Kanaleinmündungsabgabe soll für Mischwasser von € 25,20 auf € 26,80, für Schmutzwasser von € 17,70 auf € 20,- und für Regenwasser von € 11,80 auf € 13,- erhöht werden. Da gibt es für jede Kategorie Höchstsätze und wir haben diese berücksichtigt, liegen aber bei allen neuen Tarifen unter den Höchstsätzen. Also alle diese Gebühren liegen nach der Anpassung immer noch deutlich unter den zulässigen Höchstsätzen. Die geänderten Tarife treten dann nach Ablauf der zweiwöchigen Kundenmachungsfrist am 01.01.2027 in Kraft und der Gemeinderat wird ersucht, die Änderungen in der Kanalabgabeordnung der Stadtgemeinde Stockerau zu genehmigen. Wir machen das jetzt, damit die Verwaltung auch ausreichend Zeit hat, die ganzen Vorarbeiten zu leisten und die Bürger rechtzeitig zu informieren, dass wir dann nicht vor Weihnachten in Stress kommen.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle die Änderungen der Kanalabgabenordnung, die jetzt ausgeführten Änderungen, beschließen und ersuche aber, dass ich die ganze Kanalabgabenordnung nicht vorlesen muss. Viele Dinge bleiben ja unverändert, die Änderungen sind im Amtsbericht ausgeführt und ich ersuche um Zustimmung zu diesen Änderungen.

Völkl: Es gibt Wortmeldungen der Herr Stadtrat Rosenberger, der Herr Gemeinderat Fischer und der Herr Gemeinderat Kratschmer.

Rosenberger: Ja, ich darf gleich einmal anfangen. Einen schönen Abend wünsche ich unseren Zusehern und unseren Zusehern auch zu Hause, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, ja, Gerhard, du wirst das sicher wissen, du bist ein Mensch der Zahlen. Mich würde interessieren, wie viel wir durch diese Einnahmenerhöhung auch an Mehreinnahmen haben werden.

Dummer: Etwas weniger als wie diese € 500.000,-, wir erwarten da ungefähr € 470.000,- Mehreinnahmen und würden aber € 500.000,- 2027 und 2028, dann jeweils rückstellen. Also von den bestehenden Einnahmen würde man das aufrunden auf € 500.000,-. Die Mehreinnahmen, die sich aus dem ergeben, sind ungefähr € 470.000,-.

Rosenberger: Die Mehreinnahmen werden wahrscheinlich weit mehr als die € 470.000,- sein, denke ich einmal, weil wir erhöhen ja um die 10,2% und die Inflation war in der Zwischenzeit ja nur 5,2%, also seit 01.01.2025 haben wir eine Inflation von rund 5%.

Dummer: Du meinst mehr über der Inflation?

Rosenberger: Genau, ja.

Dummer: Mehreinnahmen, also das heißt mehr als 2026 sind es € 470.000,-. Aber wenn ich jetzt die Inflationsrate, die Inflationsanpassung abziehe, dann bleiben da knapp € 200.000,- über.

Rosenberger: Okay, aber wir bilden trotzdem eine Rückstellung über € 500.000,-.

Dummer: **€** 500.000,-, ja. Also wir würden alles, was an Mehreinnahmen gegenüber 2026 reinkommt, da gezielt, weil wir wissen, dass diese Investitionen auf uns zukommt und das würden wir auch in den Folgejahren dann fortsetzen.
Rosenberger: Ja, wir finden es grundsätzlich gut, dass man heute schon an morgen denkt und das ist natürlich eine absolut positive Geschichte, dass Rücklagen gebildet werden. Das war in der Vergangenheit nicht immer so, dass Kommunen bereits im Vorfeld für große Investitionen solche Rücklagen auch gebildet haben. Jeder private Haushalt kennt es, wenn gespart wird auf ein größeres Vorhaben und der Rest über Kredit finanziert wird. Man schafft sich vorher entsprechende Freiräume und gewisses Kapital, das auch auf der Seite liegt und das finden wir gut, dass das genauso passiert. Wir werden das Geld brauchen, wir werden das Geld genau dafür auch brauchen und wir werden dem selbstverständlich auch zustimmen. Genau deswegen, weil wir größere Investitionen im Auge haben. Wie die dann näher ausschauen werden, da muss man dann separat noch einmal darüber reden. Dankeschön für die Beantwortung.

Dummer: Danke.

Völkl: Bitte schön, nächste Wortmeldung. Herr Stadtrat Pfeiler, hast du auch etwas sagen wollen? Ja, also das ist auch eine Wortmeldung.

Fischer: Ja, ich muss dem Stadtrat Rosenberger grundsätzlich recht geben, wir sparen für eine neue Kläranlage, das ist eine gute Sache. Ich habe eine Frage dazu. Wir haben kürzlich über Synergien und Kooperationen mit anderen Gemeinden gesprochen. Gibt es bereits Gespräche mit den Nachbargemeinden, ob ein gemeinsamer Betrieb einer Kläranlage in Frage kommt oder auch die Gründung eines Abwasserverbandes?

Dummer: Wir sind ja in einem Verband sozusagen, also in der Kläranlage läuft bei uns Leitzersdorf ja mit. Das heißt, wir übernehmen auch die Entsorgung von Leitzersdorf. Spillern glaube ich nicht. Bei der Kläranlage Spillern haben wir nur den Müll dabei und bei Wasser haben wir Leitzersdorf, Niederhollabrunn, Sierndorf und Spillern. Also das heißt, wir forcieren diese Kooperationen natürlich, aber das Gefälle von Spillern beim Kanal läuft Richtung Korneuburg und nicht Richtung Stockerau. Aber Leitzersdorf hängt an unserer Kläranlage.

Völkl: Bitteschön, nächste Wortmeldung.

Kratschmer: Ja, schönen guten Abend. Wir die Freiheitlichen stimmen die Erhöhung bei beiden Punkten 2 und 3 nicht zu, weil gerade in einer Zeit, in der viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, sollte die Gemeinde besonders verantwortungsvoll mit zusätzlichen Belastungen umgehen und auf Erhöhungen verzichten. Da gibt es sicher andere Lösungen, um zu sparen. Danke.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, 01.07., der Herr gibt, der Herr nimmt. Im Nationalrat oder heute mit 01.07. hat die Bundesregierung feierlich bekannt gegeben, dass jetzt die Mehrwertsteuersenkung ankommt und am Abend beschließen wir schon eine Abgabenerhöhung über der Inflationsrate. In Summe bleibt von all dem nichts über, außer ein Nullsummenspiel mit viel Getöse. Zur Erhöhung, 10,2% über der Inflationsrate, € 500.000,- Rücklage klingt gut, man spart an, damit man sich das dann leisten kann. Neubau € 40.000.000,-, Ansparen eine halbe Million pro Jahr, gibt nach längerem Umformen eine Ansparzeit von 80 Jahren. Also die Rechnung funktioniert ja hinten und vorne nicht. Da brauchen wir eigentlich in 80 Jahren schon eine zweite Kläranlage wieder neu gebaut oder saniert. Klingt lustig, ist aber überhaupt nicht lustig, weil es führt uns nur vor Augen, dass einfach die finanzielle Situation der Gemeinden in Österreich und insbesondere in Stockerau, wir bilden das ja hier beispielhaft ab, einfach miserabel ist. Die Gemeinden werden gegängelt und am Ende können die Bürgerinnen und Bürger dann mit überbordenden Kanalgebühren die Abgänge decken. In Wahrheit müssen ja die Überschüsse aus den laufenden Kanalabgaben laufend für Investitionen in Höhe der Abschreibungen zurückgelegt werden, damit man dann nicht vor der Situation steht, dass man dann noch einmal überdurchschnittlich erhöhen muss, damit man sich dann in 80 Jahren eine neue Kläranlage leisten kann. Und dann stelle ich mir natürlich noch die Frage, naja das ist jetzt mal die Kläranlage, aber was kommt noch alles? Um wieviel müssen dann Kanal-, Wasser- und Müllgebühren erhöht werden, wenn wir ein neues Sportzentrum brauchen und all die anderen Dinge, die da jetzt mit dem Spital ante portas stehen. Die Rechnung funktioniert einfach hinten und vorne nicht und es gehören einfach die finanziellen Mittel völlig neu geordnet. Die Reformgruppe auf Bundes-, Landes-, Gemeindeebene wird da sicher tolle Arbeit leisten, aber die Bürgerinnen und Bürger können da nicht immer diese Lücken schließen. Also ich werde diesem Antrag nicht zustimmen. Danke.

Dummer: Das hätte ich auch nicht erwartet, aber die Zahlen, die du da jetzt präsentierst, sind natürlich hinten und vorne falsch. Wir haben nicht vor, die Kläranlage in 80 Jahren zu bauen. Also

wir haben vor, das eben in den nächsten Jahren so anzupassen, die Gebühren, dass wir in 5, 6 Jahren € 6.000.000,- Eigenmittel beisammen haben. Natürlich müssen wir dann einen Teil finanzieren, aber die Raten können wir dann eben aus der Erhöhung, die wir in den nächsten Jahren machen, dann auch problemlos bedienen. Und die Überschüsse beim Kanal sind € 1.100.000,-, ist eh die Rechnung da drinnen auch. Und wenn du, weil du ja für Infrastruktur zuständig bist, dein Budget kennst, was Kanal anbelangt, dann weißt du, dass wir dort heuer fast € 2.000.000,- für den Kanal ausgeben. Also das heißt, die jetzigen Überschüsse würden nicht reichen, um eine Kläranlage zu finanzieren. Das laufende Kanalnetz, die 140 Kilometer, die wir haben, das muss ja auch instandgehalten werden. Wir haben ein paar Pumpwerke und all diese Dinge. Also ganz so einfach, wie sich das der kleine Mann vorstellt, ist es dann wieder auch nicht.

Völkl: Bitte.

Pfeiler: Danke, der kleine Mann geht in Ordnung. Das ist meiner Körpergröße geschuldet, das passt. Die Investitionen, klar, die sind deutlich höher, das ist richtig. Das ist aber auch wieder den Versäumnissen der Vergangenheit bitte geschuldet. Es hat sich über die letzten Jahre, Jahrzehnte, ein riesiger Investitionsrückstau aufgestaut im Bereich der Kläranlagen, weil eben die Gemeinden nicht entsprechend mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Und dementsprechend die Überschüsse aus den Kläranlagen und Kanalgebühren und Wassergebühren überall zum Schließen der Lücken verwendet wurden und darum ist das Geld nicht da. Dabei bleibe ich und jetzt ist halt einfach derzeit notwendig, die entsprechenden Investitionsrückstände abzubauen im Kanalnetz.

Falb: Danke.

Völkl: Herr Vizebürgermeister bitte.

Falb: Ja und genau das versuchen wir mit dem Antrag von Herrn Stadtrat Dummer. Über Investitionsrückstände kann man reden, nur Ursachenforschung bringt uns nicht weiter. Ich persönlich glaube, dass wir alle dazu aufgerufen sind, Lösungen für die Zukunft zu machen, die Infrastruktur entsprechend zu finanzieren, auf Vordermann zu bringen dort, wo es notwendig ist, und deswegen ersuche ich um Zustimmung. Danke.

Völkl: Herr Stadtrat Chaloupka, auch noch eine Wortmeldung oder nichts mehr? Gut. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, ersuche ich um Abstimmung des Antrags. Bitte um Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung der Fraktion der ÖVP, SPÖ und der NEOS. Der Rest Gegenstimmen. Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Mehrheitlich beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	5
GRÜNE	0	GRÜNE	5
UBS	0	UBS	1
NEOS	1	NEOS	0

19:30 Uhr Kratschmer nimmt wieder an der Sitzung teil

3. Änderung der Wasserabgabenordnung

Dummer: Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Änderung der Wasserabgabenordnung. Da geht es um eine Indexanpassung für die letzten zwei Jahre. Die Wassergebührenordnung wurde zuletzt am 01.10.2024, da haben wir die Hauptabrechnung immer Ende September, darum passen wir die immer im Oktober an, angepasst und nunmehr soll die Wasserbezugsgebühr mit Wirkung zum 01.10.2026 im Ausmaß der Inflation um 10 Cent, das sind 6,25% auf € 1,70, also von € 1,60 auf € 1,70 pro 1000 Liter Wasser angehoben werden. Also 1 m³ Wasser kostet in Zukunft statt € 1,60, € 1,70, dazu kommen noch 10% MwSt. Die Wasseranschlussabgabe wollen wir auch erhöhen um diese rund 6%, von € 8,- auf € 8,50 für den Wasseranschluss. Die Bereitstellungsgebühr, welche im Wesentlichen die Kosten für Wartung, Störungsbehebungen, Fernauslösung und den regelmäßigen Austausch des Wasserzählers abdeckt, da soll die Anhebung ein bisschen höher sein, nämlich € 2,- pro m³, das ist im Jahr € 16,- auf € 18,- pro m³. Die Kosten für einen 3 m³-Zähler, das ist der Großteil der Zähler, die wir im Umlauf haben, würden sich dadurch um 50 Cent im Monat erhöhen. Eine höhere Durchflussmenge als diese Mindestdurchflussmenge haben bei uns in Stockerau 371 Zähler und 4.166 sind eben diese Standardzähler. Die Kosten des Austauschs des Zählers, der alle 5 Jahre stattfindet, weil er geeicht werden muss, liegen über dem, was wir in den 5 Jahren einnehmen. Aber wir können das nur schrittweise anpassen und wollen das nicht sprunghaft anpassen. Wir liegen mit den Gebühren auch unter den umliegenden Städten Hollabrunn, Korneuburg und Tulln. Die Anpassung der Wassergebühr hat auch das lenkungspolitische Ziel, das Bewusstsein in der Bevölkerung für den Wert der Ressource Wasser zu vertiefen und einen sorgsamen Umgang mit Wasser im Hinblick auf längere Trockenzeiten und Klimaveränderungen zu fördern. Die geänderten Tarife treten nach Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist am 01.10.2026 in Kraft. Und der Gemeinderat wird ersucht, die eben vorgetragenen Änderungen in der Wasserabgabenordnung der Stadtgemeinde Stockerau zu genehmigen. Ich ersuche auch da, dass man mich von der Verlesung der Wasserabgabenordnung entbindet. Es sind nur diese Änderungen vorgesehen, sodass es nicht Sinn macht, dass ich die ganze Abgabenordnung vorlese.

Völkl: Dankeschön. Wortmeldungen? Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, die Anpassung im Rahmen der Inflation bei den Gebühren, also bei der Bezugsgebühr und bei der Wasseranschlussabgabe geht für mich jetzt mal in Ordnung. Für die Bereitstellungsgebühr jetzt da wieder gleich über die Inflationsrate zu gehen, verstehe ich nicht. Bleiben wir doch bitte da einmal bei der Inflationsrate. Ich glaube, da hätten wir einen breiten Konsens.

Abänderungsantrag

Dementsprechend stelle ich den Abänderungsantrag, die Bereitstellungsgebühr soll nur um € 1,- pro m³ im Jahr von € 16,- auf € 17,- erfolgen. Mit diesem Änderungsantrag wären wir auch bei der Bereitstellungsgebühr genau bei dieser Inflationsrate von 6,25 %. Und ich glaube, dann könnten wir das gesamte Paket gut kommunizieren. Danke.

Dummer: Also, wie gesagt, da haben wir einen deutlichen Rückstand jetzt und nicht einmal kostendeckend, was den Zähleraustausch anbelangt. Darum diese schrittweise außerordentliche Anpassung. Nur zum Vergleich, Hollabrunn hat da € 20,-, Korneuburg € 22,-, Tulln über € 40,- und wir erhöhen jetzt auf € 18,-. Das heißt, wir kommen da nie auf eine Kostendeckung, wenn wir uns nur bei der Inflation bewegen, weil natürlich die Kosten dieses Zähleraustauschs auch mit der Inflation mitwachsen. Also, wenn wir da nicht kleine Schritte, und wie gesagt, das sind 50 Cent pro Haushalt im Monat, wenn wir diese kleinen Schritte nicht machen und statt 50 Cent 25

Cent nur nehmen, dann kommen wir da nie auf eine Kostendeckung in dem Bereich. Wir können natürlich sagen, das zahlen wir mit etwas anderem, aber das ist nicht der Sinn der Sache, meines Erachtens. Und darum würde ich dafür plädieren, dass man das so belässt.

Völkl: Herr Stadtrat Rosenberger.

Rosenberger: Dankeschön. Die Erhöhung ist für uns in Ordnung. Sie entspricht dem, was die Inflation ausgemacht hat. Das, was mir ein wenig zu denken gibt, ist der eine Satz, der drinnen steht, und den möchte ich durchaus noch kommentieren. Die Anpassung der Wassergebühr hat auch das lenkungspolitische Ziel, das Bewusstsein in der Bevölkerung für den Wert der Ressource Wasser zu vertiefen und einen sorgsamen Umgang mit Wasser im Hinblick auf längere Trockenzeiten und Klimaveränderungen zu fördern. Ja, grundsätzlich kann ich mich damit schon anfreunden. Eine Gebührenerhöhung, die in der Höhe der Inflation ist, fällt aus meiner Sicht einmal nicht wirklich unter das lenkungspolitische Ziel, sondern das ist ganz einfach ein finanzielles Ziel. Wir wollen damit in erster Linie kostendeckend sein und die Infrastruktur, wenn nicht ausbauen, dann zumindest so erhalten, wie sie ist. Und ein Satz noch am Rande von mir persönlich. Das Bewusstsein, das kann nicht nur über die Finanzen gestaltet werden. Ich glaube, jedem von uns sollte klar sein, solange wir in Österreich jeden Tag zigmal auf die Toilette gehen und dort wirklich Trinkwasser mit runterlassen und nicht Brauchwasser mit runterlassen, haben wir diese lenkungspolitischen Ziele aus meiner Sicht bei Weitem noch verfehlt und da ist noch sehr viel Luft drinnen. Das liegt aber nicht nur im finanziellen Bereich, das liegt ganz, ganz tief in den Köpfen drinnen, im Bewusstsein und auch bei denen, die Häuser, Wohnungen und Unternehmen planen und bauen. Danke.

Völkl: Dankeschön. Wir stimmen nun den Abänderungsantrag von Herrn Stadtrat Pfeiler ab. Wer diesem zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Fraktion der GRÜNEN und UBS. Dieser Abänderungsantrag hat keine Mehrheit.

Abstimmung Abänderungsantrag

Abstimmungsergebnis:		**abgelehnt**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	0	FPÖ	6
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	0	NEOS	1

Wir kommen zur Abstimmung über den Grundantrag und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Fraktion der ÖVP, SPÖ und NEOS. Gegenstimmen? Fraktion der GRÜNEN, UBS und FPÖ. Gut, also eine Zustimmung noch, Herr GR Grim-Schlink. Dankeschön.

Abstimmung Hauptantrag

Abstimmungsergebnis:		**Mehrheitlich beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	0	FPÖ	6
GRÜNE	1 Grim-Schlink	GRÜNE	4
UBS	0	UBS	1
NEOS	1	NEOS	0

4. Annahmeerklärung ABA Stockerau BA 29 – BHKW u. Gebläsestation für ARA – NÖ WWF Bauabschnitt 29

19:40 Uhr Kilic verlässt die Sitzung

Dummer: Ich bin bei meinen zwei Förderungsverträgen. Der erste betrifft den Förderungsvertrag mit der KPC für die Abwasserreinigungsanlage Bauabschnitt 29, also konkret für das Blockheizkraftwerk und für die Gebläsestation bei der Kläranlage. Eine wichtige Umweltmaßnahme, wo wir jetzt das Gas von der Kläranlage zur Stromerzeugung und zur Wärmegewinnung verwenden. Da haben wir € 910.000,- anerkannte Investitionskosten. Haben von der KIG zum Teil, also von dem kommunalen Investitionsprogramm vom Bund, schon € 420.500,- bekommen, und würden jetzt nochmals € 91.000,- von der KPC kriegen an Förderung. Ist zwar schon lange in Betrieb, aber wir nehmen das Geld auch heute noch.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, der Förderungsvertrag betreffend Bauabschnitt 29 der Abwasserreinigungsanlage, eben das Blockheizkraftwerk und die Gebläsestation mit der Antragsnummer C35527 abgeschlossen zwischen dem Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen- und Wasserwirtschaft, welches durch die kommunale Public Consulting GmbH vertreten wird und der Stadtgemeinde Stockerau als Förderungsnehmer wird mittels beiliegender Annahmeerklärung genehmigt. Ich ersuche da um Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

5. Förderungsvertrag der KPC betreffend ARA BA 29 BHKW und Gebläsestation – Antrag C305597

Dummer: Und für dieselbe Investition bekommen wir auch eine Förderung über € 80.505,- aus Landesmitteln. Gegenstand ist dasselbe. Also das Blockheizkraftwerk und die Gebläsestation unter Zuschuss des Landes NÖ, für den wir uns herzlich bedanken, macht aus € 80.505,- dafür.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, der Förderungsvertrag betreffend Bauabschnitt 29, Abwasserreinigungsanlage, Blockheizkraftwerk und Gebläsestation, Antragsnummer C305597 abgeschlossen zwischen uns und dem Land, wird genehmigt.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, Dankeschön.

Dummer: Ist eh da, ich habe es nur überblättert. Entschuldigung. Alles da.

Völkl: Dankeschön.

Dummer: Dann bin ich am Ende und wünsche einen schönen Abend.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

19:43 Uhr Kilic nimmt wieder an der Sitzung teil

6. Diverse Beauftragungen Sanierung Restaurant Hallenbad

Völkl: Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Bauwesen und Stadtentwicklung.

Rosenberger: Ja, ich habe heute zwei Anträge, die auch im letzten Bauschuss behandelt und diskutiert wurden. Die Amtsberichte sind heute erst relativ spät gekommen. Zu den Details, ich war selber nicht anwesend aufgrund meiner Ortsabwesenheit. Ich darf Ihnen aber den Amtsbericht im Detail zuerst einmal zum Restaurant Hallenbad zur Kenntnis bringen. Derzeit werden die Planungs- und Bauarbeiten für die Wiederinbetriebnahme des Restaurants im Hallenbad und des Buffets für den Freibadbetrieb durchgeführt. Die Arbeiten im Buffetbereich sind bereits nahezu abgeschlossen und ist eine Inbetriebnahme für die Versorgung der Freibadgäste in Kürze vorgesehen. Im nächsten Schritt soll der Restaurantbereich im Hallenbad erneuert werden. Dazu wurden die Planungsarbeiten durchgeführt und auf den Grundlagen der Planungen Ausschreibungen bzw. Angebotseinholungen durchgeführt. Sämtliche Vergaben liegen im Unterschwellenbereich und werden als Direktvergaben nach §46 BVergG nach dem Billigstbieterprinzip durchgeführt. Die Positionierung des für die neue Küchenausstattung behördlich erforderlichen Lüftungsgerätes kann nach statischen Untersuchungen auf dem Flachdach des Hallenbades erfolgen. Die Lasten des Lüftungsgerätes inkl. aller Zusatzgeräte werden über eine Stahlkonstruktion verteilt und an vier Punkten über Stahlstützen in die bestehenden Brettschichtholzbinder eingeleitet. Die Lasten können auf Grundlage der Berechnungen von DI Spitzer aufgenommen werden. Für die Umsetzung sind nachfolgend angeführte Gewerke bzw. Leistungen erforderlich: Statik: Statische Berechnungen für die Tragkonstruktion für das Lüftungsgerät am Dach des Hallenbades. Haustechnikinstallationen: Für die Leistungen Lüftungsinstallationen und Sanitärinstallationen wurde ein Leistungsverzeichnis erstellt und den Firmen zur Angebotslegung übermittelt. Es wurden 5 Firmen zur Angebotsabgabe eingeladen. Es wurden drei Angebote übermittelt Die liegen dem Bericht natürlich auch bei. Es gibt Stahlbauarbeiten. Die Stahlkonstruktion zur Positionierung und Lastverteilung für das Lüftungsgerät inklusive aller Zusatzausstattungen. Nachdem das am Dach passiert, gibt es auch Dacharbeiten. Die sieben vorhandenen Lichtkuppeln sind beschädigt und werden durch neue ersetzt. Weiters sind für die neuen Durchführungen der Lüftungsleitungen entsprechende Konstruktionen und deren Einbindung in die bestehende Dachabdichtung erforderlich. Für die Lastableitung der Stahlkonstruktionen in die Leimbinder sind Dachöffnungen erforderlich und die dichte Einbindung der Stahlstützen im Bereich des Hallenbades ist beim Portal eine Abdichtung mittels Flüssigkeitsabdichtung herzustellen. Da es derzeit zu Feuchtigkeitseintritten sowohl in das Restaurant als auch in das Untergeschoss kommt. Diese

Leistung ist derzeit noch in Verhandlung. Die durch Hagelereignisse beschädigten Lichtkuppeln wurden der Versicherung gemeldet und erfolgt hier gegebenenfalls eine Teilkostentragung von der Angebotssumme. Das Angebot ist auch klarerweise als Beilage ersichtlich. Bodenbeschichtungen: In diversen Räumen im Untergeschoss wird eine Bodenbeschichtung hergestellt. Fliesenverlegearbeiten: in der Küche sowie im Waschraum und im WC im Untergeschoss werden Wände und Decken neu verfliest. Bei diesem Gewerk wurden in Summe 4 Firmen angefragt. Bis dato hat nur eine Firma ein Angebot abgegeben. Dieses soll im Gremium formal beschlossen werden. Es werden weitere Angebote eingeholt und der Billigstbieter wird beauftragt. Dann gibt es Trockenbauarbeiten: Die Herstellung der abgehängten Decke im Bereich der Küche (aufgrund der komplexen Ausbildung ist nicht durch den Handwerksservice möglich). Baumeisterarbeiten: Herstellung eines Fettabscheiders. Der ist im Bestand nicht vorhanden, gemäß Indirekteinleiterverordnung und ÖWAV-Regelblatt 39 für den vorgesehenen Restaurantbetrieb aber zwingend erforderlich. Kältetechnik: Es werden in Abstimmung mit dem Pächter drei Kühlräume (ein Tiefkühlraum und zwei Kühlräume) ausgebaut. Die bestehende Kühltechnik wurde geprüft und wird instandgesetzt. Die Kompressoren werden von der derzeitigen Position im Stiegenhaus in den Außenbereich versetzt und mittels Witterungsschutz versehen. Die im Ausschuss angesprochene Thematik betreffend Ersatzteile wurde geklärt, auch das ist in den Beilagen ersichtlich. Kücheneinrichtung: Für die Kücheneinrichtung wurden zwei Planungen durchgeführt. Es wurde eine Maximalvariante ausgearbeitet und werden die Rohrinstallationen für diese Variante auch vorgesehen. Auf Grundlage dieser Anforderungen des Pächters wurde eine weitere Planung durchgeführt, mit dem Pächter nochmals abgestimmt und von diesem auch freigegeben. Auf dieser Grundlage wurden drei Angebote von Küchenausstattern dann auch eingeholt. Es wurden auch drei Angebote abgegeben. Nachfolgend haben Sie dann im Amtsbericht die Übersicht der Vergabevorschläge und die zugehörigen Angebote, sind klarerweise eh im Anhang ersichtlich. Ich darf Sie um die Verlesung der Details bitten mich zu entbinden und darf nur die Gesamtsumme erwähnen. Die Summe der Beauftragung durch den Gemeinderat am heutigen Tage beträgt netto € 328.663,18. Das sind brutto € 394.395,82. Im Voranschlag sind für die Sanierung des Restaurants € 200.000,- vorgesehen. Aus dem Übertrag aus dem Vorjahr stehen € 107.300,- zur Verfügung. Die ursprünglich für die Sanierung der Duschen vorgesehenen € 50.000,- können bei einer Ausführung für das nächste Jahr ebenfalls herangezogen werden. Somit sind im Voranschlag insgesamt € 357.300,- zur Verfügung. Die bisherigen und heute zu beschließenden Beauftragungen sind im Voranschlag 2026 unter der Berücksichtigung des Übertrags nicht vollständig bedeckt. Die Summe beträgt gemäß beiliegender Kostenzusammenstellung € 437.652,77 netto und € 525.183,32 brutto. Die Finanzierung des im Voranschlag nicht vorgesehenen Betrages in der Höhe von € 80.352,77 netto erfolgt aus der Haushaltspotentialrücklage.

Antrag

Ich darf daher den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen, die nachfolgend aufgelisteten Gewerke und Firmen werden zu den angeführten Beträgen beauftragt. Die Beträge habe ich schon vorgelesen. Die Details bitte ich Sie auch im Antrag, mich zu entbinden dafür. In Summe werden in der heutigen Sitzung € 328.663,18 netto bzw. € 394.395,82 brutto beauftragt. Die bisherigen und heute zu beschließenden Beauftragungen sind im Voranschlag 26 unter Berücksichtigung des Übertrags nicht vollständig bedeckt. Die Finanzierung des Voranschlages nicht vorgesehenen Betrages in der Höhe von € 80.352,77 netto erfolgt aus der Haushaltspotentialrücklage. Bei dem Inhalt des vorliegenden Beschlusses handelt es sich bei den Aufträgen mit einer Summe größer € 100.000,- um eine Information von allgemeinem Interesse nach dem Informationsfreiheitsgesetz, die proaktiv zu veröffentlichen ist. Gemäß § 3 IFG obliegt die Veröffentlichung dieser Informationen dem Gemeinderat. Es stehen keine Geheimhaltungsgründe gemäß § 6 IFG der Veröffentlichung entgegen. Die Aufträge über € 100.000,- Auftragssumme werden nach § 4 IFG im Bundesinformationsregister über data.gv.at veröffentlicht. Ich bitte hier um Ihre Zustimmung.

19:50 Uhr Dummer verlässt die Sitzung

19:51 Uhr Völkl verlässt die Sitzung

Falb: Danke Herr Stadtrat, die Frau Bürgermeisterin erklärt sich für befangen, daher darf ich die Leitung der Sitzung kurzfristig übernehmen. Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Das Fiasko im Freizeitzentrum haben wir letzten Sommer ja alle mitbekommen, wo der Gastro-Bereich plötzlich geschlossen wurde von heute auf morgen mitten im Sommer. Jetzt haben wir einen neuen Pächter gefunden. Danke Herr Stadtrat Koll für die Mühen. Es muss nur mehr das Restaurant saniert werden. Die Sanierung im Gastro-Bereich kostet ungefähr eine halbe Million Euro. Das ist ungefähr so viel, wie wir jedes Jahr für die Kläranlage beiseitelegen können. Gerade, dass wir die Relation kriegen. Wir werden in nächster Zeit auch noch ziemlich viel Geld für Sportanlagen in die Hand nehmen müssen, ebenso für flankierende Infrastruktur zur neuen Krankenanstalt, die das Land sicher nicht zur Gänze tragen wird können und tragen wird wollen. Es wäre daher für die nächste oder übernächste Saison doch zu überlegen, eine andere Form der Bewirtschaftung als durch die Stadtgemeinde selbst zu finden. Die öffentliche Hand ist kein guter Unternehmer. Anzudenken wäre vielleicht eine Verpachtung des Freizeitzentrums insgesamt einem professionellen Betreiber. Aber auch dann werden wir einzelne Bereiche sanieren müssen, bevor wir das Bad einem Betreiber übergeben können. Diese Ausgabe hier werden wir also jedenfalls machen müssen, egal wie das Bad in Zukunft betrieben wird. Eine Ergänzungsfrage habe ich aber noch. Ist für das Buffet beim Eislaufplatz auch eine Sanierung vorgesehen?

Falb: Danke, Herr Gemeinderat. Herr Stadtrat Rosenberger.

Rosenberger: Im Augenblick kann ich diese Frage nicht wirklich beantworten, wie der aktuelle Stand zur Sanierung des Buffets beim Eislaufplatz ist. Die Übernahme ist vom Verpächter grundsätzlich gewünscht und auch von unserer Seite zugesagt. Man wird da ein bisschen Geld in die Hand nehmen müssen, dass dort alles passt, insbesondere die Lüftung. Also wir arbeiten da auch schon im Bauamt dran. Den aktuellen Status dazu kann ich allerdings nicht wirklich geben.

Falb: Danke, Herr Stadtrat. Stadtrat Koll, bitte.

Koll: Ich versuche das zu beantworten, weil ich da doch mehr involviert bin und der Markus ja jetzt einige Wochen nicht dabei sein konnte. Der momentane provisorische Betrieb findet ja dort statt, wie wir alle wissen. Dort wurden auch, bevor das dort eröffnet wurde, technische Maßnahmen gesetzt, die insbesondere die Belüftung und die Elektrik und solche Dinge betreffen. Das wird relativ bald aus sein, dass es momentan zu benutzen ist, weil die Übersiedlung ins Buffet unmittelbar bevorsteht, wie es schon erwähnt wurde. Dann wird dieser Standort ja nicht weiter bespielt und man wird dann die Zeit nutzen, dass man keine großen Investitionen dort macht, aber dass man das auf eine Basis stellt, dass, wie gesagt, mit der Lüftung und diesen Dingen, das ist schon im Gange, dass das im nächsten Herbst oder Winter, wenn dann der Eislaufplatz tatsächlich wieder aufgesperrt wird, renoviert ist. Nicht neu gemacht ist, keine großen Dinge da rein, aber es wird renoviert sein und es wird gesetzeskonform sein. Danke.

Falb: Danke, Herr Stadtrat. Gibt es weitere Wortmeldungen? Entschuldige, Herr Stadtrat Brosch.

Brosch: Ja, Dankeschön. Einen schönen guten Abend. Ich bin mit der Lokalität bestens vertraut und um den erbärmlichen Zustand des Restaurants in Zukunft zu vermeiden, für den nicht nur die letzte Pächterin, sondern auch die zuständigen Stellen in der Gemeinde verantwortlich waren, weil man einfach weggeschaut hat, ersuche ich um Bestellung eines Wartungsplans für Pächter und Gemeinde. Solche horrenden Investitionssummen, die jetzt notwendig sind, müssen durch vorausschauendes Handeln wie Wartungsverträge bei Neugeräten, Klima- bzw. Kühlaggregaten usw. vermieden werden. Ebenso den Bereich Zu- und Abwasser sowie Elektrik müssen jährlich

gewartet bzw. kontrolliert werden. Das ist ein riesengroßer Aufwand und ein riesengroßer Betrieb, wo sehr viele Leute sind. Bedenkenswert wäre vielleicht auch eine Neugestaltung des Gastraumes, um die späte 70er-Jahre Plastikoptik ein bisschen zu verschönern. Jetzt macht man alles neu und im Endeffekt ist es dann so, wir wenn man einen Ferrari in eine Senkgrube reinstellt.

Falb: Danke, Herr Stadtrat. Ich gehe davon aus, dass man das im Bauausschuss auch entsprechend besprechen kann. Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Dankeschön, Herr Vizebürgermeister Falb. Die Beauftragung kommt jetzt endlich zustande. Wurde ja mehrmals auf die Tagesordnung gesetzt und wieder abgesetzt. Wir haben uns jetzt die ganze Historie nochmal angeschaut und in Wahrheit haben wir jetzt die zweite Freibadsaison ohne Restaurationsbetrieb, weil im letzten Jahr während der Saison plötzlich Schluss war mit dem Restaurant. Und auch heuer gibt es eben kein Restaurant im Freibad auf absehbare Zeit. Und das ist natürlich ein Riesenthema. Darum haben wir uns jetzt nochmal die Historie angeschaut. Im September, also im Sommer war schon Schluss mit dem Betrieb. Gekündigt worden ist dann mit 30.09. in der Gemeinderatssitzung im September. Dann hat man begonnen irgendwie einen Pächter zu suchen, hin und her und Hearing und erste Runde und zweite Runde und dritte Runde. Jedenfalls im Endergebnis haben wir dann erst den Pachtvertrag mit dem neuen Mieter im März gehabt. Und ich glaube dort haben wir eigentlich die wertvolle Zeit liegen gelassen. In der Pächtersuche, das hätte einfach viel, viel schneller gehen müssen. Da hat man irrsinnig lange herumgetan. Und klarerweise geht sich dann hinterher die Instandsetzung in Abstimmung mit dem neuen Pächter nicht aus. Das ist soweit meine Manöverkritik. Das ist eigentlich der Verantwortung zuzuordnen, warum wir jetzt eine weitere Freibadsaison ohne Restaurant haben. Warum ist das ein Thema? Wir verkaufen Tageskarten im Freibad um € 9,- am Wochenende. Und man ist dann dort gefangen, weil man darf nicht einmal rausgehen, um sich irgendwo was anderes zu holen als das, was es im Buffetbereich gibt. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, es gibt am Wochenende keine Vormittags- oder Nachmittagskarten. Wir verlangen wirklich Spitzenpreise um € 9,- ohne Spitzengastronomie. Das ist wirklich 70er, 80er Jahre Style, wo man dann mit der Kühltasche kommen muss, wenn man es nicht geschafft hat, ein Restaurant herzurichten. Und das Ganze dann zu Spitzenpreisen beim Eintritt. Der Beauftragung werden wir natürlich zustimmen. Das ist ja keine Frage, das gehört jetzt erledigt. Aber so viel Manöverkritik muss einfach erlaubt sein. Danke.

Falb: Danke Herr Stadtrat Pfeiler. Herr Stadtrat Rosenberger.

Rosenberger: Auf den Herrn Stadtrat Brosch würde ich noch gern antworten, wegen den Wartungen. Ja klar, so haben wir das natürlich auch vor. So haben wir das auch bei unseren Investitionen in den letzten Jahren immer gemacht. Haben wir irgendwo was neu investiert, was neu gebaut, was neu gemacht, sei es eine Liftanlage etc., die Klimaanlagen, wir kümmern uns auch darum, dass die entsprechend gewartet werden. Das Restaurant ist sicher ein Beispiel dafür, wie es nicht laufen soll. Genau darum werden wir das auch dort entsprechend machen. Ergänzend und zum Abschluss würde ich noch gerne erwähnen, weil das heute auch schon Thema gewesen ist, die Stockerauer Betriebe und dass die nicht entsprechend zum Zuge kommen. Vielleicht darf ich da doch kurz einmal durchlesen und laut vor mich hin lesen. HKLS gesamt, Quasnitschka Haustechnik, die Firma Ruzicka, Zickbauer Ges.m.b.H, Zickbauer Ges.m.b.H, Wohnkultur Weszits GmbH, Christian Müllner Bau GmbH, Watzinger. Genauso machen wir das auch und genauso finde ich das auch gut. Dort, wo man heimische Betriebe beauftragen darf und wo die Angebote stimmen, dort passt das natürlich. Und dort kommen sie klarerweise auch zum Zug. Und das ist gut so und das möchte ich nur erwähnt haben. Wegen der Manöverkritik von Herrn Stadtrat Pfeiler kann ich keine wirkliche Auskunft dazu geben. Ich glaube, da bin ich nicht der Richtige, weil ich so weit nicht drinnen war. Aber da würde ich den Herrn Stadtrat Koll ganz kurz um ein Statement dazu bitten.

Falb: Danke Herr Stadtrat, Stadtrat Koll bitte.

Koll: Warum wundert mich das nicht, dass Sie das jetzt sagen? Wir hatten rechtlich ganz schwierige Situationen, weil wir einen unkündbaren Pachtvertrag hatten, der noch dazu in die Macht eines Masseverwalters überging. Und der hat halt versucht, dass er das irgendwie drüber kriegt. Und deshalb konnten wir überhaupt nicht vor dem Oktober in irgendeiner Weise tätig werden, weil uns völlig die Hände gebunden waren. Ziemlich genau um diese Zeit haben wir uns zusammengesetzt und ich habe auch gebeten, dass alle, die da irgendwas mittun wollen, bitte bei den Hearings und so weiter dabei sind. Alle Fraktionen haben sich die Mühe gemacht und haben wen geschickt und haben sich das auch angehört. Es ist nämlich auch echte Arbeit, sich anzuhören zehn oder elf Bewerber, die erzählen, was sie da kochen werden und was sie für Ausbildungen haben und all diese Dinge. Von den GRÜNEN habe ich leider niemanden gesehen dort. Macht nichts, wir haben es trotzdem zusammengebracht, dass wir da jemanden gefunden haben, der meines Erachtens geeignet ist. Und aufgrund des generellen Zustands dieses Gebäudes und nicht zuletzt dieses Restaurants, war es einfach nötig, das quasi in bestimmten Bereichen, wo man im Laufe der Zeit erst draufgekommen ist, ordentlich zu sanieren und deshalb hat das eben lange gedauert. Zu den Eintrittspreisen, die anscheinend laut Pfeiler beinhalten, dass man dort ein Restaurant zumindest hat, sage ich nur drauf, wir hatten am Wochenende 2.000 Leute und die haben diesen Preis gerne bezahlt, damit sie unser Hallenbad besuchen können. Danke.

Falb: Danke, Herr Stadtrat. Herr Stadtrat Pfeiler, bitte.

D. Pfeiler: Ja, Sie haben gesagt, das ist viel Arbeit, das verstehe ich alles, aber wir haben auch alle eine Arbeit, nämlich eine hauptberufliche.

Koll: Me too.

D. Pfeiler: Aber nicht in Stockerau. Es ist ganz schwierig, dann Vormittagstermine wahrzunehmen. Das ist dann möglich, wenn man es rechtzeitig weiß und sich gut einteilen kann an diesen Tagen. Und da bitte ich um Verständnis, dass wir dann nicht immer hupfen können am Vormittag, wenn gerufen wird. Dankeschön.

Falb: Danke, Herr Stadtrat. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, bitte ich zum Zeichen der Zustimmung zum Antrag des Stadtrat Rosenberger um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe, wenn ich mich nicht irre Einstimmigkeit und danke für die Zustimmung. Zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	11	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

20:04 Uhr Völkl nimmt wieder an der Sitzung teil
20:06 Uhr Dummer nimmt wieder an der Sitzung teil

7. Beauftragung Möblierung Rathaus

Rosenberger: Danke. Die Beauftragung Möblierung Rathaus war auch im Bauschuss ein Diskussionsthema. Und zwar auch da genau der Punkt der Beauftragung von lokalen Unternehmen, aber dazu, es gibt eh den Amtsbericht. Es ist beabsichtigt, Teilbereiche des Rathauses zu sanieren. Davon betroffen ist der Bereich der ehemaligen Liegenschaftsverwaltung und der derzeitigen Buchhaltung, Abgabenamt und Personalvertretung. Nach der Sanierung der Bereiche ist die Ausstattung mit zeitgemäßen Büromöbeln vorgesehen. Dazu hat es Begehungen mit zwei Firmen gegeben und wurden die Anforderungen definiert. Von einer Firma wurden Einrichtungsvorschläge übermittelt. Auf deren Grundlage wurde, um eine Vergleichbarkeit der Angebote sicherzustellen, durch das Bauamt eine Ausschreibung erstellt und die Ausschreibungsunterlagen weiteren drei Firmen zur Angebotslegung übermittelt. Gemäß Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauwesen wurden dabei auch mögliche in Stockerau ansässige Firmen berücksichtigt. Die Ausschreibung erfolgte als Direktvergaben nach § 46 Bundesvergabegesetz nach dem Billigstbieterprinzip. Es wurden insgesamt drei Angebote fristgerecht abgegeben. Ein Bieter hat ein Absageschreiben übermittelt. Durch das Bauamt wurde eine Angebotsprüfung durchgeführt und ein Preisspiegel erstellt, der in den Beilagen auch ersichtlich ist. Seitens des Bauamtes und der von den Möblierungsbereichen vorwiegend betroffenen Finanzverwaltung, wird die Beauftragung der Firma Neudoerfler Office Systems GmbH gemäß dem Angebot von 23.06.2026 und 24.06.2026 mit einem Gesamtpreis von € 50.710,20 netto und einer Angebotssumme von € 60.852,25 brutto empfohlen. Die Lieferung und Montage der Möbel erfolgt entsprechend dem vorgesehenen Bauablauf in vier Etappen. Weiters ist das Büro der derzeitigen Personalvertretung als einziges in diesem Bereich noch nicht mit einer Klimaanlage ausgestattet. Mit der Firma Kinzl wurde abgeklärt, ob die zusätzliche Inneneinheit an die bestehenden Geräte am Dachboden angeschlossen und betrieben werden kann. Dies wurde grundsätzlich bestätigt. Für die Nachrüstung wurde ein Angebot über € 1.756,06 netto, das sind € 2.107,28 brutto gelegt. Diese sollen nunmehr beauftragt werden und die Nachrüstung im Zuge der Sanierungsarbeiten sollen auch gleich erfolgen. Die Vergaben sind im Voranschlag 26 bedeckt.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Firma Neudoerfler Office GmbH wird gemäß Angeboten vom 23.06.2026 und vom 24.06.2026 mit einem Gesamtpreis von € 50.710,21 netto und einer Angebotssumme von € 60.852,25 brutto mit der Lieferung und Montage der Büromöbel für die Bereiche der ehemaligen Liegenschaftsverwaltung und der derzeitigen Buchhaltung, Abgabenamt und Personalvertretung beauftragt. Die Firma Kinzel wird mit der Nachrüstung eines Innengerätes für die Klimatisierung der Personalvertretung gemäß Angebot vom 01.06.26 mit einer Summe von € 1.756,06 netto, das sind € 2.107,28 brutto beauftragt. Die Vergaben sind im Voranschlag 26 bedeckt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.
Völkl: Wortmeldungen, bitteschön. Die Frau Gemeinderätin Steuer, der Herr Gemeinderat Fischer und der Herr Gemeinderat Kratschmer.

Steuer: So, lieber Herr Stadtrat Rosenberger, eigentlich war dieser Punkt ja die Grundlage zu meinem Dringlichkeitsantrag, weil genau in deinem Arbeitsausschuss hat man nämlich festgestellt, dass wir da keine Tischlerbetriebe von Stockerau berücksichtigt haben und das erst nachträglich gemacht worden ist. Das heißt, die Tischlerbetriebe haben nur ganz kurz Zeit gehabt, das Angebot abzugeben, was natürlich eine horrende Aufgabe war. Aber okay, es sei dahingestellt, aber nur, dass du weißt, das ist der Grund, warum ich meinen Dringlichkeitsantrag gestellt habe. Weiters ist es so, dass wir jetzt gerade Punkt 2 und Punkt 3 vom Anträge Stadtrat Finanzen eigentlich die Gebühren in die Höhe geschraubt haben, für die, ich sage jetzt einmal für die Kleineren, die das bezahlen müssen und das Rathaus leistet sich jetzt Möblierung um € 60.000,- plus, eine Klimaanlage um € 2.107,-. Gerade in der Zeit, wo wir gesprochen haben, eine neue Kläranlage, wir brauchen ein neues Sportzentrum. Das heißt, wir müssen jeden Cent umdrehen und jetzt haben wir da einen Antrag mit einer Möblierung um € 60.000,- plus € 2.000,-

eine Klimaanlage. Also das ist für mich bitte nicht stimmig. Noch dazu, wo wir die Kanalgebühren und die Wasserabgabengebühren in die Höhe geschraubt haben. Danke.

Rosenberger: Ich darf gleich einen Teil dazu replizieren. Ja, die Dinge sind zu beauftragen und auch im Rathaus darf man sitzen auf anständigen Möbeln, auf anständigen Sesseln mit einem anständigen Schreibcontainer. Wenn alles klimatisiert ist auf dieser Seite und die Klimatisierung von dieser Seite des Rathaus haben wir schon beschlossen gehabt, ist die Erweiterung für den Raum auch eigentlich vertretbar, sage ich. Man kann aber nicht die Erhöhung von Wasser- und Kanalgebühren eins zu eins dem gegenüberstellen, was wirklich auf der anderen Seite an Ausstattung angeschafft wird. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Gott sei Dank, dass darf auch nichts miteinander zu tun haben. Gerhard, ich glaube, du wolltest auch noch etwas sagen.

Dummer: Ja, aber ich weiß nicht wer vor mir war.

Völkl: Nächste Wortmeldung, bitte.

Fischer: Ich sehe das etwas differenzierter als meine Vorrednerin, würde daher um getrennte Abstimmung zur Klimaanlage und zur Möblierung ersuchen. Zur Klimaanlage in der Personalvertretung kein Einwand, umso mehr als das Gerät offenbar auch kurzfristig lieferbar ist. Wer in einem Büro arbeitet, das nicht klimatisiert ist, weiß, wie dringend notwendig diese Geräte sind. Zur Neumöblierung habe ich grundsätzlich eine Frage. Gerade im Hinblick auf die gespannte Finanzlage und die auf uns zukommenden Investitionen. Wie lange wird die Neumöblierung bereits hinausgezögert? Das heißt, wie dringend ist der Ersatzbedarf tatsächlich?

Völkl: Diese Neumöblierung hat sich jetzt durch die Pensionierung eines Mitarbeiters ergeben und da gibt es Rochaden im Rathaus selbst und darum braucht es da eine Möblierung dazu.

Dummer: Wer in der Finanzverwaltung einmal war, weiß, dass wir dort Möbel haben, die schon ihren Horizont sehr weit überschritten haben. Dort darfst du in Wahrheit keinen Bürger mehr einlassen in die Finanzverwaltung. Das Thema schieben wir sowieso schon Jahre auf. Wir haben die Bereiche halt so, wie es möglich war, immer wieder adaptiert. IT, Baubereich, Personal und all diese Dinge. Und das Letzte, was wir jetzt noch offen haben, ist eben die Finanzverwaltung, wie immer das Letzte. Und da ist aber auch die Notwendigkeit, also mehr als dringend gegeben. Die Klimatisierung dort hat sich letztes Jahr schon abgezeichnet. Das sind halt die südseitigen Büros. Dort hat es ab Mai bis September 30 plus. Also wer dort arbeiten will, kann sich gern melden. Der Direktor Binder braucht eh immer qualifizierte Mitarbeiter. Aber es ist einfach eine dringende Notwendigkeit und ein Gebot der Stunde, das jetzt zu machen. Mit Kanal/Wasser hat das überhaupt nichts zu tun. Wenn man sich für Menschen einsetzt, dann muss man sich auch für Menschen einsetzen, die in der Stadtgemeinde arbeiten. Und die brauchen auch halbwegs akzeptable Arbeitsbedingungen. Und darum ist es sicher eine sinnvolle Investition, die jedenfalls zu befürworten ist aus meiner Sicht.

Völkl: Die Alexandra Rester, die Frau Gemeinderätin Fless-Klinger und der Herr Kratschmer, aber den habe ich schon vorher genannt, die anderen sind dazugekommen.

Kratschmer: Ja, also wir stimmen den Antrag Beauftragung der Möblierung des Rathauses nicht zu. Wir sehen das genauso wie die Gabi. Die Regierungsfraktion beschließt jedes Mal Erhöhungen, welche dann die Bürger von Stockerau zahlen müssen und dann wirft sie € 60.800,- raus. Wir sind der Meinung, wir brauchen das jetzt nicht. Vielleicht auch wie der Herr Fischer gemeint hat, eine Klimaanlage ja, aber die Möbel sind aktuell nicht notwendig. Danke.

Rester: Darf ich?

Rosenberger: Darf ich dazu nur eine Frage stellen?

Rester: Dürfte ich kurz?

Völkl: Ja, bitte Frau Gemeinderätin.

Rester: Ich bin der Meinung, dass wir als Gemeinderat sehr wohl verantwortlich sind als Dienstgeber, dass wir angemessene Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der Gemeinde schaffen.

Völkl: Herr Stadtrat Rosenberger.

Rosenberger: Ich würde zur vorherigen Meldung nur gerne eine Frage stellen. Kennst du die Räumlichkeiten und kennst du die Möbel, die dort drinnen stehen? Wann warst du das letzte Mal in der Buchhaltung?

Kratschmer: Ich kenne die Räumlichkeiten, weil ich auch im Prüfungsausschuss tage und auch immer wieder hier unterwegs bin. Also ja, ich kenne die Räumlichkeiten. Wir sind trotzdem der Meinung, aktuell ist es eine Ausgabe, die nicht passt. Danke.

Völkl: Frau Gemeinderätin Fless-Klinger.

Fless-Klinger: Ich möchte noch einmal kurz zur Hitze kommen. Also ich bin auch der Meinung, dass wenn man in der Gemeinde arbeitet, dass der Arbeitgeber dafür sorgen soll, dass es Arbeitsbedingungen sind, wo man vernünftig arbeiten kann. Das war aber auch der Grund, warum wir eigentlich einen Dringlichkeitsantrag stellten zur Hitze in der Stadt. Denn sehr wohl gibt es ganz viele Beschäftigte in Stockerau, wo im Office keine Klimaanlage ist. Auch in den Schulen gibt es keine Klimaanlagen. Und ich kann erzählen, wir haben nicht nur 30 Grad, sondern wir haben in der Früh schon mehr Grad. Das ist in den anderen Schulen genauso. Deswegen wäre es sehr sinnvoll, sich zu überlegen, einen Plan zu entwickeln, wie man umgehen kann in der Hitze in Stockerau. Für Leute, die nicht in einem klimatisierten Büro sitzen und vielleicht sich zwei Stunden abkühlen wollen, weil sie auch zu Hause in der Wohnung keine Klimaanlage haben. Es ist mir unverständlich, warum die Dringlichkeit abgelehnt wurde und wir nicht einmal darüber diskutieren konnten.

Falb: Zur letzten Wortmeldung. Unsere Kompetenz bezieht sich auf die Amtsräumlichkeiten der Stadtgemeinde Stockerau. Das Gymnasium, das angesprochene ist nicht ..

Fless-Klinger: Lieber Herr Vizepräsident, ich weiß, dass ich in einer Bundesschule bin, aber wir haben andere Schulen. Soviel ich weiß, haben die anderen Schulen und Kindergärten auch keine Klimaanlage in Stockerau. Es geht ja nicht nur um die Schulen. Es war nur ein Beispiel.
Falb: Ich danke für die Höflichkeit, dass ich unterbrochen worden bin von Ihnen, Frau Professor.

Fless-Klinger: Ich wollte es nur richtigstellen, dass ich weiß, in welcher Schule ich schon seit 40 Jahren arbeite.

Falb: Bevor Sie mich richtigstellen, hätte ich ersucht, mich aussprechen zu lassen. Vielleicht müssen Sie mich noch ein zweites Mal berichtigen. Danke. Ich würde gerne die Frau Steuer, insbesondere aber auch den Gemeinderat Kilic, zu einem Rundgang durchs Rathaus einladen. Damit wir dann auch mit den Bediensteten den Zustand der Möblierung und so weiter besprechen. Ich persönlich kenne im Rathaus, und ich kenne es ganz gut, jedenfalls kein Luxusbüro. So, dieser Eindruck wird nämlich hier erweckt. Und ich glaube, dass die Leute auf anständige Büromöbel einen Anspruch haben. Danke.

Völkl: Herr Gemeinderat Kilic, bitte.

Kilic: Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich durch die Räumlichkeiten begleiten könnten, weil ich habe diese noch nicht gesehen, sondern der Herr Kratschmer.

Dummer: Ich hätte nur kurz noch etwas zu den Angeboten der Stockerauer Firmen. Also auch in dem Fall ist von Haus aus ein Angebot eingeholt worden von einer Stockerauer Firma. Ich habe damals nur angeregt im Ausschuss, dass wir die anderen zwei Firmen, die wir in Stockerau haben, auch noch fragen. Wenngleich es mir damals schon klar war, dass das Angebot, das vorliegt, das jetzt beschlossen werden muss, ein sehr, sehr gutes ist. Und es hat sich dann eh bewahrheitet, dass die Vergleichsangebote teurer waren. Und das andere jetzt, was mich ein bisschen irritiert ist, im Nachtragsvoreinschlag sind diese Büromöbel enthalten. Da ist zugestimmt worden vonseiten der FPÖ. Und jetzt, wenn wir das beschließen, was wir vorher beschlossen haben, sind wir dagegen. Das ist irgendwie ein bisschen eigenartig. Entweder habt ihr den Nachtragsvoreinschlag vorher nicht gelesen oder nicht verstanden.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler, Frau Gemeinderätin Steuer und Herr Gemeinderat Corkovic.

D. Pfeiler: Dankeschön. Zu der Angebotseinholung muss man schon ein bisschen klarstellen und daher auch noch einmal Kritik an der Vorgangsweise. Das zweite Angebot war kein Tischler aus Stockerau. Das war ein Tischler aus, weiß ich nicht, irgendwo nördliches Weinviertel. Also in der ersten Runde war dann nur das Industrieprodukt und ein Tischler außerorts angefragt. Und wir waren uns da alle im Ausschuss einig, dass es so nicht sein kann, dass man erst in der zweiten Runde und kurz vor knapp dann anregen muss, dass ein zweites oder ein weiteres Angebot von Stockerauer Firmen eingeholt wird. Also das ist, glaube ich, schon ein Gebot der Selbstverständlichkeit, dass man, wenn man das Gewerk in Stockerau hat, automatisch auch die Stockerauer Firmen anfragt. Und das war in der ersten Runde nicht so, wie du das jetzt ausgeführt hast oder versucht darzustellen, Gerhard. In der ersten Runde war definitiv keine Stockerauer Firma dabei. Und erst im Ausschuss ist das dann diskutiert und aufgenommen worden. Und danke auch an die Verwaltung, dass das dann eingeholt wurde. Dankeschön.

Völkl: Die nächsten Wortmeldungen, bitte.

Corkovic: Ja, Gerhard, wegen dem Nachtragsvorschlag. Bei uns, bei den Freiheitlichen, wir haben keinen Klubzwang. Das heißt, jeder Mensch hat eine eigene Meinung. Jeder Mensch darf in der Demokratie denken und sagen, was er denkt und was er für richtig hält. Nur nach dem Befund des FucCourts sind wir draufgekommen, dass wir das Geld woanders investieren sollten. Dankeschön.
Dummer: Also, ich möchte es nur noch einmal berichtigen. Die Firma, die ursprünglich angefragt war, ist unser größter Kommunalsteuerzahler. Der hat halt eine Subfirma, die das montiert hätte. Aber geliefert wäre das von unserer größten Firma geworden. Also da kann man schon sagen, dass es ein Stockerauer Betrieb ist, den wir da schon bei der Erstangebotseinholung mit dabei gehabt haben. Und aus dem war auch absehbar, das hat sich dann eh bewahrheitet, dass eben diese Spezialfirmen da einfach einen Kostenvorteil haben.

Völkl: Frau Gemeinderätin Steuer, bitte.

Steuer: Ja, jetzt ist mir vorgehalten worden, dass man das nicht vergleichen kann. Es ist schon klar, dass ich keinen Bürodrehstuhl in einem Kanal versenken kann. Das ist mir ganz durchaus klar. Aber was haben diese Punkte gemeinsam? Nämlich Euros. Das heißt, auf der einen Seite nehme ich es ein und auf der anderen Seite gebe ich es aus. Und ich sage jetzt einmal im Rathaus selber. Ich gehe, glaube ich, schon länger ein und aus als du, lieber Herr Vizebürgermeister Falb. Also ich habe schon länger ein Mandat gehabt, beziehungsweise bin ich auch jetzt sehr viel im Rathaus und erkundige mich diesbezüglich. Außerdem angemessene Arbeitsbedingungen, haben wir die früher nicht gehabt? Das Rathaus besteht ja nicht erst seit 01.01.2026, oder? Das besteht ja schon viel länger in der Richtung. Also das heißt, ich nehme schon an, dass wir damals auch schon angemessene Arbeitsbedingungen gehabt haben. Und

ich möchte eines dazu sagen. Das Rathaus hat ja bereits eine Klimaanlage bekommen. Und da haben wir ja eine fünfstellige Summe ausgegeben und das war nicht weniger in der Richtung.

Völkl: Bitte schön, Herr Gemeinderat Polly.

Polly: Es wird immer heißer, und deswegen braucht man halt neue Büromaterialien und halt auch eine Klimaanlage. Danke.

Völkl: Wir stimmen getrennt ab. Zuerst über die Neudörfler Office Systems mit einem Gesamtpreis von 50.710,21 € netto und einer Angebotssumme von € 60.852,25 brutto. Ich ersuche um Zustimmung. Zustimmung vom Herrn Gemeinderat Fischer, die GRÜNEN, Fraktion der SPÖ, ÖVP und der Herr Stadtrat Chaloupka. Der Rest ist dagegen.

Abstimmung Büromöblierung

Abstimmungsergebnis:		**Mehrheitlich beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	1 Chaloupka	FPÖ	5
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	0	UBS	1
NEOS	1	NEOS	0

Wir kommen nun zur Nachrüstung eines Innengerätes für die Klimatisierung der Personalvertretung gemäß Angebot vom 01.06.2026 mit einer Summe von € 1.756,06 netto brutto € 2.108,28. Ich ersuche um Zustimmung, der Herr Gemeinderat Kratschmer, der Herr Gemeinderat Fischer, UBS, die GRÜNEN, SPÖ, ÖVP. Der Rest ist dagegen. Dankeschön. Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Beteiligungen und Liegenschaften.

Abstimmung Nachrüstung Klimaanlage

Abstimmungsergebnis:		**Mehrheitlich beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	1 Kratschmer	FPÖ	5
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

8. Grundstücksverkauf Gst. Nr. 357/3, KG Oberzögersdorf ABGESETZT

9. Grundstücksverkauf Gst. Nr. 118/74, KG Stockerau

20:24 Uhr Falb verlässt die Sitzung

Koll: Dankeschön. Der Punkt 8 in unserer Tagesordnung wurde abgesetzt. Darum beginne ich mit dem Punkt 9. Da geht es um die Anfrage einer Dame, nämlich der Frau Nadja Bisko, die Pächterin eines Kleingartengrundstücks am Spitzgarten ist. Dort haben wir, wenn Sie sich erinnern, beschlossen, dass in den Schrebergartenbereichen, wo mehr als die Hälfte der Schrebergärten bereits verkauft wurde, dass man das dort abschließt. Das war im Jahr 2024 und damals hat allerdings die Frau Bisko es vorgezogen, die Pacht zu haben und nicht zu kaufen. Jetzt hat sie den Antrag gestellt, dass sie doch kaufen will und hat gefragt, ob das noch nach den alten Bedingungen möglich ist. Wir haben grundsätzlich damals gesagt, € 140,- pro m² für einen Schrebergarten und haben jetzt gesagt, in Anpassung dieser Geschichte € 160,- pro m². Eine allfällige Nachzahlung, falls es rechtlich möglich wird, dort ganzjährig zu wohnen oder das verkauft wird, im Ausmaß von € 140,-. Dieser Betrag ist indiziert, ist auch verbunden mit diesem Antrag und mit diesem Verkauf des Grundstücks.

Antrag

Nachdem alle Voraussetzungen vorliegen und die Frau Bisko das gerne kaufen würde, stelle ich den Antrag, die Stadtgemeinde Stockerau verkauft das Grundstück Nummer 118/74 KG Stockerau EZ 31 in der Widmung Grünland Kleingärten im Ausmaß von 206 m² zu einem Preis von € 32.960,-. Das sind besagte € 160,- pro m² an Nadja Bisko. Im Kaufvertrag wird eine Kaufpreis-Nachbesserungsklausel aufgenommen, welche analog dem bisherigen Verkäufer von Kleingärtengrundstücken unter gewissen Voraussetzungen eine Nachbesserung des Kaufpreises in Höhe von € 140,- pro m² so hin € 28.840,- regelt. Die Kosten für die Vertragserrichtung, Grunderwerbsteuereintragungsgebühr, werden von der Käuferin getragen. Vermessen muss nichts werden. Das heißt im Großen und Ganzen ist das ein relativ einfacher Vertrag. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Ich bitte um Zustimmung und Abstimmung. Einstimmig, danke.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	12	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

10. Entlassung öffentliches Gut Trennstück Gst.Nr. 2070/4, KG Stockerau

20:26 Uhr Falb nimmt wieder an der Sitzung teil

Koll: Dankeschön. Das war eine relativ einfache Geschichte. Eine kompliziertere geht zurück in die 70er Jahre. Da hat ein Herr, ein Bürger aus der Stadt namens Johann Strambach die kostenlose Übertragung eines Teilstücks, eines Grundstücks im Ausmaß von 129 m² ins öffentliche Gut ertragen müssen. Hat dann dieses Grundstück gepachtet und das ist jahrelang gewesen. Dazwischen waren auch noch andere Ereignisse. Jedenfalls jetzt ist die Gelegenheit,

dass das aufgrund rechtlicher Vorschriften an Strambach wieder zurückgegeben werden muss, weil damals nichts bezahlt wurde, kriegen auch wir jetzt nichts dafür, und wurde am 19.06. von der Arge Vermessung dieses Trennstück oder dieses Teilgrundstück vermessen und genau festgelegt. Da ist auch ein Teilungsplan im Amtsbericht dabei. Und dieses Trennstück Nummer 1 mit einem Flächenausmaß von 100 m² wird dann eben aus dem öffentlichen Gut entlassen.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, dass Trennstück 1 mit 100 m² aus dem öffentlichen Gemeindegut soll entlassen werden. Das Trennstück wird im beiliegenden Vermessungsplan der Arge Vermessung mit der Geschäftszahl 43547 lagemäßig dargestellt. Bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, danke.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

11. Sondernutzungsvertrag Gst. Nr. 3956, 3953/2, KG Stockerau

20:28 Uhr Kratschmer verlässt die Sitzung

Koll: Dankeschön. Der nächste Vertrag ist ein Sondernutzungsvertrag, der an sich nicht sehr aufregend ist. Es geht darum, dass ein Landwirt den Antrag gestellt hat, dass er aus Gründen der Bewässerung eben Wege, die der Stadt gehören, kreuzen möchte oder überbrücken möchte für seine Wasserleitung. Links und rechts von diesem Weg ist er ohnehin selber Eigentümer. Es geht um Verlegungslängen von ein paar Meter, es sind einmal 3,50 Meter, einmal 3,70 Meter und so weiter. Das ist erfreulich, weil jetzt eben diese Bewässerung anscheinend sehr dringend notwendig ist und man in der Landwirtschaft sich da auch jetzt zusammengetan hat und das gemeinsam stemmen möchte.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, dem Sondernutzungsvertrag SN-2/2026-Al/Ha vom 01.07.2026 betreffend der Verlegung von Wasserdruckleitungen auf Grundstücken im Eigentum der Stadtgemeinde Stockerau zur Errichtung eines Bewässerungssystems durch Ingenieur Leonard Hamer wird zugestimmt. Für die Sondernutzung der Gemeindestraße ist ein indexgebundener Bestandszins gemäß NÖ Gebrauchsabgabegesetz 1973 in der derzeit gültigen Fassung pro Jahr zu entrichten. Die Jahresabgabe je begonnenes Kalenderjahr wird für ober- oder unterirdische Draht-, Kabel- oder sonstige Leitungssysteme je begonnenen 100 Längenmetern mit € 34,50 vereinbart. Die Fälligkeit zur Entrichtung der Abgabe ist jeweils der 01.01. im Vorhinein für das Vertragsjahr. Ich bitte um Ihre Zustimmung für diesen Sondernutzungsvertrag.

Völkl: Ich bitte um Zustimmung. Einstimmig, danke.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

12. Netzzugangsvertrag Ersatzstandort Luftgütemessstelle Land NÖ

20:31 Uhr Kratschmer nimmt an der Sitzung wieder teil

Koll: Dankeschön. Aufgrund eines Projekts in Stockerau ist die Luftgütemessstelle von einer Stelle, wo sie ursprünglich war im Osten der Stadt, woanders hin verlegt worden. Das Amt der NÖ Landesregierung hat den Standort Donaulände-Uferweg, Grundstücksnummer 1969/51 vorgesehen. Für die Versorgung dieser Luftgütemessstelle am neuen Standort braucht man einen Stromanschluss, der hergestellt werden muss. Und dafür ist ein Netzzugangsvertrag mit der Netz NÖ abzuschließen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die beiliegende Netzzugangsvereinbarung Nummer S-WW-26-641607749-NEU mit der Netz NÖ GmbH für den neuen Stromanschluss der Luftgütemessstelle am Standort 2000 Stockerau, Donaulände-Uferweg, Grundstücksnummer 1969/51 mit einmaligen Anschlusskosten in Höhe von € 2.614,32 brutto wird genehmigt. Die Kosten werden, wie im Kaufvertrag vereinbart, von der Stadtgemeinde Stockerau an die Müllner Immo GmbH weiterverrechnet, weil die sich damals, als das von dort wegverlegt wurde, verpflichtet haben, diese Übersiedlungskosten zu übernehmen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Eine Frage von Dr. Fischer.

Völkl: Eine Wortmeldung, bitte.
Fischer: Ja, und zwar vorab die gute Nachricht. Ich kann jetzt eine Frage beantworten, mit der ich die Umweltgemeinderäte Pfeiler und Hödl seit Jahren gequält habe. Seit 01.01.2026 wird in Stockerau Feinststaub, also PM 2,5, gemessen. Danke an alle, die das ermöglicht haben in der Zivilgesellschaft und hier im Rathaus. Feinststaub ist um einiges gefährlicher als normaler Feinstaub, da er lungengängig ist, also ins Blut übergeht und in der Lage ist, auch die Blut-Hirn-Schranke zu durchdringen und da oben einiges anrichten kann. Also danke dafür, dass wir da nachgerüstet haben. Was mich überrascht, ist der neue Aufstellungsort. Bislang war die Messstation im Gewerbegebiet aufgestellt, Diesel-Straße. Messziele waren der städtische Hintergrund sowie die Belastung durch den Verkehr. 65 Meter neben der S3. Nunmehr steht sie zwar an der A22, aber 92 Meter entfernt, also das Eineinhalbfache, abgeschirmt vom Lärmschutzdamm und hinter einer Baumreihe. Ein verkehrsnaher Messpunkt kann es also nach der Messkonzeptverordnung zum Emissionsschutzgesetz Luft nicht sein. Von der Stockerauer Hauptwindrichtung aus dem Westen und vom innerstädtischen Verkehr wird die Messstation aber ebenfalls abgeschirmt. Den städtischen Hintergrund kann sie daher auch nicht messen. Daher meine Fragen, und da wäre jetzt der Stadtrat Hödl wahrscheinlich der bessere Ansprechpartner gewesen. Wer hat diesen Standort tatsächlich festgelegt und was war das beabsichtigte Messziel dafür? Und sind regelmäßig ergänzende Messungen, etwa in Passivsammlern im Stadtzentrum oder bei der Hagenstraße oder in der Alten Au vorgesehen? Da es hier aber jetzt nur um die Stromversorgung geht, werde ich selbstverständlich zustimmen.

Koll: Danke, ich will mich nicht drücken vor der Beantwortung. Ich habe geredet, als damals die Geschichte mit Müllner war, wie geht denn das weiter mit dieser Stelle? Damals hat der Mag. Scheicher so quasi zu mir gesagt, höflich aber bestimmt, wir werden einen Platz finden, der passt für Sie. Insofern habe ich daraus geschlossen, aus meinen sonstigen Erfahrungen mit Ämtern, dass mein Mitsprache- oder unser Mitspracherecht dort endend wollend ist. Der Rest der Dinge sind technische Fragen, wo ich nicht wirklich darauf eingehen kann, weil ich nicht genau weiß, was da gemessen werden soll, nach welchen gesetzlichen Vorschriften das unterliegt und schon gar nicht, wie gesundheitsschädlich das ist oder nicht. Danke.

Völkl: Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmig, dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

13. Grundbenützung Netz NÖ E-Tankstelle Gewerbegebiet Ost

20:41 Uhr Weiss verlässt die Sitzung

Koll: Dankeschön. Gut, dann im nächsten Tagesordnungspunkt geht es wieder um eine Grundbenutzung für die Netz NÖ, für eine E-Tankstelle im Gewerbegebiet Ost. Ich werde dann die einzelnen Parzellen und so für das Protokoll vorlegen. Im Großen und Ganzen geht es darum, dass die Firma, vormals Merkur, jetzt Billa Plus, dort in großem Umfang umbaut, wie alle wissen, glaube ich, und dort ist ja momentan kein Betrieb. Und Teil dieser Investitionen sind anscheinend auch Ladestationen, die möglicherweise dort sind, hat mit der Stadt nichts zu tun. Es geht jetzt momentan nur darum, dass eben von dem Bauwerber dort Leitungen benötigt werden und die Netz NÖ deshalb bittet, dass dort die Leitungen verlegt werden können, damit später E-Ladestationen am Gelände von Billa Plus errichtet werden können.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die beiliegenden Vereinbarungen zur Grundbenützung von gemeindeeigenen Parzellen durch die Netz NÖ GmbH, für die Verstärkung der Zuleitung für das Gewerbegebiert Ost und von LWL-Leerrohren wird unterfertigt. Die betroffenen Parzellen, für die die Zustimmungserklärungen gelten, sind 2246/4 EZ 3553, 2270/1 EZ 3553, 2270/4 EZ 3553, 2582/16 EZ 3553, 2601/7 EZ 3553, 3971/2 EZ 3553, 4511 EZ 3553. Bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Wortmeldung, bitteschön Herr Stadtrat Pfeiler.

Pfeiler: Es wird Sie jetzt wenig überraschen, dass ich mich da zu Wort melde. Das ist jetzt dann wahrscheinlich die fünfte E-Ladestelle, die wir im Gewerbegebiet Ost haben. Das ist offenbar ganz dringend, dass man da jetzt ganz schnell und ohne Behandlung im Ausschuss die Grundbenutzungen im Gemeinderat beschließen. Gleichzeitig haben Sie durch Ablehnung der Dringlichkeit meines Dringlichkeitsantrages vereitelt, dass wir im Stadtgebiet, dort wo man es braucht und wo wir Lücken haben, keine Ladestellen bekommen. Man muss dazu auch noch

sagen, dass natürlich diese Ladestellen in den Gewerbegebieten aufgrund der Aufenthaltsdauer der Kundinnen und Kunden in den Supermärkten alles Schnellladestationen sind oder überwiegend Schnellladestationen. Das sind eher hochpreisige Lademöglichkeiten. Ich verstehe es überhaupt nicht, dass man da ermöglicht auf Privatgrund, dass Private da jetzt den Nutzen haben und hochpreisig den Kundinnen und Kunden die Energie bereitgestellt wird und wir im Gegenzug unseren Bürgerinnen und Bürgern wohnungsnahe Lademöglichkeiten im Stadtgebiet vorenthalten. Das ist mir völlig unverständlich. Der Grundbenutzung werde ich zustimmen, weil dem kann man sich nicht verwehren. Es ist auch eine Trafostation zusätzlich erforderlich, soll alles sein. Aber die Prioritätensetzung, Herr Koll, ist mir da überhaupt nicht klar und nachvollziehbar, wo da die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von ihren Vorgangsweisen berührt werden. Danke.

Koll: Erste Antwort, das war natürlich sehr wohl im Ausschuss. Da waren Sie, glaube ich, sogar dabei diesmal, weil da haben wir ja geredet über die E-Ladestationen, erster Teil. Zweiter Teil, ein Privater möchte dort das für seine Kunden machen. Dass Sie ein Problem mit privat haben, wundert mich auch nicht. Genauso wenig, wie ich mich gewundert habe, dass Sie sich gemeldet haben. Ich finde, dass wir das jedenfalls denen ermöglichen sollen. Wir haben das anderen auch schon ermöglicht. Alle anderen Supermärkte haben solche Dinge auch. Das sind auch nicht nur DC, sondern sehr wohl AC-Ladestationen. Das wissen Sie auch, glaube ich. Das heißt, das stimmt auch nicht, was Sie gesagt haben. Und insofern, glaube ich, sollten wir unbedingt die nicht ausschließen davon, dass die dort auch Tankstellen machen können. Danke.

D. Pfeiler: Sie haben mich wenig überraschend völlig fehlinterpretiert. Ich habe gesagt, überwiegend DC, erstens. Und zweitens habe ich auch gesagt, ich habe natürlich nichts dagegen, dass dort weitere Ladestellen entstehen. Mein Problem ist einfach die Prioritätensetzung. Aber Sie haben das völlig verzehrt wiedergegeben oder wahrgenommen. Ich bleibe dabei. Es ist, glaube ich, notwendig, dass wir für unsere Bürgerinnen und Bürger im Stadtgebiet, wohnungsnah, Lademöglichkeiten schaffen. Ob es da parallel in Gewerbegebieten auch Lademöglichkeiten gibt, ist ja davon völlig unberührt und natürlich unterstützenswert. Das ist ja keine Frage, bitte.

Koll: Ich habe immer, das muss ich schon replizieren, ich habe nie mich ausgesprochen gegen möglichst viele Ladestationen im Gemeindegebiet. Von mir aus auch auf öffentlichem Grund, warum nicht. Allerdings haben wir immer nur, und das ist mein einziger Bezug zu dieser Geschichte gewesen, weil Sie mich ja auch gefragt haben und in meinem Ausschuss reingekommen sind, haben wir geredet über das Entgelt für die Ladestationen, das Sie vorgeschlagen haben. Jetzt haben Sie vor einer halben Stunde gewettert über die Wasserabgabe mit Rücklagenbildung, dass das also in Wirklichkeit ganz was Böses ist und auf der anderen Seite schlagen Sie dort vor, dass eben viel zu wenig verlangt wird für die Pacht für diese Ladestationen. Und deshalb habe ich dem nicht zugestimmt. Und das wissen Sie auch genau. Das heißt, in Wirklichkeit geht es nicht darum, dass ich dagegen bin, dass Ladestationen gemacht werden. Ich habe es schon mehrmals gesagt, ich habe selber ein Elektroauto. Aber ich möchte nicht Gemeindeeigentum verschenken mit einem langfristigen Vertrag, wo ich ein gebranntes Kind bin, mit wie viele langfristigen Verträgen habe ich gefunden in den letzten sieben Jahren, nicht zuletzt zum Beispiel das Bad in Stockerau, die einfach nicht kündbar waren. Und aus dem Grund möchte ich da niemanden hinterlassen, dass irgendwelche langfristigen, ökonomisch sehr ungünstigen Dinge hier beschlossen werden. Das ist meine Rechtsmeinung, die Sie wissen. Ich habe Ihnen auch schon vorgerechnet, wie man das rechnet. Und das ist der Stand der Diskussion.

Völkl: Herr Stadtrat, bitte.

D. Pfeiler: Also zehn Jahre ist jetzt kein wirklich unüberschaubarer Zeitraum, wenn jemand einen Ladepunkt errichtet und den betreiben und refinanzieren soll. Also das ist jetzt kein unendlich langer Zeitraum.

Koll: Zwei Parkplätze für zehn Jahre verliere ich. Verliert die Stockerauer Bevölkerung. Ich habe vorgeschlagen, fragen wir die. Fragen wir die, ob sie das wollen. Das haben Sie abgelehnt.

D. Pfeiler: Sie haben vorgeschlagen, Vergleichsangebote zu bringen. Das haben wir dann auch im Ausschuss so besprochen. Und im Ausschuss haben wir auch besprochen, wenn es keine Vergleichsangebote im Juni gibt, dann gehen wir weiter mit der EVN. Aber das haben Sie dann auch wieder ignoriert. Ich glaube das V bei ÖVP steht für verzögern und verhindern.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler, wir gehen jetzt zum Tagesordnungspunkt zurück, weil Sie sprechen da über irgendwie ganz was anderes. Wir stimmen jetzt ab, wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt. Und ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Einstimmig.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	12	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

14. Vereinbarung Rad- und Rollerübungsplatz

20:44 Uhr Weiss nimmt an der Sitzung wieder teil

Koll: Dankeschön. Mein letzter Punkt im öffentlichen Bereich ist ein durchaus erfreulicher. Der Kiwanis-Club Stockerau hat uns mitgeteilt, dass er Teilflächen von bestimmten Grundstücken, deren Nummern ich später vorlesen möchte, ist jedenfalls dort in der Nähe hinter dem Blabolilheim, wenn ich das so abkürzen darf, dort soll ein Rad- und Rollerübungsplatz errichtet werden. Und das auf Kosten dieses Sozialclubs, dieses Kiwani-Clubs. Diese Errichtung soll dann der Gemeinde übergeben werden. Das dient dazu, dass die Kinder irgendwo im geschützten Bereich üben können, anscheinend mit Rollern und Rädern fahren zu lernen. Jeder, der ein bisschen auf der Straße unterwegs ist, glaube ich, wird sich freuen darüber, wenn alle, die mit Rollern und Rädern herumfahren, das vorher schon ein bisschen geübt haben. Man hat hin und wieder den Eindruck, dass die das noch nie geübt haben. Darum finde ich, ist es eine gute Geschichte, wenn man so etwas hat. Wenn man so ein Angebot hat, das uns noch dazu von einem Sozialverein quasi geschenkt wird. Der Rad- und Rollerübungsplatz wird unbefestigt ausgeführt und soll eine Länge von ca. 100 Metern aufweisen und Geländeveränderungen von maximal 50 cm beinhalten. Die Erhaltung dieses Platzes wird dann allerdings der Gemeinde überlassen. Die notwendigen Erhaltungsmaßnahmen für den angrenzenden Baumbestand sowie für die Anlage betragen laut Wirtschaftshof ca. € 2.500,- pro Jahr. Das soll die Stadtgemeinde tragen. Es ist eine Verpflichtung für die Gemeinde, da etwas zu warten, was für die Kinder, glaube ich, ganz gut ist. Deshalb bedarf es auch eines Gemeinderatsbeschlusses. Es geht um das Grundstück 1879/1 in der EZ 5930 und das Grundstück 2111/5 EZ 880 jeweils KG Stockerau.

Antrag

Ich stelle also den Antrag, die Stadtgemeinde Stockerau unterfertigt die beiliegende Vereinbarung zur Errichtung, Erhaltung und Betrieb eines Rad- und Rollerübungsplatzes. Die Vereinbarung bitte ich nicht vorlesen zu müssen im Ganzen, aber es ist dem Amtsbericht beiliegend. Danke, bitte um Ihre Zustimmung.

Völkl: Eine Wortmeldung, Frau Gemeinderätin Fless-Klinger, Frau Gemeinderätin Steuer.

Fless-Klinger: Ich freue mich auch, wenn das errichtet wird, vor allem wenn der Stadtgemeinde da wenig Kosten oder fast keine Kosten entstehen. Mir ist allerdings aufgefallen, dass im Amtsbericht drinnen steht, und Sie haben das jetzt vorgelesen, der Rad- und Rollerübungsplatz wird unbefestigt ausgeführt. Im Vertrag oder in der Vereinbarung mit den Kiwanis ist davon aber nicht mehr die Rede, dass es unbefestigt ausgeführt werden soll. Noch dazu hat mich irritiert, dass im Anhang vier Beispiele von solchen Plätzen sind. Davon sind zwei asphaltiert und zwei mit diesem Kalkschotter. Vielleicht mag man das da noch hineinschreiben. Oder wir müssen dann akzeptieren, was die Kiwanis machen.

Koll: Meine Information ist, Herr Ing. Altinger, dass es nicht asphaltiert wird. Vielleicht liege ich da falsch.

Altinger: *… Text unverständlich …*

Fless-Klinger: Im Vertrag steht es nicht.

Altinger: Nein, aber es ist explizit so besprochen. *… Text unverständlich …*

Koll: Zum Glück haben wir und habe ich den DI Altinger, der das auswendig weiß. Am letzten Blatt von dem, was im Amtsbericht drin ist, steht Roller- und Radübungsplatz, wie gerade erwähnt, und bei der Oberfläche Kalkschotter. Darf ich Sie um Ihre Zustimmung bitten?

Völkl: Eine Wortmeldung war noch von der Frau Gemeinderätin Steuer.

Steuer: Es ist natürlich zu begrüßen, wenn sich so eine Institution wie die Kiwanis bereit erklärt, so etwas zu errichten, aber mir geht es eigentlich darum, der Amtsbericht wurde gestern am Abend hochgeladen. Das heißt, wir haben das auch nicht im Ausschuss besprochen und keine Informationen gehabt. Das Ganze soll über die Bühne gehen, dass es am Sicherheitstag am 05.09. praktisch schon präsentiert wird. Ich nehme ja fast an, dass das schon länger Vorlaufzeit hat. Also meine Frage, warum haben wir nicht vorher etwas gehört bezüglich dieses Projektes im Ausschuss? Und das Zweite, was mich interessieren würde, ist, wie ist dann die Haftung? Das heißt, die Kiwanis, die bauen das, die übergeben das an die Stadt Stockerau und wenn da jetzt irgendwas passiert, haben wir jetzt die Haftung?
Koll: Ja, ja, natürlich, so wie für alle anderen Wege auch.

Völkl: Auch für den Spielgarten, das ist der Jubiläumsspielgarten hinter dem Blabolilheim. Da ist es genauso, den hat die Kiwanis errichtet und wir sind dafür verantwortlich, dass immer alles geprüft und instandgehalten wird. Und da ist es genauso, liebe Frau Gemeinderätin.

Steuer: Dankeschön, liebe Frau Bürgermeisterin.

Völkl: Kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um Zustimmung. Einstimmig. Dankeschön.

Koll: Dann bin ich am Ende mit meiner Tagesordnung, bedanke mich und alles Gute und gute Nacht allen, die mich dann bald nicht mehr sehen am Bildschirm.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

15. Anpassung der Richtlinie Heizkostenunterstützung

Völkl: Wir kommen nun zu den Anträgen des Herrn Stadtrates für Soziales und Gesundheit. Bitteschön.

Brosch: Ja, schönen guten Abend noch einmal. Die Entwicklung der Energie- und Heizkosten zeigt, dass für viele Haushalte weiterhin eine erhebliche finanzielle Belastung besteht. Trotz zwischenzeitlicher Marktberührung liegen die Kosten für verschiedene Energieträger nach wie vor auf einem erhöhten Niveau bzw. haben sich gegenüber dem Vorjahr teilweise weiter erhöht. Vor diesem Hintergrund erscheint die Fortführung der Heizkostenunterstützung als zweckmäßige Maßnahme zur finanziellen Entlastung einkommensschwächerer Haushalte. Für die Heizperiode 2026/2027 soll eine Heizkostenunterstützung in der Höhe von einmalig € 220,- für den anspruchsberechtigten Personenkreis gewährt werden. Die entsprechende Bedeckung der Heizkostenunterstützung wird im Voranschlag 2027 vorgesehen werden.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Heizkostenunterstützung für die Heizperiode 2026/2027 beträgt einmalig € 220,- pro Antragstellerin/Antragsteller. Die nachfolgende Richtlinie für die Gewährung der Heizkostenunterstützung der Stadtgemeinde Stockerau wird genehmigt.

Völkl: Bitte um Abstimmung, Einstimmigkeit, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

16. Anpassung der Richtlinie Mietzinsunterstützung

Brosch: Und das Zweite, die Anpassung der Richtlinie der Mietzinsunterstützung. Im Zuge der Bearbeitung von Anträgen auf Mietzinsunterstützung für Gemeindewohnungen wurde festgestellt, dass Antragsteller, die Selbstleistungen nach dem NÖ Sozialhilfeausführungsgesetz

beziehen, von der Förderung ausgeschlossen sind. Bezieht hingegen eine andere im gemeinsamen Haushalt lebende Person Sozialhilfe nach dem NÖ Sozialhilfeausführungsgesetz, kann die Mietzinsunterstützung gewährt werden. Die gewährte Mietzinsunterstützung wird in diesen Fällen bei der Berechnung der Sozialhilfe der betroffenen Haushaltsangehörigen berücksichtigt und führt zu einer entsprechenden Kürzung der Sozialhilfeleistung. Für den Haushalt ergibt sich dadurch in der Regel keine Erhöhung der insgesamt verfügbaren finanziellen Mittel. Die Förderung bewirkt vielmehr eine Verschiebung der Finanzierung zwischen Gemeinde und Land NÖ. Aus verwaltungsökonomischer Sicht führt diese Konstellation zu zusätzlichen Bearbeitungs- und Abstimmungsaufwand auf Seiten der Gemeinde und des Landes NÖ. Da die gewährte Mietzinsunterstützung bei den Sozialhilfeleistungen zur Befriedigung des Wohnbedarfes berücksichtigt und entsprechend angerechnet wird, ergibt sich für die betroffene Person in der Regel keine Erhöhung der insgesamt verfügbaren finanziellen Mittel. Weitere Änderungen der Richtlinie umfassen die verpflichtende Vorlage von Versicherungsdatenauszügen, sämtlichem gemeinsamen Haushalt lebender Personen sowie von Schulbesuchsbestätigungen für Kinder ab Vollendung des 15. Lebensjahres. Darüber hinaus sind alle Änderungen, die Auswirkungen auf die Höhe der Mietzinsunterstützung haben, einschließlich der erforderlichen Nachweise innerhalb eines Monats der Gemeinde bekannt zu geben bzw. vorzulegen. Weiters wird die E-Mail-Adresse der zuständigen Abteilung in den Antragsunterlagen aufgenommen.

Antrag

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die geänderten Bestimmungen sollen mit dem vorgesehenen Datum in Kraft treten.

Völkl: Eine Wortmeldung, Herr Gemeinderat Polly, bitte.

Polly: Dieser Antrag ist ziemlich kompliziert beschrieben. Vielleicht kannst du es mir ein bisschen einfacher erklären. Danke.

Brosch: Wenn in einem Haushalt mehrere Personen wohnen, also wenn eine Person in dem Haushalt ist und nach dem NÖ Sozialhilfeausführungsgesetz eine Unterstützung bekommt, hat sie dann keinen Anspruch mehr auf eine Mietzinsbeihilfe. Ist ein anderer im selben Haushalt, dann besteht diese Unterstützung. Also eine Person kann nicht zwei Förderungen gleichzeitig erhalten.

Polly: Danke.

Völkl: Herr Stadtrat Rosenberger, bitte.
Rosenberger: Was passiert, wenn er zwei Förderungen gleichzeitig erhält, weil ich glaube, das ist dann wahrscheinlich der springende Punkt.

Brosch: Dann wird es kritisch, weil dann muss entweder die Stadt die Förderung streichen oder das Land die Förderung streichen. Um sowas zu vermeiden, haben wir den Passus drinnen, dass wenn der Hauptmieter sozusagen beide Förderungen bekommt, dass er keinen Anspruch auf beide hat. Weil sonst muss entweder die Stadt oder das Land die Förderung streichen.

Völkl: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmig danke.

Brosch: Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

17. Reparatur Gestängepumpe im Brunnen Süd 1 – Wasserversorgungsanlage

20:54 Uhr Samer verlässt die Sitzung
20:55 Uhr Koll u. Ćorković verlassen die Sitzung

Völkl: Dankeschön. Der Herr Stadtrat für Verkehr, Infrastruktur und Straßen ist am Wort.

D. Pfeiler: Dankeschön. Darf ich Ihnen drei Amtsberichte heute zur Beschlussfassung vorlegen. Ich darf vorausschicken, dass alle drei Themen im Ausschuss am 10.06. besprochen wurden und von den Mitgliedern des Ausschusses auch mehrheitlich so zur Beschlussvorlage empfohlen wurden. Der erste Amtsvortrag betrifft die Reparatur der Gestängepumpe im Brunnen Süd 1, Wasserversorgungsanlage. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss die Gestängepumpe im Brunnen Süd 1 umgehend repariert werden, da diese stecken geblieben und derzeit nicht funktionsfähig ist. Es handelt sich also um einen kurzfristig eingetretenen Schaden oder um einen eingetretenen Schaden. Es ist keine Routinewartung. Da diese Pumpen von der Firma Vogel gebaut wurden, wurde die Firma Xylem Water Solutions Austria, vormals Vogelpumpen, beauftragt ein Angebot für den Ausbau dieser Pumpe zu erstellen. Da die Pumpen von der Firma Vogel eben gebaut wurden, konnten keine Vergleichsangebote von anderen Firmen eingeholt werden. Das genaue Ausmaß des Schadens kann erst nach dem Ausbau der Pumpe ermittelt werden. Die ist ja noch eingebaut im Brunnen Süd. Die Pumpe wird am 29.06. ausgebaut, das ist schon erfolgt, um eine zeitnahe Reparatur durchführen zu können. Die Aufwendungen für die Reparatur sowie für den Einbau wurden abgeschätzt, damit eine Beauftragung nach Schadensfeststellung unmittelbar erfolgen kann und nicht die nächste Sitzung im Gemeinderat im September abgewartet werden muss. Dies ist notwendig, da es sich hier um kritische Infrastruktur handelt. Die Kostenaufstellung fasst den Ausbau mit € 11.150,-, eine pauschal jetzt angesetzte Reparatur mit einer Schätzsumme von € 20.000,-, wie schon vorab erwähnt, und der Einbau und die Inbetriebnahme mit € 8.100,- ergibt jetzt hier eine Beschlusssumme von € 39.250,- netto. Sollte die Reparatur € 20.000,- übersteigen, wird der Differenzbetrag in der nächsten Sitzung beschlossen. Die Kosten sind im Budget 2026 nicht berücksichtigt und sind aus der Haushaltspotenzialreserve zu bedecken.

Antrag

Dementsprechend wird der Antrag gestellt, der Auftrag für den Ausbau, Reparatur, Einbau der Gestängepumpe im Brunnen Süd 1 der Wasserversorgung Stockerau wird an die Firma Xylem Water Solutions Austria GmbH in 2000 Stockerau, Ernst Vogel-Straße 2, zu einem Gesamtpreis von € 39.250,- netto vergeben. Dankeschön.

Völkl: Eine Wortmeldung bitte, Herr Gemeinderat Fischer.

Fischer: Ich hätte eine Anregung für die Zukunft, gerade bei kritischer Infrastruktur. Man könnte bei Neuanschaffungen darauf achten, dass Reparaturen auch von anderen Unternehmen als dem Hersteller durchgeführt werden können.

Völkl: Dankeschön. Dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmig, dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	11	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

18. Beauftragungen Umsetzung Quartiersentwicklung - Kleiner Marktplatz

21:00 Uhr Samer u. Koll nehmen an der Sitzung wieder teil
21:02 Uhr Kilic verlässt die Sitzung
21:05 Uhr Ćorković nimmt an der Sitzung wieder teil

D. Pfeiler: Dann darf ich ein sehr schönes Querschnittsprojekt hier zur Beschlussfassung vorlegen. Warum Querschnittsprojekt? Wir haben das im Verkehrsausschuss und gemeinsam auch im Wirtschaftsausschuss besprochen, Gregor Hetzendorfer, und wir haben dann gemeinsam die Ausschüsse einberufen und diesen Tagesordnungspunkt gemeinsam behandelt, weil wir das Thema eben Beauftragung Umsetzung Quartiersentwicklung - Kleiner Marktplatz als integratives Projekt im Stadtzentrum sehen, das klarerweise verkehrlich einzuordnen ist, aber klarerweise auch mit dem Thema Wirtschaft im Stadtzentrum eng verbunden ist. Das war sehr angenehm. Danke Gregor, dass das so unkompliziert funktioniert hat, die beiden Ausschüsse zu koordinieren. Dann darf ich Ihnen den Amtsbericht näherbringen. Der Künstler Peter Sandbichler wurde seitens der Abteilung Kunst und Kultur des Amtes der NÖ Landesregierung mit der Erstellung eines Entwurfes für die Umgestaltung des kleinen Marktplatzes beauftragt. Der kleine Marktplatz ist auch Bestandteil der Quartiersentwicklung und es wurden wertvolle Inputs aus den Sitzungen der Quartiersgruppe an den Künstler zur Berücksichtigung in seinem Entwurf weitergegeben. Der Entwurf wurde Vertretern des Amtes der NÖ Landesregierung, diversen Förderstellen der Quartiersgruppe, sowohl politischen Vertretern und Mitarbeitern der Verwaltung am 29.01.2026 vorgestellt. Nachfolgend wurde der Entwurf sowohl in der Quartiersgruppe als auch in den Gemeinderatsausschüssen für Verkehr, Infrastruktur, Straßen sowie Wirtschaft und Tourismus vorgestellt und es gab von allen Beteiligten Empfehlung, diesen mit einigen Anmerkungen umzusetzen. Seitens der Verwaltung wurde in Abstimmung mit der Prozessbegleitung des Quartiers und der Leader Region Weinviertel-Donauraum eine Kostenschätzung für die Umsetzung des Projektes erstellt. Die Beauftragung des Künstlers Peter Sandbicher sowie des Büros Bollinger und Grohmann ZT GmbH in der Stadtratssitzung am 18.03. bereits erfolgt. Auf Grundlage der durch das Statik Büro in Abstimmung mit dem Künstler erstellten Planunterlagen wurde eine Gesamtplanung durch das Bauamt vorgenommen, auf der Grundlage die Ausschreibung für die noch zu vergeben Gewerke erfolgten. Vielleicht noch kurz zur Erläuterung, bevor ich dann auf die Gewerke im Detail eingehe. Was wird dort entstehen? Es wird dort auf dem kleinen Marktplatz der bestehende Brunnen abgebrochen werden und es wird eine Pergola aus Stahlkonstruktion errichtet werden. In mehrfachen Runden wurden dann eben

die Ausmaße dieser Pergola endabgestimmt, sodass das sozusagen gut mit dem Platz verträglich ist und zusätzlich, kleines Novum, wird natürlich auch die Bundesstraße B3 in diesem Bereich baulich angepasst. Wir haben da ganz was Neues jetzt in Stockerau, nämlich auf der B3 wird die Fahrbahn angehoben auf fast das Gehsteigniveau mit Rampen auf beiden Seiten auf circa einer Länge von 37 Meter. Es wird in diesem Abschnitt auch eine Geschwindigkeit 30 kmh verordnet werden. Das ist auch alles mit der Landesstraßenverwaltung abgesprochen und schon in die Wege geleitet worden. Warum ist das ein wichtiges begleitendes Element? Weil wenn die B3 dort nicht mit einer harten Bordsteinkante, sondern mit einem nur geringen Niveauunterschied hier von dem Platz unterschieden ist, entsteht natürlich eine ganz andere Platzwirkung, sodass der Platz dann wirklich über die gesamte Baufluchtlinie hinweg wirken kann. Ich glaube, da entsteht ein ganz spannender neuer Ansatz für die Belebung im Stadtzentrum. Ganz neue Aspekte und ganz neue Wege konnten da beschritten werden. So, dann komme ich zu den Vergaben. Es ist zu vergeben, die Baumeister- und Straßenbauarbeiten, die wurden als Direktvergabe mit vorheriger Bekanntmachung nach § 47 BV Bundesvergabegesetz 2018 nach dem Billigstbieterprinzip ausgeschrieben. Die Bekanntmachung erfolgte am 05.06. über die Plattform Ausschreibung.at. Es wurden inklusive der Anforderungen aufgrund der öffentlichen Bekanntmachung die Ausschreibungsunterlagen neuer Firmen übermittelt und fristgerecht fünf Angebote abgegeben. Die Angebote wurden vom Bauamt geprüft und der Auftrag soll an die Strabag AG, gemäß Angebot vom 19.06.2026, übermittelt am 22.06.2026 mit einem Gesamtpreis von € 223.342,85 netto erteilt werden. Die Stahlbauarbeiten, eben für diese Pergola, wurden als Direktvergabe nach § 46 Bundesvergabegesetz 2018 ebenfalls nach dem Billigstbieterprinzip ausgeschrieben. Die Ausschreibungsunterlagen wurden an zehn Firmen übermittelt und fristgerecht zwei Angebote abgegeben. Zwei Bieter haben schriftlich abgesagt. Die Angebote wurden vom Bauamt geprüft und es soll der Auftrag an die Hans Brantner & Sohn Fahrzeugbaugesellschaft, gemäß Angebot vom 26.05.2026 mit einem Gesamtpreis von € 64.452,41 netto erteilt werden. Auch wenn eine Fahrzeugbaugesellschaft das errichten wird, nein, wir bauen dort kein Fahrzeug, sondern eine Pergola. Es sind zehn Firmen zur Angebotslegung eingeladen worden, aber aufgrund der Komplexität und der Maße mussten da sehr viele Firmen von einer Angebotslegung absagen, weil es für die Herstellung dann doch eine Werkstätte braucht, die über die erforderlichen Ausstattungen für die Fertigung dieser Elemente benötigt und damit eben ein sehr schmales Bieterprofil dann. Mit dem für die Vergabe vorgeschlagenen Angebot der Firma Brantner wurde auch die Fördereinreichung für die Dorf- und Stadterneuerung eingereicht. Für die Bewässerung wurde durch den Wirtschaftshof ein Angebot bei der Firma Green Life GmbH eingeholt. Das ist die Firma, die auch die verschiedenen Bewässerungssysteme zum Beispiel in der Rösch-Straße oder auch für unsere Spielplätze liefert. Und es sollen die Leistungen gemäß Angebot vom 08.06.2026 zu einem Gesamtpreis von € 3.481,- netto beauftragt werden. Für die vorgesehene Bepflanzung dieser Pergola wird ein finanzieller Rahmen von € 174,- netto veranschlagt. Die Pflanzenauswahl wird noch mit dem Wirtschaftshof festgelegt. Für die Beleuchtung vier LED-Strahler wurde durch die Elektroabteilung der Stadtgemeinde Stockerau ein Angebot für die Materialkosten eingeholt und soll dieses ebenfalls in Höhe von € 839,- beauftragt werden. Dann wird es dort auch einen Brunnen geben. Für den Trinkwasserbrunnen wurde durch das Wasserwerk der Stadtgemeinde Stockerau ein Angebot für die Materialkosten eingeholt und soll die Firma Günther Handels GmbH Wasserfranz gemäß Angebot vom 29.06. in der Höhe von € 1.107,50 netto beauftragt werden. Die Summe der Beauftragungen in diesem Sitzungskreis beträgt € 293.397,36 netto. Die Gesamtkosten gemäß beiliegender Aufstellung betragen aus derzeitiger Sicht € 343.836,99 netto und liegen damit um € 388,88 netto über dem im ersten Nachtragsvoranschlag 2026 vorgesehenen Betrag. Das ist also nahezu eine Punktlandung.

Antrag

Dann darf ich hier jetzt zum Antrag kommen. Die nachfolgend aufgelisteten Gewerke und Firmen werden zu den angeführten Beträgen beauftragt. Baumeister- und Straßenbauarbeiten Strabag AG netto € 223.342,85, Stahlbauarbeiten Hans Brantner & Sohn Fahrzeugbaugesellschaft m. b. H. € 64.452,41, Bewässerung Firma GreenLife € 3.481,60, Bepflanzung finanzieller Rahmen €

174,-, Beleuchtung Elektrounternehmen der Stadtgemeinde Stockerau € 839,- ,Trinkwasserbrunnen Günther Handels GmbH Wasserfranz € 1.107,50, Gesamtsumme wie schon erwähnt € 293.397,36. Die Gesamtkosten liegen eben wie schon erwähnt um € 388,88 netto über dem Nachtragsvoranschlag. Dankeschön.

Völkl: Drei Wortmeldungen der Herr Finanzstadtrat, der Herr Dr. Fischer und die Frau Gemeinderätin Steuer.

Dummer: Also meines Wissens sind wir bei der Straße nicht Vorsteuerabzugsberechtigt in dem Fall. Das heißt wir sollten Brutto-Beträge beschließen und nicht Netto-Beträge, weil sonst beschließen wir die falschen Summen.

D. Pfeiler: Das kann ich gerne ergänzen, ja.

Dummer: Vorsteuerabzugsberechtigt sind wir da nicht, also müssen wir Brutto beschließen.

D. Pfeiler: Ich ergänze die Summen dann gerne, ja.

D. Pfeiler: Ich wollte Sie nicht mit allen Brutto- und Nettozahlen beaufschlagen. Ich kann die zu beschließende Summe der Brutto-Beauftragung dann gerne nennen. Das mache ich auch gleich. Die € 293.397,36 Netto sind dann eine Beschlusssumme Brutto von € 352.064,65.

Dummer: Das Budget aber deutlicher überschritten. Das Budget ist auch Brutto und nicht Netto. Und damit sind wir ungefähr 20% über dem Budget.

D. Pfeiler: Also hier ist ausgeführt, dass die Budget-Überschreitung € 466,65 Brutto über dem ersten Nachtragsvoranschlag ist. Im Amtsbericht sind alle Beträge, die ich genannt habe, in Netto auch in Brutto angeführt. Der Amtsbericht ist ja auch ergangen, liegt allen vor. Und dementsprechend wurden auch die Budget-Überschreitungen in Brutto und Netto angeführt. Also da ist eine Budget-Überschreitung jetzt von € 466,65 Brutto angeführt.

Völkl: Weitere Wortmeldungen. Der Herr Stadtrat Hetzendorfer hat sich auch noch gemeldet. Und vorher sind es noch zwei.

Fischer: Ja, danke. Ich kann mir da jetzt kein wirkliches Bild davon machen, wie das jetzt nach mehrfacher Umplanung am Ende aussehen soll. Weil eine Skizze war leider den 112 Seiten-Amtsbericht nicht angefügt. Wäre schön gewesen, wenn noch eine Skizze dabei gewesen wäre. Es kann nämlich deshalb auch nicht eindeutig nachvollzogen werden, ob das wirklich die mit dem Grätzl akkordierte Endfassung des Plans ist. Bedauerlich ist, dass keine Bäume vorgesehen sind und wenn auch nur in Pflanztrögen. Schwammstadt werden wir da keine mehr. Aber stattdessen soll ein Stahlgestell und laut Amtsbericht mit Neophyten bepflanzt werden, eine Wisteria, die schon bei Berührung giftig ist, sowohl für Kinder als auch für Erwachsene und auch für Tiere. Ich habe gehört, dass da noch Änderungen möglich sind. Ich würde dringend appellieren, dort keine Giftpflanzen zu pflanzen, sondern wirklich Pflanzen, die herumspielenden Kindern keinen Schaden zufügen können. Durch die Beschattung wird vielleicht eines Tages ein besseres Mikroklima am Platz selbst geschaffen. Der große Wurf zur Belebung der Innenstadt wird das allein aber nicht sein. Da ist noch sehr viel Luft nach oben. Das ist sicher nicht die letzte Umgestaltung in diesem Bereich. Was mir persönlich jetzt wirklich weh tut, aber da bin ich wohl in der Minderheit hier, der erste Stolperstein gegen Fremdenhass, den wir in dieser Stadt errichtet haben, wird nicht bloß redimensioniert, wie es am Anfang geheißen hat, er wird gänzlich abgerissen, nachdem er jahrelang systematisch vernachlässigt und verwahrlost wurde. Ersetzt wird er durch einen Edelstahl-Trinkbrunnen namens Zeus. Schade.

Völkl: Frau Gemeinderätin Steuer.

Steuer: Ich wiederhole mich jetzt wieder einmal, sage ich jetzt einmal, aufgrund der finanziellen angespannten Lage, sprich Kläranlage, Sportzentrum, die Straßen gehören saniert, kann die UBS diesen Antrag nicht zustimmen.

Völkl: Herr Stadtrat Pfeiler.

Pfeiler: Der Kollege Hetzendorfer war vorher.

Hetzendorfer: Danke Didi. Ich wollte auch einmal Danke sagen für den Einsatz und für die Vorplanung, die in diesem Projekt steckt. Wir bringen da jetzt im Endeffekt etwas dann zum Abschluss, dass wirklich eine lange Vorlauffrist gehabt hat. Da muss man wirklich Danke sagen, auch für die engagierte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Quartiersentwicklung. Ich möchte mich auch bedanken bei der Verwaltung, die wirklich da auch dabei ist, wirklich etwas zu unternehmen, dass das dieses Jahr über die Bühne gehen kann. Das ist nicht einfach. Ich möchte vielleicht auch noch den Kollegen Fischer kurz replizieren, der das eingebracht hat, mit der Bepflanzung. Also wir haben auch darüber gesprochen immer wieder. Das ist jetzt leider durchgerutscht, dass der lateinische Begriff nicht aufgefallen ist. Das wird nicht dieser Blauregen sein. Da haben wir eh darüber gesprochen. Ich möchte auch noch einmal Danke sagen für die gute Zusammenarbeit mit dem Kollegen Pfeiler im Ausschuss und dass er jetzt auch die Anträge eingebracht hat. Ich glaube, das Projekt ist wirklich ein ganz wichtiges für Stockerau. Es hat eine Signalwirkung und es ist auch in der Umgebung von Stockerau, glaube ich, ein Projekt, das man nirgends anders finden kann. Es ist ganz toll, was sich dort entwickelt hat und auch dieses Wochenende war eine tolle Veranstaltung dort, wie man auch der NÖN entnehmen kann. Ich glaube, dass es nicht der Endpunkt ist, sondern wirklich der Anfang. Es ist der erste Platz, der in Stockerau sich da so entwickeln kann, durch die Mitwirkung der Bürger und eines Quartiers. Und es wird auch noch andere Punkte in dem Quartier, zum Beispiel den Rennerplatz geben, wo wir in nächster Zeit hingreifen müssen. Und wichtig ist, dass da wirklich auch dann die restlichen Quartiere in Stockerau sich ein Herz fassen und genauso beleibt und belebt dort hineingehen und Veranstaltungen planen, weil ich glaube, eine wirkliche Veränderung in der Innenstadt kann nur auch von den Leuten, die vor Ort sind, tagtäglich passieren. Das dazu und ich möchte auch nochmal anregen, dass wir wirklich dabei bleiben, dem Quartier so gut es möglich ist, da freie Hand zu lassen. Wir haben ja auch schon darüber gesprochen, letztens der Antrag vom Kollegen Fischer, dass man da ein institutionelles Dach drüberzieht. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir versuchen, so gut als geht, das Quartier, das Quartier sein zu lassen und nicht die Identität zu nehmen. Danke.

Völkl: Herr Stadtrat Rosenberger, bitte.

Rosenberger: Danke, Gregor. Du hast das eh super zusammengefasst. Solche Projekte sind unheimlich wichtig für die Stadt, für die Innenstadt. Es wird immer wieder gejammert, dass die Innenstadt stirbt, die Innenstadt gehört, belebt. Das ist wirklich ein Projekt, das ihr da gemeinsamen mit dem Didi Pfeiler und vor allem die Bürgerinnen und Bürger, die da mitgearbeitet haben, zusammengebracht habt. Solche Dinge kosten Geld und wenn man nichts in die Hand nimmt, liebe Frau Gemeinderätin Steuer, dann wird man die Innenstadt dadurch nicht attraktiver machen, nicht belebter machen, sondern einfach einen Platz, das so keiner benötigt, das heiß ist und keinen Schatten hat und einfach nicht wirklich als Teil der Innenstadt und einer belebten Innenstadt wahrgenommen werden kann. Und das kostet Geld und dieses Geld ist gut investiert, weil viele gemeinsam daran gearbeitet haben und sich da auch etwas nicht verordnen ließ, sondern geschaffen wurde. Und darüber bin ich recht happy und glücklich. Ich bin gespannt, wie es dann wirklich ausschaut.

Völkl: Dankeschön, der Herr Stadtrat Pfeiler.

D. Pfeiler: Ja, über den Blauregen haben wir eh schon gesprochen. Es ist ein bisschen kurios, in der ersten Sitzung haben wir eigentlich gleich unisono gesagt, bitte dort keinen Blauregen, dann

war er draußen und irgendwie hat er sich jetzt wieder hineingeschlichen, dieser böse Blauregen. Wir werden ihn vom kleinen Marktplatz fernhalten. Da kannst du ganz beruhigt sein, da sind wir alle übereinstimmend. Dann dein zweiter Punkt, ist es mit der Quartiersgruppe abgesprochen? Ja, da hat es mehrere Runden gegeben. Es ist im Amtsbericht ausgeführt worden, dass eben bei den Sitzungen die Quartiersgruppe gut vertreten war. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal. Jetzt ist hier im kleinen Marktplatz diese Energie der Quartiersgruppe aufzunehmen und wirklich kondensieren zu lassen, auch von der Stadt unterstützt mit dieser Umgestaltung. Und Martin, ich bin auch ganz bei dir, es kann nur der erste Schritt sein, es ist der erste Tropfen auf einem heißen Stein. Stockerau ist ja die Stadt der Plätze. Wir haben sie in unseren Köpfen immer nur als Durchfahrtsstadt mit der B3, aber in Wahrheit ist es eine Stadt der Plätze, wenn man es genau betrachtet. Und das ist jetzt mal der Anfangspunkt, den ersten Platz in dieser Stadt der Plätze umzugestalten, so wie es dort die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaftstreibenden sich vorstellen, überlegt haben und mit an Bord sind. Und ja, möge die Übung gelingen und möge es ein guter Auftakt und vielleicht auch gute Motivation für andere sich bildenden Quartiersgruppen sein. Dankeschön.

Völkl: Danke, dann kommen wir zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Zustimmung von NEOS, die GRÜNEN, SPÖ, ÖVP und FPÖ ohne Gemeinderat Kratschmer und Gemeinderat Ćorković, gut. Und die Frau UBS Gemeinderätin Steuer ist auch nicht dabei.

Abstimmungsergebnis:		**Mehrheitlich beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	3	FPÖ	2 Ćorković, Kratschmer
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	0	UBS	1
NEOS	1	NEOS	0

19. Mehrkosten Spülbohrung

21:18 Uhr Kilic nimmt an der Sitzung wieder teil

Völkl: Nächster Tagesordnungspunkt, bitte.

D. Pfeiler: Dankeschön, jetzt kommen wir wieder in die Mühlen der Ebene. Ein weniger spektakuläres Projekt, Mehrkosten einer Spülbohrung. Im Zuge des Bauvorhabens Abwasserbeseitigungsanlage Bauabschnitt 36 und Wasserversorgungsanlage Bauabschnitt 23 wurde sowohl die Weinviertler-Schnellstraße S3 als auch die Hornerstraße B4 mittels Horizontalspülbohrungen gequert. Dafür wurde am 27.03.2026 die Firma Watzinger GmbH mit einer Bruttoauftragsangebotssumme von € 115.486,92 beauftragt. Gemäß Stadtratsbeschluss vom 27.04.2026 wurde in einem Änderungsauftrag diese Bruttoauftragsangebotssumme auf € 117.886,92 erhöht. Mit der Rechnung der Firma Watzinger vom 28.05. wird ein Bruttobetrag von € 128.309,18 Brutto in Rechnung gestellt. Diese Mehrkosten von € 8.685,- netto resultieren vor allem durch notwendige Längenänderungen bei beiden Straßenquerungen, Aufzahlungen aufgrund der tatsächlichen Bodenverhältnisse. Es wurde ja das Angebot damals erstellt auf Basis der planlich abgeschätzten Längen und auf erwartete Bodenverhältnisse und aus dem ergibt sich jetzt hier ein Mehraufwand. Das ist der fachliche Hintergrund. Die detaillierte Zusammenstellung ist der Beilage zu entnehmen. Die kumulierte Auftragssumme entspricht der

Schlussrechnungssumme von € 106.924,92 netto entspricht € 128.309,18 Brutto. Die Kosten sind im Voranschlag 2026 unter Kanalbauarbeiten bedeckt.

Antrag

Dementsprechend wird hier der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, für die Horizontalspülbohrungen betreffend des Bauvorhabens ABA BA36 und WVA BA23 Mehrkosten in der Höhe von netto € 8.685,22 netto, € 10.422,26 brutto. Damit wir das auch haben, der Firma Watzinger GmbH zu beauftragen. Die kumulierte Auftragssumme entspricht der Schlussrechnungssumme von Netto € 106.924,32 beziehungsweise Brutto € 128.309,18. Wie gesagt, die Kosten sind im Voranschlag 2026 unter Kanalbauarbeiten bedeckt. Dankeschön.

Völkl: Bitte um Abstimmung. Einstimmig, Dankeschön. Der Herr Stadtrat für Wirtschaft und Tourismus ist nun am Wort.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

20. Wirtschaftsförderung für Lehrlinge von 1. bis 4. Lehrjahr

21:18 Uhr Grabler-Fritz verlässt die Sitzung
21:21 Uhr Fless-Klinger verlässt die Sitzung

Hetzendorfer: Ja, vielen Dank. Ich habe noch einen Antrag, es betrifft die Wirtschaftsförderung für Lehrlinge vom 1. bis ins 4. Lehrjahr. In der Sitzung vom 27.09.2023 hat der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau eine Wirtschaftsförderung für die Lehrlinge im 1., 2., 3. und 4. Lehrjahr beschlossen. Nunmehr haben folgende Firmen eine Kommunalsteuererklärung für das Kalenderjahr 2025 für die Lehrlinge von 1. bis ins 4. Lehrjahr eingereicht und um Gewerbeförderung angesucht. Ich darf die Liste schnell verlesen. Firma Moll Motor GmbH mit 4 Lehrlingen € 1.332,38, WKW-Weszits GmbH 3 Lehrlinge zu € 1.000,59, XXXLutz KG 10 Lehrlinge zu € 3.351,38, KnotH GesmbH mit 2 Lehrlingen zu € 864,24. Kickenweitz KG mit einem Lehrling zu € 327,44, Zickbauer GmbH mit 2 Lehrlingen zu € 1.518,31, Ruzicka Christian zu einem Lehrling mit € 158,16, City Hotel GmbH mit 2 Lehrlingen zu € 551,39, Quasnitschka GesmbH mit 9 Lehrlingen zu € 3.119,59, Höbert Installationen GmbH mit 2 Lehrlingen zu € 895,79, Baumeister Schmidt GesmbH mit 2 Lehrlingen zu € 1.836,41, Vogel Karin Kosmetikinstitut mit einem Lehrling zu € 495,00, Cimbria Heid GmbH mit 4 Lehrlingen zu € 1.888,74, Johannes Schober GesmbH, mit einem Lehrling zu € 443,87, Gerhard Obermeissner GmbH mit 5 Lehrlingen zu € 3.059,05, Frischeis GmbH mit 8 Lehrlingen mit € 3.181,12, Faun Austria GmbH mit 3 Lehrlingen zu € 2.005,71, Hotel Restaurant Dreikönigshof GmbH 3 Lehrlinge zu € 1.477,62, PL HandelsgesmbH Pagro ein Lehrling zu € 549,91, Schindler GmbH mit 3 Lehrlingen zu € 1.127,48 und Spreng GesmbH mit 10 Lehrlingen zu € 3.311,57. Sind insgesamt 77 Lehrlinge aus 21 Betrieben zu € 32.495,75.

Antrag

Ich darf den Antrag stellen, dass den nachstehenden Firmen, wie eben angeführt, aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 27.09.2023 eine Wirtschaftsförderung in dieser Höhe gewährt wird.

Völkl: Eine Wortmeldung.

Dummer: Also auch da geben wir natürlich Geld aus, aber ich glaube, das ist gut investiertes Geld. Nämlich in die Lehrlingsausbildung, in die Jugend und Lehrlinge könnten wir ruhig mehr haben. Also da würde ich noch den einen oder anderen Euro drauflegen, wenn es mehr Lehrlinge gibt in Stockerau. Aber das ist doch eine sehr erfreuliche Bilanz, wie viele Lehrlinge da in der Stadt ausgebildet werden.

Völkl: Dankeschön. Wir kommen zur Abstimmung und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe hier Einstimmigkeit. Vielen, vielen Dank.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmig beschlossen**

Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	5	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

21:24 Uhr Grabler-Fritz u. Fless-Klinger nehmen and der Sitzung wieder teil

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Sicherstellung der Mobilität nach der Einstellung des Anruf Sammel-Taxis „Bezirk Korneuburg Mobil“

Völkl: Nun kommen wir zu unseren Dringlichkeitsanträgen. Erster, bitte Herr Vizebürgermeister.

Scheele: Danke Frau Bürgermeisterin. Der Dringlichkeitsantrag seit gestern 30.06., das Anrufsammeltaxi ist Geschichte. Das Nachfolgemodell seitens des Landes lässt aus unterschiedlichsten Gründen auf sich warten. Vielleicht kann da die Fraktion der FPÖ beim zuständigen Landeshauptfrau-Stellvertreter, ihr habt ja gute Connections zu dem, nachfragen an was es da hackt. Daher ist die Idee entstanden für diesen Dringlichkeitsantrag. Es soll eine Übergangslösung für die Stockerauer Bevölkerung sein. Die Formulierung des Antrages ist ziemlich nahe an jener der Bezirkshauptstadt Korneuburg. Die haben das letzte Woche parteiübergreifend einstimmig beschlossen. Ich denke mir, wenn es in Korneuburg möglich ist, sollte es auch in Stockerau möglich sein. Die Antragspunkte, wie gesagt da ist ein Punkt drinnen, dass da die Richtlinien für erheblich mobilitätseingeschränkte noch auszuarbeiten sind, würde aber den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen.

Antrag

Ich stelle daher den Antrag, diesen Antrag in den Verkehrsausschuss zur weiteren Behandlung zuzuweisen. Danke.

Völkl: Dankeschön, dann stimmen wir das ab. Eine Wortmeldung, bitte Herr Stadtrat.

Pfeiler: Ja, es ist da schon ein bisschen was dazu zu sagen noch. Wir haben ja immer wieder über das ISTmobil gesprochen und jedes Mal ist kurz vor knapp halt irgendwie eine Vertragsverlängerung dann schnell, schnell, schnell beschlossen worden. Es wurde zum Beispiel zugesagt, jedes Mal, wir kriegen die Berichte über die Inanspruchnahme, wir kriegen Informationen, wann Besprechungstermine stattfinden, dass man da vielleicht einmal mitfahren kann oder die Unterlagen dazu bekommen. Das ist alles unterblieben. Und dann muss man aus den Medien entnehmen, dass das ISTmobil dann mit 30.06. vorbei ist. Also, wenn das so ein wichtiger Mobilitätsbaustein ist, dann finde ich, sollte der Umgang damit irgendwie schon ein bisschen anders innerhalb der Stadtführung sein. Und da sollte man irgendwie ein bisschen frühzeitiger eingebunden werden, als dann nach der Einstellung des Ganzen dem Pfeiler in den Verkehrsausschuss umzuhängen. Also, das finde ich auch eine sehr eigenartige Vorgangsweise. Jahrelang wird man von allem ferngehalten, was das ISTmobil betrifft und wenn es dann eingestellt ist, soll ich mich dann darum kümmern, was man machen kann. Werde ich natürlich gerne machen. Ich werde umgehend einladen zu einem Verkehrsausschuss, weil mir das Thema auch ein Anliegen ist. Wir müssen auch darüber diskutieren, welche Modelle hier grundsätzlich möglich sind von Taxigutscheinen. Wir müssen uns auch anschauen, welche Taxiunternehmen überhaupt auf das Modell einsteigen. Es gibt natürlich auch Modelle, die auf Vereinsbasis lokale Mobilität ermöglichen. Es gibt in Eichgraben entsprechende Modelle. Es gibt in Langenzersdorf, die aus dem ISTmobil ausgestiegen sind, spannende vereinsgetragene Modelle, wo eben genau diese letzte Meile innerhalb des Gemeindegebietes gemeinschaftlich getragen wird mit Unterstützung der Gemeinde. Alles das können wir gerne diskutieren. Leider wieder einmal viel zu spät, weil die relevanten Informationen nicht geflossen sind.

Völkl: Der Herr Finanzstadtrat.

Dummer: Wir selbst haben ja uns dazu bekannt bis Ende des Jahres, eigentlich bis Ende 2026, haben den Gemeinderatsbeschluss auch rechtzeitig im Dezember 2025 gefasst, dass wir vorläufig bis Juni und wenn es notwendig ist bis Dezember das mittragen. Wir haben das auch entsprechend budgetiert. Also an uns scheitert es nicht. Das Land und der VOR haben da auch schon länger die Ausschreibung raus. Das läuft, glaube ich, schon zwei Jahre, und jetzt hat es sich halt ergeben, dass eine Firma, die da angeboten hat, sich beim Landesverwaltungsgerichtshof beschwert hat und dadurch der Zuschlag nicht erteilt werden kann. Das ist so. Das ist ein Fakt. Die Kollegen in den anderen Gemeinden, die dieses System bisher mitgetragen haben, haben da jetzt irgendwie die Geduld verloren und haben gesagt, sie wollen das nicht mehr mittragen. Wir alleine können es natürlich auch nicht für den ganzen Bezirk finanzieren. Wir sind bereit, unseren Teil zu tragen. Ich denke, auch Korneuburg wäre bereit gewesen, das mitzutragen, weil die ja jetzt da die Alternative finanzieren. Aber im Detail sind wir da jetzt auch nicht eingebunden. Es ist letztendlich in jeder Gemeinde bei jeder Verlängerung ein Gemeinderatsbeschluss notwendig. Und wenn die Kollegen in den anderen Gemeinden keine Mehrheit dafür kriegen, dann kann man jetzt nicht da der Frau Bürgermeister oder irgendwem anderen einen Vorwurf machen. Auch wir haben nicht mehr Informationen. Aber wir müssen mit der Gegebenheit leben und halt das Beste daraus machen. Und das ist der Antrag vom Heins Scheele. Und ich denke, wenn es du nicht machen willst, mag es gerne ich, ist kein Problem. Wir werden da schon eine Lösung finden.
D. Pfeiler: Gerhard, du hast mir nicht zugehört. Ich habe gesagt, ich werde das natürlich selbstverständlich machen und auch gerne machen, weil mir das auch ein Anliegen ist. Ich finde es immer interessant, dass meine Aussagen von dir und vom Kollegen Koll immer verdreht dann dargestellt werden.

Koll: Umgehängt, haben Sie gesagt. Das hat man Ihnen umgehängt.

D. Pfeiler: Ja, man hat es mir umgehängt. Man hat den Verkehrsausschuss nie mit Zahlen, Daten, Fakten versorgt, wie die in Inanspruchnahme ist. Ich werde mich dieses Themas gerne annehmen. Habe ich auch gesagt. Manchmal verwendet man halt ein bisschen flapsige Ausdrücke, um die Vorgangsweisen, die da herrschen, ein bisschen auch zu untermauern. Ich bitte um eine Generalentschuldigung dafür. Danke.

Koll: Falls das von mir war, bitte ich auch um eine Generalentschuldigung.

Scheele: Also Didi, umgehängt habe ich dir überhaupt nichts. Ich habe einen Antrag gestellt auf Zuweisung. Ich weiß nicht, ob der Antrag eine Mehrheit bekommt oder nicht.

Völkl: Wir stimmen ab, wenn es keine Wortmeldungen mehr gibt. Herr Stadtrat, bitte.

Chaloupka: Ja, danke für das Wort. Ich möchte auch alle Kolleginnen und Kollegen hier begrüßen, auch am Bildschirm. Das Sammeltaxi ist ein längeres Thema. ISTmobil

ist vor einiger Zeit in den Konkurs gegangen. Wir haben hier heuer seitens Land, weil der Heinz Schelle unsere Fraktion angesprochen hat, da hat das Land geliefert. Es ist nur so, dass meine Zahlen, es kann sein, dass ich mich irre, aber die Stadt Stockerau hier circa € 103.000,- dazu dotiert hat, um Menschen zu befördern mit Fahrzeugen, die Firmen betreiben. Das betreibt nicht die Gemeinde oder nicht das Land, sondern das sind selbstständige Unternehmer und keiner von diesen fährt, so wie auch ich, der aus dieser Branche kommt, um € 4,- die Stunde hier irgendwelche Leute spazieren. Ich freue mich, dass dieses Thema hier im Verkehrsausschuss behandelt wird. Hier sollte generell der Knackpunkt des ganzen Systems angegangen werden und nicht darüber diskutiert werden, wer wie viel Geld dazu sponsert oder nicht. Das Land hat hier einen Beschluss, das bis Jahresende 2026 gilt. Hier liegt es in der Verantwortung der Gemeinden, ob sie das nutzen oder nicht. Ich als Unternehmer würde hier keine Leistung bringen, weil ich möchte nicht in den Konkurs gehen. Danke.

Völkl: Dann stimmen wir ab, damit dieser Dringlichkeitsantrag im Detail im Verkehrsausschuss abgearbeitet und ausgearbeitet wird. Einstimmig. Dankeschön.

Abstimmung Zuweisung Verkehrsausschuss

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 „Einwirken auf VOR, ÖBB, das Land NÖ und die Wiener Linien bezüglich Ersatzverkehr während der Stammstreckensperren“

Völkl: Wir kommen nun zum zweiten Dringlichkeitsantrag der SPÖ. Da geht es um die Resolution. Bitte um Diskussion.

Pollak: Vielen Dank. Ich bringe Ihnen den ersten, noch nicht verlesenen Teil meines Antrags zur Kenntnis. Es geht darum, einwirken auf Verkehrsverbund Ostregion, ÖBB, das Land NÖ und die

Wiener Linien bezüglich der Ersatzverkehre während der Stammstreckensperren. Während der kommenden 16 Monate werden aufgrund von Streckensperren wesentliche Einschränkungen für Bahnpendlerinnen und Bahnpendler von Stockerau nach oder durch Wien auf uns zukommen. Die Sperren teilen sich im Wesentlichen in drei Abschnitte. Die Sommersperre vom 04.07. bis 06.09, die ist nur zwischen Praterstern und Floridsdorf. Weitere Sommersperren währenddessen, also das ist ein Teil von diesem Zeitraum, 18.08. bis 06.09., da beginnt die Sperre aus Stockerauer Sicht schon von Korneuburg bis Praterstern. Die anderen Sperren der anderen Regionen habe ich Ihnen da erspart. Und die Hauptsperre vom 07.09. bis Oktober 2027 von Wien Praterstern bis Wien Hauptbahnhof bzw. Sankt Marx. Ich habe das dann getrennt in die beiden Teile, Teil 1, 2 und Teil 3. Dazu hätte ich vorzulesen. Während der letzten beiden Sommer mussten sich die Pendlerinnen und Pendler bereits mit einem, mit verschiedenen Problemen behafteten, Ersatzverkehr zwischen Floridsdorf und Praterstern abfinden, die nur teilweise gelöst wurden. Die Hauptprobleme waren der nicht allzu dichte Taktverkehr, der aufgrund von Verzögerungen während der Stoßzeiten auch nicht eingehalten werden konnte, und die nicht ausreichend berücksichtigte Tatsache, dass die Passagiere aus einem Personenzug, auch nachdem sich einige auf andere Verkehrsmittel verteilt haben, noch immer nicht in einen einzigen Ersatzbus passten und teilweise halt dann ein, zwei oder drei von diesen unzuverlässigen Intervallen später erst transportiert wurden und ihren Anschluss vielleicht verpasst haben. Darum wäre unser Antrag folgendes zu kommunizieren.

Antrag

Die Stadtgemeinde Stockerau ersucht ÖBB, VOR und das Land NÖ die Qualität, Kapazität und Zuverlässigkeit der Ersatzbusse durch ständiges Monitoring und gegebenenfalls Nachbesserungen hochzuhalten. Während der Hauptsperre, das ist der Punkt 3 von oben, soll der Verkehr komplett auf den bereits ohnehin hoch ausgelasteten Wiener Linien ausweichen. Hierzu wäre ein Adressat mehr aus meiner Sicht anzuschreiben. Die Stadtgemeinde Stockerau ersucht ÖBB, VOR, das Land NÖ und die Wiener Linien die Qualität, Kapazität und Zuverlässigkeit der durch die Stammstreckensperre höher belasteten Linien durch ständiges Monitoring und gegebenenfalls Nachbesserungen so hoch wie möglich zu halten. Dankeschön.

Völkl: Herr Vizebürgermeister.

Falb: Ja, danke. Ich habe mir das durchgelesen. Aus meiner Sicht, es gibt da vielleicht gescheitere Ideen, aus meiner Sicht wäre es das Beste, wenn man hier relativ rasch nämlich einen Brief, ein Schreiben der Stadtgemeinde Stockerau richtet an die hier genannten Stellen. Ich glaube, dass der Text genug Bausteine enthält. Die man in dieses auffordernde Schreiben einarbeiten könnte. Ich glaube, dass so ein Schreiben seitens der Bürgermeisterin ergehen könnte und man das den Fraktionen zur Kenntnis bringt. Bei einer Ausschusssitzung hielte ich da jetzt einmal, dass das so schnell wie möglich draußen ist. Es wäre mein Vorschlag, so ein Schreiben zu verfassen und abzusenden an die Korrespondenten, die da drinnen genannt sind. Danke.

Völkl: Dann stimmen wir den Dringlichkeitsantrag ab und wer diesen unterstützt, dass die Resolution wie formuliert geschickt wird, ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Einstimmig, Dankeschön.

Abstimmungsergebnis:		**Einstimmig beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Beginn der Erneuerung der Tontechnik im Stadion Alte Au“

Völkl: Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag der FPÖ, Tontechnik Stadion Alte Au.

Ćorković: Dadurch, dass ich die Begründung der Dringlichkeit schon vorgelesen habe im ersten Teil, würde ich euch von dem befreien.

Antrag

Ich würde den Antrag noch einmal stellen, und zwar der Antrag lautet, den sofortigen Beginn der Erneuerung der Tontechnik im Stadion Alte Au auf Grundlage des bereits vorliegenden Angebots eines regionalen Audiovertriebs zu veranlassen, damit die Arbeiten während der Sommerpause abgeschlossen und die Anlage rechtzeitig vor der Veranstaltung Anfang Herbst sowie vor Beginn der Meisterschaftsbetriebes betriebsbereit ist.

Völkl: Herr Stadtrat, bitte.

Dummer: Ja, also das ist eh im Laufen. Ich bemühe mich da ja schon seit einem Jahr, dass wir da eine vernünftige Lösung zusammenbringen. Wir haben da auch drei Angebote, die halt ungefähr ein Jahr sind, die upgedatet gehören. Da bin ich jetzt gerade dabei. Ich habe heute ein upgedatetes Angebot gekriegt und warte noch auf die anderen. Muss man da natürlich auch vergleichen, von der Qualität her, dass es ungefähr auf demselben Level ist. Aber wir wollen das noch jetzt im Sommer über die Bühne bringen. Das heißt späteste Beauftragung im nächsten Stadtrat, budgetiert haben wir es. Ich gehe davon aus, dass wir den Budgetrahmen da nicht überschreiten und dass wir mit dem, was wir beschlossen haben, auskommen. Also das wird stattfinden. Ich habe vom Heinz auch schon die Anregung gekriegt und wir sind da dran. Ich war jetzt nur auf Urlaub die letzten drei Wochen und darum sind wir da vielleicht beim Update hinterher. Aber das ist schon im Laufen.

Völkl: Bitte Herr Gemeinderat.

Ćorković: Ich habe meine Hausaufgabe schon gemacht. Also mit dem Dringlichkeitsantrag habe ich euch das aktuelle Angebot geschickt und das ist im Budget, was vereinbart worden ist.

Völkl: Ja, die Sache ist im Laufen.

Abänderungsantrag

Falb: Ich stelle daher den Antrag, den Dringlichkeitsantrag der FPÖ abzulehnen. Nicht, weil wir gegen die Tonanlage sind, sondern weil die Sache bereits im Laufen ist und hier eine

Zuschlagsentscheidung impliziert ist, die wir nicht vornehmen können, solange die Angebote noch nicht final geprüft sind.

Völkl: Wir stimmen den Antrag ab. Inhaltlich müssen wir den Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Ćorković: Aus welchem Grund? Nur jetzt noch einmal nur für mich zum Notieren.

Falb: Es ist erstens im Laufen. Das ist der politische Grund, aber es gibt auch einen rechtlichen Grund aufgrund des vorliegenden Angebots eines bestimmten Unternehmens. Wir können ja nicht eine Zuschlagsentscheidung vornehmen, wenn die Angebote, es liegen drei Angebote vor, wenn die Angebote noch geprüft werden.

Ćorković Jetzt wurde ja gesagt, dass die Angebote nicht aktuell sind. Und ich habe ein aktuelles Angebot geliefert. Das ist für mich jetzt unverständlich.
Falb: Es sind trotzdem die Vergabevorschriften, entsprechend einzuhalten.

Völkl: Bitte, Herr Gemeinderat.

Gegenantrag

Fischer: Vielleicht ein Vorschlag zur Güte. Ich stelle den Gegenantrag, den Antrag der freiheitlichen Fraktion an den Sportausschuss zu verweisen.

Völkl: Die Tonanlage, da gibt es bereits Angebote auf der Gemeinde, die vorliegen. Der Herr Stadtrat für Finanzen wird die jetzt prüfen und dann wird es einen Zuschlag geben. Also aus der Verwaltung heraus, es ist auch budgetiert. Entweder müssen wir diesen Antrag, wie ihn der Herr Gemeinderat Ćorković gestellt hat, ablehnen, oder der Herr Gemeinderat Ćorković zieht den Antrag zurück, weil er schon in Bearbeitung ist. Wir können auch nicht hier einfach einen Zuschlag erteilen, weil irgendein Vorschlag in einem Dringlichkeitsantrag steht. Das geht überhaupt nicht.

Abänderungsantrag

Ćorković: Ich kann ja mal abändern den Antrag. Dann stelle ich den Antrag, neue Angebote anzufordern und das bestmögliche Angebot dann ...

Völkl: Das tun wir. Das rennt gerade. Das wird gerade gearbeitet.

Ćorković: Es wurde ja nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Es wurde ja schon versprochen dem SVS und die warten drauf. Und deswegen der Dringlichkeitsantrag, dass es endlich ins Rollen kommt. Es ist ja nichts fixiert.

Dummer: Ihr verlangt immer, dass wir drei Angebote einholen und jetzt sollen wir auf Basis ...

Ćorković: Nein, nein, das habe ich ja gesagt. Dann können wir ja das abändern in meinem dringlichen Antrag, bis wir dann drei Angebote haben und das bestmögliche Angebot, dass wir das dann nehmen.

Dummer: Es passiert schon. Nur nicht ungeduldig werden. Es passiert schon. Es ist am Passieren.

Völkl: Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Antrag vom Herrn Gemeinderat Ćorković unterstützt, gibt ein Zeichen der Zustimmung. Eine Wortmeldung, bitte.
D. Pfeiler: Nein, eine Frage. Wir stimmen jetzt den abgeänderten Antrag vom Kollegen Ćorković ab, wo er sagte, dass ...

Völkl: Wir müssen ihn ablehnen.

D. Pfeiler: Er hat ja einen Abänderungsantrag gestellt. Den können wir ja abstimmen, oder? Dass nach Einholung von Angeboten das bestmögliche Angebot beauftragt wird, um den Meisterschaftsbetrieb im Herbst mit neuer Tonlage sicherzustellen. Genau. Das können wir ja abstimmen, oder? Der Antrag ist ja gestellt. Ja, aber ob du was tust oder nicht, es gibt einen Antrag, über den ist abzustimmen. Ob wer was tut oder nicht, ist eine völlig andere Sache.

Völkl: Wir stimmen jetzt alles durch. Wir stimmen den Abänderungsantrag ab. Wer diesen unterstützt, gebe ein Zeichen der Zustimmung. Fraktion der GRÜNEN, UBS, NEOS, FPÖ. Keine Mehrheit.

Abstimmung Abänderungsantrag

Abstimmungsergebnis:		**abgelehnt**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

Völkl: Hauptantrag. Wer diesen unterstützt, bitte ein Zeichen. Fraktion der FPÖ. Ich will noch einmal sagen, Herr Gemeinderat, es wird gerade genauso abgearbeitet, wie der Dringlichkeitsantrag vorliegt. Die Fraktion der FPÖ ist weiter am Wort.

Abstimmung Hauptantrag

Abstimmungsergebnis:		**abgelehnt**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	0	GRÜNE	5
UBS	0	UBS	1
NEOS	0	NEOS	1

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Sofortige Sperre und unverzügliche Sanierung des FunCourts „In der Alten Au“

Ćorković: So, zweiter Dringlichkeitsantrag. Und zwar geht es wieder um die alte Au, ein paar Meter weiter. Es geht um das FunCourt. Das war schon Thema im Ausschuss. Leider ist es nicht weiterbearbeitet worden.

Antrag

Ich stelle jetzt die drei Anträge noch einmal, und zwar ist der erste, den FunCourt in der alten Au mit sofortiger Wirkung bis zur vollständigen Behebung sämtlicher Sicherheitsmängel für die Benutzung zu sperren. Der zweite Punkt, die Bürgermeisterin wird beauftragt, unverzüglich die vollständige Sanierung des FunCourts entsprechend der Feststellungen des Hauptinspektionsberichtes zu veranlassen und sämtliche im Prüfbericht angeführte

sicherheitsrelevante Mängel beheben zu lassen. Punkt drei, die Bürgermeisterin wird beauftragt, die erforderlichen finanziellen Mittel unverzüglich bereitzustellen bzw. dem Gemeinderat die entsprechenden Beschlüsse zur Finanzierung vorzulegen.

Völkl: Dankeschön. Eine Wortmeldung?

Falb: Danke, Frau Bürgermeisterin. Ich habe nur eine Frage. Wann ist das und in welchen Ausschüssen ist das besprochen worden? Wann?

Ćorković: Das wurde im Sportausschuss besprochen. Das wurde auch einheitlich von...

Falb: Wann, wann das?

Ćorković: Im vorletzten Sportausschuss beim Herrn Heinz Scheele. Das wurde einstimmig zugestimmt. Dann wurde im Finanzausschuss darüber gesprochen, da hat es plötzlich geheißen, es wurde nicht einheitlich zugestimmt. Dann habe ich auf den Fehler hingewiesen und im Nachhinein wurde dann gesagt, nein, das war ein Fehler. Es war eh einstimmig. Also da wurde der Finanzausschuss meiner Meinung nach manipuliert. Und wenn du sagst, in einem zweiten Ausschuss es wurde abgelehnt und es war einstimmig, ist das ein bisschen sehr verwirrend, die Vorgehensweise.

Falb: Ich habe noch eine Nachfrage, nur von den Abläufen her, weil es beginnt mich ein bisschen zu interessieren. Also es gibt einen Hauptinspektionsbericht, den legt die Fraktion der FPÖ, glaube ich, vor.

Ćorković: Den haben wir bezahlt, weil wir genau das Schwarz auf Weiß brauchen, weil ich mir das selber angeschaut habe und hatte halt meine Bedenken, dass das nicht alles passt dort. Und siehe da, es sind einige Mängel, die dort behoben werden.

Falb: Also jetzt nur, weil es mir da auffällt, der Hauptinspektionsbericht ist vom 26.05. Jetzt haben wir aber am 28.05. eine Gemeinderatssitzung gehabt. Warum ist denn das eigentlich damals nicht als Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, sondern erst heute? Und was war denn in der Zwischenzeit eigentlich? War da die Sicherheit wieder hergestellt? Oder wie ist das? Man wartet über einen Monat zu, trotz behaupteter, ich sage einmal hier behaupteter im Dringlichkeitsantrag …

Ćorković: Das ist nicht behauptet, das ist Schwarz auf Weiß.

Falb: Trotz belegbarer, keine Ahnung, Sicherheitsmängel wartet man zu.

Ćorković: Das ist der zertifizierte Begutachter für Sportplätze in Österreich, Platz 1, den haben wir bezahlt aus unserer Kasse.

Falb: Das ist ja soweit in Ordnung. Trotzdem, es gibt hier scheinbar belegte, belegbare Sicherheitsmängel nach Auffassung der FPÖ. Ich weiß nicht, ob das so ist.

Ćorković: Nein, das stimmt nicht. Nicht von der FPÖ, das ist ein Gutachten, ein offizielles in Österreich erstelltes Gutachten vom führenden Gutachter für Sportplätze. Also nicht irgendeiner aus irgendeinem Hinterhof, sondern alles offiziell.

Falb: Nein, das habe ich auch nicht unterstellt, aber Tatsache ist, die FPÖ übernimmt die Meinung dieses Gutachters, dass hier Sicherheitsmängel bestehen. Lässt das Gutachten fünf Wochen um Gottes Willen liegen.

Ćorković: Das stimmt nicht so, das ist absoluter Schwachsinn.

Falb: Wir können ja normal miteinander reden. Wir brauchen ja nicht immer Schwachsinn und was weiß ich, gehen wir ganz normal. Also was war in den fünf Wochen?

Ćorković: Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Falb: Wieso, was haben wir?

Ćorković: Naja, das tun wir jetzt nicht. Es geht darum, dass ich diese vier Wochen gebraucht habe, um Angebote anzufordern.

Falb: Sie verlangen von der Bürgermeisterin die sofortige Sperre aus Sicherheitsgründen. Es ist nicht Ihre Aufgabe, entschuldigen Sie, wenn ich das so sage, Angebote einzuholen, wenn eine Sportanlage der Stadtgemeinde Stockerau aus Sicherheitsgründen, nach Auffassung eines Gutachters, das ist nicht Ihr Job, sage ich einmal sehr vorsichtig, und insbesondere die Sperre, natürlich können Sie auch Unternehmen kontaktieren, aber insbesondere die Sperre aus Sicherheitsgründen ist nicht Ihre Aufgabe. Und mir hat interessiert, warum war das nicht schon am 28.05. im Gemeinderat? Warum hat man nicht ein paar Tage später, wenigstens dann gesagt auf der Gemeinde, bitte wir haben hier etwas, da gibt es eklatante Sicherheitsmittel, sperrt den Platz, sondern heute macht man einen Dringlichkeitsantrag. Das hätte man im Übrigen auch in der Stadtratssitzung schon erwähnen können, dass man das hat, in Ausschusssitzungen und so weiter. Also das wollte ich nur vom Ablauf her hinterfragen, weil es mich interessiert hat. Danke.

Ćorković: Und das habe ich jetzt auch schon versucht zu erklären. Ich habe Angebote angefordert und mal zu schauen, wie viel teurer das jetzt wird. Weil das erste Angebot habe ich schon im Sportausschuss, an den Sportausschuss weitergegeben. Da hat es schon eine Firma gegeben, die sanieren wollte und die wäre um die Hälfte billiger gewesen. Nur wie gesagt, wenn das da schon untergegangen ist, sehe ich keinen anderen Weg, als das so jetzt zu machen. Weil jetzt beginnt der Betrieb, jetzt ist Sommer, jetzt sind die Kinder dort und ich will nicht verantwortlich sein, wenn sich da irgendwer verletzt und wir haben nicht so viel Geld. Die Stadtgemeinde Stockerau ist nicht so reich, dass sie da irgendwelche Schadensklagen bezahlen kann. Und deswegen Dringlichkeitsantrag jetzt, vor Beginn der Saison und wo ich irgendwelche Angebote einfordere, das ist mein Kaffee.

Falb: Ja, das stimmt schon, aber noch einmal, in den letzten fünf Wochen geschätzt, wo Sie das, seitdem Sie das Gutachten in der Hand haben, haben Sie ja auch das Risiko genommen, dass sich dort jemand wehtut?

Ćorković: Weder bin ich Besitzer, weder sind wir Stadtregierung, wir sind Opposition und zweitens, genau wegen solchen Diskussionen habe ich mir die Zeit genommen, um das wirklich alles gut auszuarbeiten.

Völkl: Herr Stadtrat Chaloupka und der Herr Gemeinderat Pfeiler.

M. Pfeiler: Kann ich?

Völkl: Und der Herr Stadtrat Dummer. Gut.

M. Pfeiler: Danke für das Wort.

Völkl: Bitte bist du zuerst? Macht es euch aus. Der Herr Stadtrat Chaloupka hat zuerst sein Zeichen gegeben.

Chaloupka: Danke für das Wort. Ich darf mich als zuständiger Stadtrat oder zuständig fühlender Stadtrat hier mal zum Wort melden. Und zwar, in meinem Aufgabenbereich ist Grünraum mit Spielstätten und Friedhof. Ich würde gerne eine Grundsatzfrage stellen. Ist es eine Sportstätte? Gehört es in den Sportausschuss? Ist es eine Spielstätte oder ein Spielplatz? Gehört es in meinen Ausschuss? Mein Vorschlag wäre, dass es bei uns im Ausschuss behandelt wird. Meines Wissens ist es im Sportausschuss schon mal behandelt worden. Und zwar ist ein Angebot vorgelegt worden für die erste Sanierung. Da hat sich der Herr Ćorković schon sehr viel Arbeit damit angetan. Wir haben heute mit einem anderen Gutachter oder mit dem, der diese Sportstätten jährlich zu überprüfen hat, eine Begehung gemacht mit dem Bauamt, mit dem DI Altinger, den ich im Anschluss gerne bitten würde, um hier die Ausführung dieser heutigen Begehung anzuführen. Und wie ich schon eben erwähnt habe, würde ich darum bitten, dass diese Sache in meinen Ausschuss gegeben wird, damit es weiterhin behandelt werden kann. Die Sicherheitsmängel wird der Herr DI Altinger sicherlich nochmal genau anführen. Wir haben heute schon ein paar Sachen repariert. Morgen werden noch einige andere Sachen gemacht. Und ich denke, dass aus der Kraft des Wirtschaftshofes sehr viel kostengünstiger behandelt werden kann. Und da braucht man nicht viel Geld dafür ausgeben. Bitte.

M. Pfeiler: So. Ich will eine Sache ganz klarstellen. Es wurde definitiv im Ausschuss, eben vor zwei Ausschüssen, wie es der Alen eh angeführt hat, wurde es besprochen. Die Frage ist einerseits, Herr Vizebürgermeister, ich gebe Ihnen recht, es ist nicht die Aufgabe vom Alen, Angebote einzuholen. Aber es ist Aufgabe der Gemeinde, dafür zu sorgen, dass das sicher ist. Und es ist seit zwei Ausschüssen bei der Gemeinde. Also es ist jetzt seit zwei Ausschüssen nichts passiert von der Seite der Gemeinde.

Ćorković: Nur kurz, Graffitis sind erneuert worden. Die wurden neu gemalt, aber die haben mit der Sicherheit leider nichts zu tun. Danke.

Völkl: Der Herr Baudirektor war heute dort und mit dem zuständigen Verantwortlichen für die Spielplätze. Und ich würde ihn ersuchen, hier uns auf Stand zu bringen.

Altinger: Ja. Ich habe heute den Dringlichkeitsantrag weitergeleitet bekommen mit diesem Prüfbericht. Der Vizebürgermeister hat es eh schon gesagt, datiert mit 26.05.2026. Auch uns als Verwaltung war dieser Hauptinspektionsbericht bis zu dieser Übermittlung des Dringlichkeitsantrags nicht bekannt. Grundsätzlich ist es so, dass Sportstätten in definierten Intervallen zu überprüfen sind. Wir halten uns selbstverständlich an die Vorgaben der Norm. Wir selbst haben eine Hauptinspektion, ist einmal jährlich durchzuführen, haben eine Hauptinspektion am 09.12.2025 durchgeführt. Da sind diverse Mängel festgestellt worden, die teilweise behoben sind und teilweise noch offen sind. Die Mängel, die in dieser Hauptinspektion erwähnt sind, haben wir uns unmittelbar am Nachmittag angesehen. Ich habe dann gesehen, und da sind bei mir natürlich auch die Alarmglocken hochgegangen, dass in Punkt 1 eine Sperre beantragt wird. Da wollten wir uns natürlich von der Örtlichkeit noch einmal überzeugen und da auch unseren Fachmann, der für uns die Hauptinspektion immer durchführt, beiziehen, um da auch eine fachmännische Beurteilung zu haben. Wir haben den heute unverzüglich zu uns gebeten. Der Wirtschaftshof war mit seinen Mannen auch dort und hat die leicht zu behebenden Mängel, die in diesem Bericht angeführt sind, schon behoben. Wir haben eine Begehung gemacht, Stadtrat Chaloupka war dabei, er hat es eh erwähnt. Es gibt auch eine schriftliche Stellungnahme von unserem beauftragten Prüfer und wenn ich mir den Hauptinspektionsbericht des von der FPÖ beauftragten Prüfers durchlese, kann ich auch nirgends herauslesen, dass da irgendwo Gefahr im Verzug ist und diese Sportstätte zu sperren ist. Das ist offenbar die alleinige Interpretation des Verfassers des Dringlichkeitsantrages. Das entspricht jedenfalls nicht den Tatsachen. Es ist Fakt, dass Mängel gegeben sind. Wir haben einen Teil schon behoben. Wir haben einen anderen Teil für morgen vor. Es sind beispielsweise Aufwölbungen im Bereich der Banden. Unmittelbar angrenzend an die Banden, wo unter dem Kunstrasenteppich Quarzsand Ansammlungen sind, die zu Aufwölbungen führen, die werden wir morgen mit dem Wirtschaftshof absaugen und da wieder eine Ebenheit herstellen. Es gibt diverse Dinge, wie das, was ebenfalls

hier im Gutachten zitiert ist, dass offenbar durch Befahrungen mit Mopeds und diverser Fahrmanöver dort es zu Beschädigungen am Belag gekommen ist. Das ist tatsächlich so. Diese Stelle gibt es. Das werden wir uns mit einer Fachfirma ansehen, wie man diese Stelle sanieren kann. Da ist aber keine Gefahr im Verzug vorhanden. Das, was ebenfalls erwähnt ist, das Ballnetz zur Straße, das ist korrekt. Da hat es am Übergriff zum Stabgitter, die Vernadelung mit dem Stabgitter ist aufgegangen gewesen. Wir haben das jetzt notdürftig einmal versucht, nach besten Möglichkeiten ohne ein neues Netz oder Fragmente eines neuen Netzes wieder zu befestigen. Da wird man sich auseinandersetzen, ob man mit neuen Teilen oder ein gesamtes Netz braucht. Im Bereich eines Korbes ist oben an der rechten oberen Ecke etwas ausgebrochen. Ist aber keine Gefährdung da, dass der Korb jetzt jemandem am Kopf fallen sollte. Das haben wir auch noch einmal explizit hinterfragt. Es sind einige Nieten, die sich immer wieder auch durch thermische Belastungen, die dem Spielen nicht standhalten. Diese Begehung folgt auch. Ich habe vorher gesagt, es gibt einmal im Jahr diese Hauptüberprüfung. Dann gibt es interimsmäßige Überprüfungen. Unser Wirtschaftshof macht das alle 14 Tage und alle zwei Tage in der Woche wird der Müll dort entleert. Da ist der Mitarbeiter angewiesen, dort von außen sich Kontrollen und wenn da grobe Mängel auffallen, den Leiter des Wirtschaftshofes zu informieren. Zusammengefasst habe ich eine schriftliche Stellungnahme von unserem Überprüfer, dass keine Gefahr im Verzug gegeben ist. Somit sehe ich jetzt als Zuständiger von der Verwaltung keine Veranlassung, dass man unmittelbar und das hätten wir dann schon am Nachmittag gemacht, darum war es mir so wichtig ist, dass wir das heute noch klären, mit einem Fachmann hätten wir die Sportstätte gesperrt. Es sind einige Dinge zu tun, das stimmt. Die werden wir abarbeiten. Der Boden ist in einem dem Alter entsprechenden Zustand, so hat es der Prüfer formuliert. Das kann man jetzt deuten, wie man will. Wir werden, habe ich auch schon gesagt, eben auch zur Sanierung der Feldstelle, bei einem Tor gibt es eine Aufwölbung, die ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass ein im Nahbereich befindlicher Baum mit seinen Wurzeln nach oben schaut. Aber auch das werden wir mit der Fachfirma diskutieren, wie man da das einer Behebung zuführen kann. Also es ist im Laufen, es gibt noch ein paar Mängel, die werden wir abarbeiten. Aber für eine Sperre und eine Gefährdung ist aus unserer Sicht derzeit nicht gegeben.

Völkl: Dankeschön für diesen ausführlichen Bericht über den FunCourt. Zwei Wortmeldungen der Herr Gemeinderat Pfeiler und der Herr Gemeinderat Ćorković.

M. Pfeiler: Also erstmal vielen Dank, dass sich da jetzt darum gekümmert wird. Das ist glaube ich sehr wichtig, auch wenn es kleinere Mängel sind, wenn das jetzt so beschrieben wird. Jedoch habe ich schon eine Frage an den Herrn Vizebürgermeister Scheele. Das wird bei Ihnen im Sportausschuss jetzt vor knapp zwei Monaten eingebracht und dann passiert zwei Monate nichts. Das kann es aber auch nicht sein. Warum geht da nichts weiter? Warum passiert da nichts?

Scheele: Das hat die Verwaltung mitgenommen beim Ausschuss, aber da war noch kein Gutachten da. Am 05.05. hat er das das erste Mal gesagt. Da haben wir dann den Beschluss gefasst, einstimmig, dass das zu tun ist. Und am 09.06. haben wir die nächste Sitzung gehabt, da war das kein Thema mehr, meines Wissens. Da hat er das Gutachten schon gehabt.

Ćorković: Das stimmt ja nicht so. Das ist ja das, was ich vorhin schon gesagt habe. Das stimmt nicht. Es wurde im Finanzausschuss abgelehnt, weil es geheißen hat es hat keine einstimmige Empfehlung gehabt. Und das ist ja die nächste Lüge. Das stimmt ja auch nicht. Das heißt, im Finanzausschuss wurde etwas behauptet, was absolut nicht stimmt. Und natürlich wurde dann aufgehört, darüber etwas zu reden.

Scheele: Ja, aber ich bin nicht Vorsitzender des Finanzausschusses.
Ćorković: Nein, eh nicht. Aber wenn man im Finanzausschuss das Angebot hat und man sagt dort im Ausschuss, eigentlich hat da keiner zugestimmt. Nicht einmal derjenige, der den Antrag gestellt hat. Dann ist das zum Hinterfragen, was wir für Leute da haben. Und das Zweite, was mich jetzt interessiert, danke für das Gegengutachten. Und noch einmal, der Gutachter ist nicht von den Blauen oder von der FPÖ oder irgendwas. Das ist ein unabhängiger Begutachter. Und

noch einmal, der führende in ganz Österreich. Also der hat schon ein paar Angebote gemacht in seinem Leben. Und wenn ihr sagt, also wenn jetzt das Thema eh in Arbeit ist, würde ich halt nur von euch hören, wenn ihr gesagt habt, es ist keine Gefahr im Verzug. Gut, dann geht einmal dort hin und spielt einmal dort 10 Minuten und verknöchelt euch nicht. Also mich, was mich da bei uns in dieser Politik bei uns in Stockerau auch sehr stört, ist, wir reden, also sehr viele Leute reden über Sachen, wo sie überhaupt keine Ahnung haben. Wir haben im Freibad gehabt, das Thema, das keiner das Freibad besucht. Wir haben das FunCourt, wo keiner Fußball spielt. Wenn du kein Fußball spielst, ist es dir wurscht. Aber ich habe auch im Sportausschuss gesagt, es sind verdammt viele kleinen Fußballvereine aus Wien, die spielen jede Woche Fußball bei uns. Also lässt euch das mal durch den Kopf gehen. Das sind nicht kleine Unebenheiten. Das ist rutschig. Wenn da gesagt wird, es wird seitens unserer Leute bei der Stadtgemeinde überprüft, ob das alles passt, alle 14 Tage. Also ich glaube nicht, dass diese Probleme über Nacht entstanden sind. Danke.

Dummer: Gut, weil jetzt der Finanzausschuss schon ein paar Mal angesprochen wurde. Erstens haben wir nichts manipuliert. Zweitens war die Frage an den Finanzausschuss, ob es ein Budget gibt. Und die Antwort dazu war nein. Und drittens habe ich von dir ein Angebot bekommen, das total wirr war, weil was anderes drinnen gestanden ist, als was du mir da erzählt hast. Und darum wollte ich klären, was ist in dem Sportausschuss besprochen worden. Das ist aber nicht zu klären gewesen, weil niemand, der im Sportausschuss war, darüber Auskunft geben konnte. Das ist einmal das. Und das andere, das FPÖ Gutachten, da steht meines Wissens, soweit ich gelesen habe, auch nicht drinnen, dass Gefahr im Verzug ist. Also weiß ich nicht, wie du auf die Idee kommst, dass da auf einmal Gefahr im Verzug ist. Das ist nur, weil du irgendwas durchsetzen willst, was erstens nicht notwendig ist und zweitens im Voranschlag nicht enthalten ist. Punkt.

Ćorković: Nein, nix Punkt. Wenn drinsteht, dass unebene Oberflächen, unterschiedliche Rutschwerte bestehen und ein erhebliches Risiko für Verknöchelungen ist, ist da sehr wohl Gefahr im Verzug. Ich weiß nicht, haben wir zwei andere Gutachten? Ich habe es angeheftet am Antrag, dass das jeder lesen kann und jeder die Bilder auch hat vor sich, dass er sieht, worum es da geht.

Völkl: Können wir uns darauf einigen, der Herr DI Altinger, die waren vor Ort, das ist begutachtet worden, ist angeschaut worden, diese Mängel werden behoben und das ist alles altersgemäß von der Abnutzung her.

M. Pfeiler: Ich möchte nur kurz auf die Aussage von Herrn Dummer reagieren …

Rester: Nein, zuerst komme bitte ich, ich zeige schon länger auf.

Völkl: Ich habe das Wort noch nicht erteilt. Also die Frau Gemeinderätin Rester.

Rester: Ich möchte mich auch zu dem Thema melden, weil ich war in dem Finanzausschuss und ich lasse mir nicht vorwerfen, dass da was manipuliert wird, weil das war definitiv nicht das Thema. Es konnte sich keiner erinnern, was in diesem Sportausschuss besprochen worden ist, und dieser Voranschlag war ein Voranschlag oder dieses Angebot und normalerweise holen wir uns da auch drei ein. Also ich möchte hier noch einmal festhalten für das Protokoll, das war definitiv nicht das Thema im Finanzausschuss, zumindest nicht in dem im Mai und ich glaube, das war der letzte.

Ćorković: Es waren vier Angebote schon im Sportausschuss, also nicht einer, sondern vier. Vier verschiedene Stockerauer Betriebe, die das Angebot erstellt haben. Und wenn einer sagt, es wurde nicht einstimmig beschlossen, dann ist das für mich Manipulation. Da könnt ihr euch auf den Kopf stellen, wenn ihr es wollt.

Völkl: Es gibt jetzt noch zwei Wortmeldungen, aber ich weiß ja nicht, über was jetzt noch diskutiert wird, was wer gesagt hat, ob wer recht hat oder sonst was. Wir haben geklärt, dass bei unserem FunCourt das alles repariert werden kann, dass er benutzbar ist. Es kommt der Herr Gemeinderat Pfeiler und der Herr Gemeinderat Zagler.

M. Pfeiler: Nein, ich will da noch etwas klarstellen. Es kam die Aussage vom Finanzstadtrat, dass niemand aus dem Ausschuss, kein Mitglied aus dem Ausschuss Auskunft geben konnte. Ich wurde nicht gefragt und ich bin Mitglied des Ausschusses, nur, dass das klargestellt ist. Ich wurde nicht gefragt, also es ist nicht niemand aus dem Ausschuss hat Auskunft geben können. Das ist inkorrekt.
Völkl: Herr Gemeinderat Zagler, bitte.

Zagler: Beim Sportausschuss haben wir ein mündliches Angebot bekommen mit ungefähr € 12.000,- und nach längerem Hin und Her konnten wir irgendwie herausfinden, dass etwa 90 % davon nur rein optische Verschönerungen sind. Nämlich das Ausmalen der Seitenwände, was mittlerweile erledigt wurde. Und wir konnten keine echten Informationen bekommen, was wirklich eigentlich zu erledigen ist und hatten keine Informationen von dem Gutachten, in dem nicht drinnen steht, dass Gefahrenverzug ist, was der Herr DI Altinger extrem ausführlich und nachvollziehbar erklärt hat.

Völkl: Wir stimmen ab über den Dringlichkeitsantrag. Herr Stadtrat, bitte.

Zusatzantrag

Chaloupka: Danke für das Wort. Es ist hier sehr viel über Kosten gesprochen worden. Meine Frage war, ob das eine Spielstätte ist oder eine Sportstätte. Ich würde hier gerne einen Antrag stellen, dass diese Angelegenheit in den Ausschuss zurückverwiesen wird. In den zuständigen, egal ob beim Heinz oder bei mir.

Völkl: Das ist eine Zuweisung des Dringlichkeitsantrags in den Ausschuss jetzt.

M. Pfeiler: Muss man halt dazu sagen, wenn dann inklusive Streichung des ersten Punkts. Man kann nicht sowas beschließen und zuweisen. Das geht nicht. Dass man was sperrt und dann weist man das in den Ausschuss zu.

Abänderungsantrag

Ćorković: Ich würde den Abänderungsantrag stellen, die Sperre vorübergehend nicht zu machen, weil es ist ja keine Gefahr. Es ist ja alles in Ordnung mit dem Boden. Dann würde ich den halt umändern und in den Ausschuss verweisen. Danke.

Völkl: Herr Vizebürgermeister.

Falb: Ich versuche das im Vorfeld zu klären. Es gibt zwar keine tausendprozentigen Anhaltspunkte, aber die juristische Wahrscheinlichkeit ist größer, dass es sich hier dabei um eine Sportanlage handelt und nicht um einen Spielplatz. Daher wäre wahrscheinlich der Sportausschuss zuständig. Ich kann aber genauso sagen Bauausschuss.

Zusatzantrag

Ich stelle den Antrag, das dem Sportausschuss zuzuweisen, und diesen Gegenantrag und diesen Antrag abzulehnen. Danke.

Dummer: Das ist ja Großteils schon erledigt und der Rest wird gerade erledigt. Was soll der Ausschuss da tun? Philosophieren? Oder was soll er über das Thema tun? Das ist ja lächerlich.

Falb: Gut, ich ziehe meinen Antrag zurück.

Völkl: Wir stimmen den Antrag vom Herrn Gemeinderat Ćorković ab. Sofortige Sperre und unverzügliche Sanierung des FunCourts in der Alten Au.

M. Pfeiler: Aber Andreas, es gab einen Abänderungsantrag.

Völkl: Wiederholt ihr es jetzt noch einmal?

Ćorković: Der **Abänderungsantrag** würde lauten, dass man diese Sofortsperre einfach eliminiert vom Antrag und es in den Ausschuss verweist.

Völkl: Wir stimmen den Antrag in der abgeänderten Fassung ab. Wer diesen unterstützt, gebe ein Zeichen der Zustimmung. Ja und die Zuweisung auch. Gut. FPÖ, UBS, NEOS, die GRÜNEN, keine Mehrheit.

Abstimmung Abänderungsantrag

Abstimmungsergebnis:		**abgelehnt**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	0	ÖVP	13
SPÖ	0	SPÖ	8
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	5	GRÜNE	0
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

DA gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973
„Resolution an die Österreichische Bundesregierung und den Österreichischen Nationalrat Österreich braucht kühle Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime“

Völkl: Wir haben noch eine Resolution. Bitte schön. Will jetzt wer was sagen?

D. Pfeiler: Ich bin ja am Wort oder nicht?

Völkl: Wie gesagt vorher.

D. Pfeiler: Wir haben noch eine Resolution, hast du gesagt. Gut. Danke. Dann komme ich zu dem eingebrachten Dringlichkeitsantrag, dem dankenswerterweise die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Resolution an die österreichische Bundesregierung und den österreichischen Nationalrat. Österreich braucht kühle Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime. Über die Notwendigkeit der Kühlung haben wir ja eh schon gesprochen. Zum Beispiel für die Büroräumlichkeiten der Gemeinde. Eine Rekordhitzewelle mit Temperaturen über 40 Grad Celsius hat Österreich und weite Teile Europas fest im Griff. Noch nie wurde in Österreich eine derart lange und intensive Hitzewelle verzeichnet. Was Klimaforscherinnen und Forscher prognostiziert haben, wurde oftmals als Panikmache abgetan, tritt aber nun mit voller Wucht ein. Die Hitze stellt den menschlichen Organismus vor große Herausforderungen. Besonders problematisch ist, dass viele Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime, etc. nicht mit Klimaanlagen ausgestattet sind. Den Gemeinden bzw. Trägern fehlen die notwendigen Budgets, die Um- und Nachrüstungen mit Klimaanlagen und oder Sonnenschutz rasch umzusetzen. Gleichzeitig werden klimaschädliche Förderungen, wie das sogenannte Dieselprivileg, unverändert weitergeführt, obwohl dieses obendrein eine Gießkannensubvention

insbesondere für ausländische Frächter darstellt. Die österreichische Bundesregierung und der österreichische Nationalrat werden daher aufgefordert, umgehend das Dieselprivileg abzuschaffen und mit den Einnahmen, das sind nach den Berechnungen, die mir vorliegen, über eine halbe Milliarde Euro per anno, zweckgebunden ein Sonderförderungsprogramm für die Nachrüstung von Schulen, Kindergärten, Spitälern, Pflegeheimen und dergleichen mit Klimaanlagen und oder Sonnenschutz aufzulegen.

Antrag

Der Antrag lautet dann, der Gemeinderat wolle beschließen, die vorangeführte Resolution, Österreich braucht kühle Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Pflegeheime, soll nach Beschluss dem österreichischen Nationalrat und der österreichischen Bundesregierung übermittelt werden.

Völkl: Danke. Wortmeldungen?

Zusatzantrag

Falb: Ich stelle den Antrag, den Dringlichkeitsantrag an den Bauausschuss zu verweisen. Danke.

Dummer: Ich wollte nur kurz anmerken, ich fühle mich für die Abschaffung des Dieselprivilegs als Gemeinderat von Stockerau nicht zuständig. Ich glaube, da gibt es berufenere, die sich damit beschäftigen sollen. Aber mir ist alles recht.

Völkl: Herr Stadtrat, bitte.

Rosenberger: Der Vorsitzende des Bauausschusses lässt sich diesen Antrag gerne umhängen. Danke.

Völkl: Dann stimmen wir das ab. Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung. Abstimmung?

M. Pfeiler: Es gibt noch eine Wortmeldung.

Völkl: Na geh, gibt es noch eine Wortmeldung? Bitteschön. Der Herr Stadtrat Pfeiler vielleicht? Wortmeldung?

D. Pfeiler: Ich habe die Frage, was ist jetzt das Ziel der Beratung im Bauausschuss? Dass man dann das abändert, umformuliert, nochmal ändert oder was ist das Ziel der Beratung? Es gibt ja keine unmittelbare Auswirkung jetzt dieser Resolution auf irgendeine Handlung der Gemeindeorgane. Aber gut, können wir gerne beraten im Bauausschuss. Martin wird das sicher genau erklären, warum und wieso. Danke.

Falb: Ja, das kann ich, weil darin natürlich neben einer Resolution an Dritte, vor allem auch die Frage Schulen, Kindergärten, Pflegeheime und so weiter angesprochen ist und deswegen kann man das dort einmal besprechen.

Völkl: Wir stimmen ab über eine Zuweisung des Antrags in den Bauausschuss. Zustimmung der Fraktion der FPÖ, ÖVP, SPÖ, GRÜNEN bis auf Herrn Gemeinderat Pfeiler, UBS und NEOS. Ist das korrekt? Dankeschön.

Abstimmung Zuweisung Bauausschuss

Abstimmungsergebnis:		**mehrheitlich beschlossen**	
Prostimmen		Gegenstimmen	
ÖVP	13	ÖVP	0
SPÖ	8	SPÖ	0
FPÖ	6	FPÖ	0
GRÜNE	4	GRÜNE	1 M. Pfeiler
UBS	1	UBS	0
NEOS	1	NEOS	0

Völkl: Dann sind wir am Ende der öffentlichen Sitzung angelangt. Ich wünsche allen Besuchern vor den Geräten schöne Sommerferien, schönen Urlaub und eine gute Zeit bis zu unserer nächsten Sitzung. Ich darf mich auch von unseren tapferen Besuchern hier im Raum verabschieden.

Ende der Sitzung um 22:19 Uhr.